

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 RM., monatlich 1,10 RM., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus, einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustriertes Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 RM. pro Monat, eingetragen in die Post-Belegungsliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 1,20 RM., für das übrige Ausland 1,30 RM. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die hochgelohnte Kolonelle oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (vollgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 20. Oktober 1908.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

An die Sozialdemokratie Preußens!

Heute, am 20. Oktober, trat der preussische Landtag zu einer neuen Tagung zusammen. Nach wie vor bildet das Dreiklassenparlament das Zerrbild einer Volksvertretung, nach wie vor erhebt die Reaktion fest ihr Haupt, jeden Augenblick bereit, das preussische Volk noch mehr zu entrechteten und zu knebeln, die Jugend mit Hilfe der in den Dienst agrarischer und kapitalistischer Interessen gestellten Volksschule zu verdummen, die Arbeiterklasse auszuplündern.

Aber so leicht wie bisher werden die Mächte der Reaktion und der Finsternis ihr frevelhaftes Spiel nicht mehr treiben können. Dem Dreiklassenwahlsystem zum Trotz ist es der Sozialdemokratie gelungen, nach hartem Ringen Bresche zu legen in den Wall des Geldsackparlamentes. Sechzig Jahre hindurch war die Arbeiterklasse in Preußen nur Objekt der Gesetzgebung, fortan wird sie auch Subjekt der Gesetzgebung sein. Zwar bilden die Vertreter der stärksten Partei nur ein winziges Häufchen, nur 7 unter 443 Abgeordneten, aber ihr Einzug in das Parlament des Wahlrechts bedeutet ein geschichtliches Ereignis, eine wichtige Etappe in dem unaufhaltsam fortschreitenden Befreiungskampf des Proletariats. Hinter ihnen stehen Millionen von klassenbewußten Proletariern, die den herrschenden Klassen des führenden deutschen Bundesstaates laut und vernehmlich in die Ohren schreien:

„Bis hierher und nicht weiter!“

Ein neues Feld parlamentarischer Wirksamkeit eröffnet sich der Partei. Der Kampf gegen das elendeste aller Wahlsysteme, der bisher nur außerhalb des Junkerparlamentes geführt werden konnte, wird nun mit verdoppelter Wucht innerhalb und außerhalb des Landtages geführt werden.

Das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts!

Unter dieser Parole hat die Sozialdemokratie das Volk zur Wahl gerufen. Dieser Parole sind die Wähler in hellen Scharen gefolgt. Betreu dieser Parole wird die sozialdemokratische Landtagsfraktion den Sturz des Dreiklassenwahlsystems als ihre vornehmste Aufgabe betrachten. In dem Kampfe um das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht wird das stürmerprobte Banner der Sozialdemokratie voranflattern. Die Wahlrechtsfreunde aus dem bürgerlichen Lager, die Halben und Lauen, werden gezwungen werden, Farbe zu bekennen. Vorbei ist die Zeit des Säuberns und Zagens: Ein Hüben, ein Drüben nur gilt!

Die Sozialdemokratie ist in die feindliche Festung eingedrungen. Die Rednertribüne des Dreiklassenparlamentes, bisher nur allzuoft mißbraucht zu Beschimpfungen und Verleumdungen der Arbeiterklasse, wird zur Anlagestätte gegen die Regierung und die herrschenden Parteien werden. Nicht mehr wird man es wagen dürfen, die Rechte des Volkes mit Füßen zu treten und den Hungernden Steine statt Brot zu reichen.

Vorbei sind die Zeiten, in denen die Lobredner der heutigen wirtschaftlichen und politischen Zustände die Öffentlichkeit belügen und über die wirklichen Verhältnisse hinwegtäuschen konnten, ohne daß ihnen die gebührende Abfuhr zuteil ward. Die Sozialdemokraten werden alle Schäden und Gebrechen des preussischen Staatsorganismus enthüllen, sie werden den Schleier lüften, auf daß selbst der Zurückgebliebenste erkennt, wie angefault und sich der Körper ist, der sich unter dem goldschimmernden Flitter birgt.

Schwer sind die Aufgaben, die der preussischen Sozialdemokratie bevorstehen. Es gilt, den Moderat der Reaktion, der an allen Ecken und Enden hervorbricht, auszumergen und die Bahn frei zu machen für die Lösung wichtiger kulturellen Aufgaben. In der inneren Verwaltung, auf dem Gebiete des Volksschulwesens, in der Justizpflege, wohin wir auch blicken, allüberall treten rückwärtliche Tendenzen zutage. Die gut dotierten Staatsprüfanden sind ehemaligen Korpsstudenten und Reserveoffizieren vorbehalten, die nichts als „gute Gesinnung“ für ihr Amt mitbringen, Bureaukraten, die vom grünen Tisch aus die Welt regieren wollen, Männern, die der Arbeiterbewegung von vornherein feindlich gegenüberstehen, die den Staat einzig und allein als eine Versorgungsanstalt der bestehenden Klassen betrachten und jede freiheitliche Regung ertöten möchten.

Die Gemeindeverwaltungen, abhängig und bevormundet von der Regierung, in ihrer Bewegungsfreiheit auf Schritt und Tritt eingeengt, werden

durch staatliche Gesetze, die das Wahlrecht der Arbeiter einschränken oder eine überflüssige und schädliche Kontrolle bezwecken, an der Lösung ihrer Aufgaben gehindert. Die „tätige Einwirkung auf die Verwaltung des Gemeinwesens“, durch die ein Freiherr vom Stein vor hundert Jahren den Gemeinwohl wecken wollte, wird heute im Jubeljahr der Stein'schen Gesetzgebung gewaltsam unterdrückt.

Die Volksschule wird mehr und mehr ihrem Ziele entfremdet. Statt zu einer Bildungsstätte der Jugend ist sie ein Sammelpfad der Junker und Pfaffen geworden, die in dem verwerflichen Bestreben, die Arbeiter zu gefügigen Ausbeutungsobjekten zu machen, förmlich wetteifern. Statt die Arbeiter teilnehmen zu lassen an den Errungenschaften der Kultur, läßt man sie auf Erden darben und vertröstet sie auf ein besseres Jenseits.

Die Justiz wird zur Klassenjustiz. Sie stellt sich in den Dienst der herrschenden Kreise; Tendenzurteile sind an der Tagesordnung; rücksichtslos wird der Grundsatz des zweierlei Rechts gepredigt. Ist es ein Wunder, daß das Vertrauen zur Rechtspflege schwindet?

Die gesamte Staatsgewalt wird mobil gemacht gegen die moderne Arbeiterbewegung. Ja, sogar die Sozialpolitik wird unter dem Einfluß der preussischen Regierung und des Geldsackparlamentes in Schandung ihres Namens kapitalistischen und agrarischen Zwecken dienstbar gemacht. Zu derselben Zeit, wo infolge der gewaltigen Krisis Hunderttausende von Arbeitern in Preußen gezwungen sind, die Hände in den Schoß zu legen, wo zahllose Familien darben, wo die unschuldigen Kinder und Frauen vergebens den von der Suche nach Arbeit heimkehrenden Vater und Gatten um Brot anflehen, zu derselben Zeit bringt die preussische Regierung es fertig, durch einen Federstrich einheimische Arbeiter grundsätzlich von bestimmten Staatsarbeiten auszuschließen. Ausländer werden nach Preußen gelockt, um den Steuerzahlern in den Rücken zu fallen, die Löhne zu drücken und mit Hilfe des famosen Legitimationszwanges schließlich, ob sie es wollen oder nicht, zu Streikbrechern zu werden.

In den Staatsbetrieben, die Musterbetriebe sein sollten, werden den Arbeitern und Beamten ihre verfassungsmäßigen Rechte vorenthalten. Wer dem Staate seine Arbeitskraft verkauft, der muß ihm zugleich auch seine Gesinnung verlaufen. So verlangt es die altpreussische Tradition. Und wehe dem, der sich diesem Ansinnen widersetzt! Gegen ihn wird der brutalste Terrorismus ausgeübt, durch die Androhung der Hungerpeitsche wird er müde gemacht.

Die maßlose Verhöhnung der Bergarbeiter, der Eisenbahnarbeiter, der Wald- und Landarbeiter und aller der preussischen Gesetzgebung ausgelieferten Proletarier wird im preussischen Abgeordnetenhaus nicht mehr widerspruchlos vor sich gehen können. Als Vertreterin aller Ausgebeuteten und Unterdrückten wird die Sozialdemokratie die Aufhebung aller die wirtschaftlichen und politischen Rechte der Arbeiter einengenden Gesetze fordern und an Stelle der Befindeordnungen und anderer Ausnahmegesetze wirksamen Schutz der Koalitionsfreiheit verlangen.

Flammenden Protest wird sie erheben gegen die brutale Germanisierungspolitik, die Hunderte von Millionen der von den Steuerzahlern aufgebracht Summen sinnlos verpulvert, um die Polen und Dänen mit Gewalt zu verpreußen.

Preußen, der größte deutsche Bundesstaat, hat es heute glücklich dahin gebracht, daß er den Hohn und Spott aller wirklichen Kulturländer herausfordert. Fürwahr, es ist höchste Zeit, daß endlich in die muffige Atmosphäre des preussischen Landtages, diese Brutstätte reaktionärer Gesetze und Verwaltungsmaßregeln, frische Luft einzieht. Von der Bourgeoisie ist keine Rettung zu erwarten, das ehemals liberal gesinnte Bürgertum stellt sich selbst in den Dienst der Reaktion, verkauft sich mit Haut und Haaren dem durch und durch rückwärtlichen Ministerium Bülow. Rettung kann dem preussischen Volke einzig und allein von der Sozialdemokratie kommen.

Vor dem Ansturm der Arbeiterbataillone muß schließlich auch die preussische Reaktion kapitulieren.

Auf zur Mitarbeit an der Befreiung des Volkes!

Werbt neue Kämpfer für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts!

Kämpft mit uns für die Demokratisierung des preussischen Staatswesens.

Hoch die Sozialdemokratie!

Der geschäftsführende Ausschuss der preussischen Landeskommission.

Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses.

„Volksrechte wider Klassenprivilegien!“

Der heute, Dienstag, zusammentretende preussische Landtag wird eine Etappe in der preussischen Politik bilden. Sechs Jahrzehnte lang fristete diese „Volksvertretung“ ihre Existenz, ohne daß auch nur ein Vertreter der Klassenbewußten Proletariats jemals die Möglichkeit gehabt hätte, seine Stimme zu erheben. Das Dreiklassenwahlrecht sicherte das Geldparlament viele Jahrzehnte hindurch vor dem Eindringen der Vertreter der nichtbesitzenden Klasse. So grimmig sich auch in den fünfziger und sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts Junkertum und liberale Bourgeoisie bekämpften — die große Masse des Volkes besah infolge des elendesten aller Wahlsysteme keine Vertretung. Zum ersten Male nach fast sechzigjährigem Bestehen des durch Verfassungsbruch oktroyierten Dreiklassenwahlgesetzes befindet sich unter den 443 Mitgliedern des Abgeordnetenhauses ein ganzes halbes Duzend Vertreter des preussischen Proletariats.

Es ist selbstverständlich, daß von den sieben sozialdemokratischen Abgeordneten (von denen sich obendrein einer noch in Festungshaft befindet) eine durchgreifende positive gesetzgeberische Arbeit nicht erwartet werden kann. Die vermögenden 6 sozialdemokratische Abgeordnete gegen 436 bürgerliche Vertreter einschneidende Gesetzesänderungen durchzuführen! Die Tätigkeit der preussischen Vertreter des Proletariats wird sich zunächst auf die rücksichtslose Kritik beschränken müssen, auf die Brandmarkung des Klassenregiments der Herrschenden und Privilegierten.

Aber diese Entlarbung des Klassenregiments der Beherrschten wird zugleich der Nagel zum Sarge des Privilegienwahlrechts sein!

Die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit und Unerträglichkeit der Dreiklassenwahlrecht ist nicht nur den Proletariatsmassen in Fleisch und Blut übergegangen, sie beherrscht auch die liberalen Kreise! Der Freisinn kannte kein triftigeres Argument für seine Waffenbrüderschaft mit der Regierung, als die Verheißung einer preussischen Wahlreform. Der Bloßfreisinn versprach seinen Wählern eine Wahlreform in Preußen, als Lohn für seine Unterstützung der Regierungspolitik!

Als der Freisinn im Januar 1908 seinen Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen stellte, erfuhr er allerdings von der Regierung eine schroffe Abfuhr. Fürst Bülow, der preussische Ministerpräsident, versprach zwar eine Reform des Wahlrechts, aber er erklärte zugleich, daß an die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen gar nicht zu denken sei. Trotzdem blieb der Freisinn im Bloß, trotzdem fuhr der Freisinn fort, seinen Wählern die Erringung eines liberalen Wahlgesetzes für Preußen als Preis der Bloßpolitik vorzuspiegeln.

Seitdem sind wiederum 4 Jahre verfloßen. Die Ungleichheiten dieses elendesten aller Wahlsysteme sind gerade durch die Wundwahlen in die frischeste Erinnerung gebracht worden. Die stärkste Partei in Preußen, die Sozialdemokratie, hat ganze 7 Mandate erobert, während die Konservativen 165 Abgeordnete durchbrachten! Die Forderungen des ausgebeuteten, entrechteten, des unter der Geißel der Krise sich windenden Volkes werden erstickt durch die Ueberzahl der Vertreter des Junkertums, des kapitalistischen Geldtades!

Die preussische Wahlreform ist dringender denn je! Nicht nur für das rechtlose Volk, für die Masse des ausgebeuteten, unter der Hungerpeitsche der Krise stöhnenden Proletariats, sondern auch für den Freisinn!

Der Freisinn soll 500 Millionen neuer Steuern für das Reich bewilligen. Wird er diese horrenden Zugeständnisse machen ohne die kleinste Gegengabe? Wird er alle Forderungen der Regierung bewilligen, ohne eine Kompensation auf dem dringenden Gebiete zu erlangen, dem des preussischen Wahlrechts? Wird der Freisinn seine angeblich so ernst gemeinten Wahlrechtsforderungen abermals vertagen? Das wäre um so skandalöser, als ja die Regierung hat erklären lassen, daß sie mit ihrem Wahlreformentwurf frühestens im Jahre 1911 an das Abgeordnetenhause herantreten würde!

Die Wahlrechtsreform ist die wichtigste Aufgabe des heute zusammentretenden Landtags! Ihre Verschleppung ist um so unerträglich für den Freisinn, als ja die Verschleppungsabsichten der Wahlrechtsreform so unabweisbar angeklagt werden konnten! Schreibt doch selbst Herr Kaumann im „Verl. Tageblatt“:

„Zu einem Zeitpunkt, wo dem deutschen Volke die größten finanziellen Opfer abverlangt werden, wird es hinsichtlich seiner politischen Rechte geradezu verhöhnt, soweit wenigstens das Königreich Preußen in Betracht kommt. Als Verböschung ist nämlich die Mitteilung aufzufassen, daß über das preussische Wahlrecht statistische Erhebungen angestellt werden sollen, die vor Ende des Jahres 1909 nicht würden vollendet werden können. Das ist ein offenkundiger Schwindel, der als solcher bezeichnet werden muß. Die Statistik wird hier wie so oft nur zu Verschleppungszwecken benutzt. Was soll denn der Statistiker herausrechnen? Er soll darstellen, was jetzt ist? Das hat Professor Siegfried in Königsberg schon so fleißig befragt, daß es der Regierung statistiker auch nicht besser machen kann. Und was gibt es da viel herauszuarbeiten? Man kann viele Monate in den preussischen Wahlsystemen herumwühlen, besser werden sie dadurch nicht. Es steht fest, daß das preussische Wahlrecht in jeder Hinsicht ein Wahlrecht ist.“

Und was für den Freisinn gilt, gilt auch für das Zentrum, das ebenfalls behauptet, für eine Demokratisierung des preussischen Wahlrechts einzutreten!

Gerade die nächsten Wochen geben Freisinn und Zentrum Gelegenheit, ihren Eifer für eine demokratische Wahlrechtsreform zu bekunden. Die Kommissionsberatung des Beamtenbesoldungsgesetzes bietet die beste Gelegenheit, im Plenum die Frage der Wahlreform anzuführen, der Regierung den Beweis zu liefern, daß Freisinn und Zentrum ebenso energisch eine Wahlreform anstreben wie die Sozialdemokratie!

Wie diese Generalprobe auf die so heuchlerisch beteuerte „Volksfreundlichkeit“ des Freisinn und des Zentrums ausfallen wird, wissen wir im voraus. Aber der erneute Beweis der Volksfeindlichkeit aller bürgerlichen Parteien wird nur dazu beitragen, der unerträglichen Tatsache der Klassencheidung den reinsten Ausdruck zu geben und den Ansturm der geeinten Wahlrechtskämpfer um so unabweislicher zu machen!

Die Gründe der Reichsfinanznot.

Verschiedentlich haben wir darauf hingewiesen, daß die traurige Finanzlage des Deutschen Reiches in der Hauptsache durch die

enorme Steigerung der Heeres- und Marineausgaben in den letzten drei Jahrzehnten verschuldet worden ist, und wenn dieser Steigerung nicht Einhalt geschieht, das heißt nicht das heutige militärische System geändert wird, auch die jetzt geforderten 500 Millionen Mark neuer Steuern keine Ordnung in die Reichsfinanzen zu bringen vermögen, sondern schon nach wenigen Jahren das Reich sich wieder in einer ähnlichen Finanznotlage befinden wird wie heute.

Zu ähnlichen Folgerungen kommt in einer Betrachtung der Entwicklung der Reichsfinanzen die „Germania“. Sie untersuchte, in welchem Maße die Hauptausgaben des Reiches seit 1878 gewachsen sind und gelangt zu folgenden Ziffern:

I. Ordentlicher Etat.

Ausgabenart	1878	1888	1898	1908
Reichsheer	320,8 Mill.	350,2 Mill.	513,5 Mill.	670,5 Mill.
Marine	21,3	39,2	66,2	133,8
Reichsschuld	2,8	21,1	72,2	155,4
Pensionen	49,2	53,0	89,6	146,3
Kolonien	—	—	—	2,0

b) Einmalige Ausgaben.

Ausgabenart	1878	1888	1898	1908
Reichsheer	54,8 Mill.	169,3 Mill.	82,0 Mill.	127,2 Mill.
Marine	39,0	13,1	36,3	129,0
Kolonien	—	—	12,5	39,9

Man findet somit im ordentlichen Etat folgende Zahlen:

Ausgabenart	1878	1888	1898	1908
Reichsheer	375,6 Mill.	519,5 Mill.	595,5 Mill.	797,7 Mill.
Marine	60,3	52,3	102,5	262,8
Reichsschuld	2,8	21,1	72,2	155,4
Pensionen	49,2	53,0	89,6	146,3
Kolonien	—	—	12,5	41,9

Jedoch geben diese Zahlen des ordentlichen Etats noch kein erschöpfendes Bild; denn im außerordentlichen Etat läuft eine Reihe von Ausgaben, die zum größten Teil auch in den ordentlichen Etat gehören und die Ausgaben noch wesentlich erhöhen. Im Jahre 1878 hatte man den außerordentlichen Etat noch nicht ausgeschieden, so daß der Vergleich nur für zwei Jahrzehnte zu geben ist. Aber die Ausgaben betragen im

II. Außerordentlichen Etat:

Ausgabenart	1888	1898	1908
Reichsheer	146,1 Mill.	76,6 Mill.	58,6 Mill.
Marine	10,7	29,8	86,1
Kolonie und Expedition	—	—	19,0

Erst diese Zahlen lassen erkennen, wie sehr die Gesamtausgaben angewachsen sind. Denn nun erhalten wir folgendes Bild des Anstiegs der Ausgaben:

Ausgabenart	1878	1888	1898	1908
Reichsheer	375 Mill.	674 Mill.	672 Mill.	854 Mill.
Marine	60	63	130	345
Reichsschuld	2,8	21	72	155
Pensionen	49	53	89	146
Kolonien	—	—	13	60

Angehts dieser Zahlen muß jeder sich sagen, daß es so nicht mehr weiter gehen kann; alle diese Ausgaben machen wir für unsere „nationale Bedeutung“, für unsere Wehrkraft im weitesten Sinne des Wortes; diese Ausgabenposten wachsen an:

Jahr	1878	1888	1898	1908
450 Millionen	811 Millionen	976 Millionen	1561 Millionen	

In dreißig Jahren ist somit diese Ausgabe um mehr als 300 Proz. gestiegen, während die Bevölkerung noch nicht um 50 Proz. zunahm; das letzte Jahrzehnt allein weist eine Zunahme von über 60 Proz. auf. Wohin führt diese Bahn, die immer mit Friedensreden garniert ist? Schließlich nur zur Ausraubung der Völker im Frieden. Der bewaffnete Friede gestaltet sich zu einer unerträglichen Last.

Deshalb hat die vielgerühmte Sparsamkeit bei den Ausgaben für Meer und Flotte einzusparen. Das Heerwesen muß geändert, vor allem die Wehrpflicht verringert werden. —

Eine Komödie?

Das Reichsamt des Innern hat, wie in diesem Blatte bereits in Nr. 241, 1. Beilage, mitgeteilt worden ist, jetzt endlich einige Sachverständige aus den Kreisen, die an der Durchführung der Arbeiterversicherung praktisch mitarbeiten, nämlich einige Vorstandsmitglieder und Beamte der Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und Landesversicherungsanstalten, zu Beratungen über die bevorstehende Reform der Arbeiterversicherung eingeladen. Die Fragen, die als Unterlage für die Verhandlungen dienen sollen, zeigen, daß das Reichsamt des Innern die Beratungen auf die wichtigsten Punkte der Reform ausdehnen will, namentlich auch auf die Selbstverwaltung der Arbeiter in den Krankenkassen. Dagegen fehlen die Fragen, die sich auf die Selbstverwaltung der Unternehmer in den Berufsgenossenschaften der Unfallversicherung und auf die Beamtenwirtschaft in den Landesversicherungsanstalten der Invalidenversicherung beziehen.

Freilich sollen die Fragen, die das Reichsamt des Innern den eingeladenen Sachverständigen zur Beantwortung vorlegt, nicht ein irgendwie bindendes Programm darstellen oder den Kreis der zu besprechenden Fragen beschränken; sie sind vielmehr lediglich dazu bestimmt, einen vorläufigen Anhalt für den weiteren Gang der Verhandlungen zu bieten. Die Erörterung weiterer, die Reform der Arbeiterversicherung betreffenden Einzelfragen grundsätzlicher Art soll jedenfalls mit der Aufstellung dieser Fragen nicht abgeschlossen sein. Das hat das Reichsamt des Innern ausdrücklich erklärt. Damit ist den Arbeitervertretern die Möglichkeit gegeben, in den Beratungen mit den Regierungsvertretern die wichtigsten Beschwerden und Forderungen der Arbeiter, soweit sie die Durchführung der Arbeiterversicherung betreffen, mit dem nötigen Nachdruck zu vertreten. Die Berücksichtigung dieser Beschwerden und Forderungen können die Arbeitervertreter auf Grund ihrer eigenen praktischen Erfahrung nachweisen.

Dabei sehen wir freilich voraus, daß die Beratungen bereit sind, die Vorschläge, deren Notwendigkeit und Durchführbarkeit die Beratungen im Reichsamt des Innern ergeben, bei der endgültigen Abfassung des Entwurfs zur Abänderung der Arbeiterversicherungsgesetze zu berücksichtigen. Bekanntlich hat das „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe“ bereits am 15. Mai dieses Jahres „Grundzüge“ für die Reform der Arbeiterversicherung veröffentlicht, die das Reichsamt des Innern den Beratungen der Einzelstaaten zur Begutachtung hat zugehen lassen. Gegen einige dieser Grundzüge schlugen die Unternehmer Lärm, da sie von der angekündigten Reform der Arbeiterversicherung eine noch viel weitergehende Vergealtung der Arbeiter erwarteten, als jenen Grundzügen des Reichsamts des Innern entsprach. In der letzten Zeit aber wurden die Unternehmer von bürgerlichen Sozialpolitikern mit der Versicherung beruhigt, daß es unter den Regierungen inzwischen zur Verständigung gekommen sei, und zwar durchweg gemäß den Wünschen der Unternehmer. Diese Mitteilungen sind bis jetzt unabweisbar geblieben.

Wenn sie wahr sind, wenn sich die Regierungen bereits über die Grundzüge der von ihnen dem Reichstage vorzuschlagenden Reform verständigt haben, welchen Zweck sollen dann die jetzt angekündigten Beratungen der Regierungsvertreter mit den ausgewählten Praktikern haben? Solche Beratungen können nur dann einen Wert haben,

wenn sie stattfinden, bevor die Regierungen endgültig Stellung zu den kritischen Fragen genommen haben. In dieser Zeit ist es in der Tat von Bedeutung, wenn die Regierungen sich mit den praktisch erfahrenen Sachleuten über die wichtigeren Einzelheiten gründlich aussprechen. Dadurch könnte manches Mißverständnis beseitigt und die Mängel der bestehenden Gesetze sowie die zu erwartenden Folgen der beabsichtigten Änderungen aufgedeckt werden. Da, was die Regierungen aus den Verhandlungen gelernt haben, könnten sie dann bei der endgültigen Bearbeitung des Entwurfs zur Abänderung der Versicherungsgesetze verwenden. Auf der anderen Seite werden auch die Arbeitervertreter an der Aufklärung der Arbeiter über die Ziele und die Bedeutung des Entwurfs auf Grund des bei der Beratung gewonnenen Einblicks in die Meinungen und Absichten der Regierungsvertreter und der Unternehmer um so erfolgreicher mitarbeiten.

Eine ganz andere Bedeutung haben dagegen die Beratungen, wenn sie erst nach der endgültigen Stellungnahme der Regierungen zu der Reform stattfinden. Dann können die Verhandlungen gar nicht mehr darauf gerichtet sein, das Für und Wider möglichst erschöpfend zu erörtern. Vielmehr müssen die Regierungsvertreter sich dann ausschließlich bemühen, Stimmung für die bereits festgelegten Ansichten der Regierungen zu machen und die Verhandlungen so zu leiten, daß sie ein möglichst günstiges Material zur Begründung der bereits fertigen Regierungsvorlage liefern. Dann sind die Beratungen in Wahrheit nichts als eine Komödie.

Aus diesen Gründen müssen die Arbeiter, deren wichtigste Interessen durch die Reform der Arbeiterversicherung berührt werden, verlangen, daß das Reichsamt des Innern in dieser Sache endlich alle Geheimnisträumerei aufgibt und wenigstens über den Verlauf der angekündigten Verhandlungen mit den praktisch erfahrenen Sachverständigen der Öffentlichkeit Rechenschaft gibt. Die Leiter der Beratungen sollen dafür sorgen, daß sofort nach den Verhandlungen die Tageszeitungen kürzere aber zuverlässige Berichte bringen können, und daß der stenographische Bericht über die Verhandlungen ebenfalls möglichst bald erscheint. Ferner sollten die Regierungen auch den Teilnehmern an den Verhandlungen nicht etwa ein Schweigegebot auferlegen. Die Arbeiter müssen verlangen, daß ihre Vertreter sich offen über ihre Beobachtungen, die sie in den Beratungen gemacht haben, in voller Öffentlichkeit aussprechen. Denn nur aus dem Verlauf der Verhandlungen und aus der Beobachtung, die das Ergebnis der Verhandlungen bei den Regierungen findet, ist zu ersehen, welchen Wert die Verhandlungen im Reichsamt des Innern gehabt haben, ob sie ein ernsthafter Versuch zur Klärung der Streitfragen oder eine Komödie waren. Die Erfahrung wird hierauf die richtige Antwort geben.

Aus dem amerikanischen Wahlkampf.

New York, Anfang Oktober. (Eig. Ber.)

Obwohl uns nur noch vier Wochen von der Präsidentschaftswahl trennen, ist von der lebhaften und geräuschvollen Agitation, die stets eine Begleiterscheinung der nationalen Wahlen zu sein pflegt, wenig oder gar nichts zu verspüren. Nur ein paar politische Größen reisen umher und suchen den Nachweis zu führen, daß „der Andere“ ein noch größerer politischer Schwindler ist und noch tiefer im Sumpfe der politischen Korruption steckt. Dagegen fehlen die Wählerparaden, die sonst zu Dutzenden in Wahlzeiten das Straßenbild beleben, und vor allem fehlen die zahllosen Versammlungen unter freiem Himmel, an den Straßenenden.

Während aber die Republikaner und Demokraten in der stillen Hoffnung auf die bisher nie verjagende Macht ihrer „politischen Maschine“ und auf die Beeinflussung der Wähler durch ein anderes Mittel als die der Ueberzeugung durch mündliche oder schriftliche Argumente die öffentliche Agitation vernachlässigen, entfalten die Sozialisten eine rührige Tätigkeit. Schon vor Monaten sind sie in die Wahl-agitation eingetreten und Hunderte von Agitatoren betreiben sie mit einer Energie, die den Segnern ernste Beklemmungen bereitet. Hervorragendes leistet der Präsidentschaftskandidat der sozialistischen Partei, Eugene V. Debs. Seit Wochen reist er in einem Extrazug, dem sogenannten „Red special train“ (roter Spezialzug) durch die Lande. Querst durchquerte er den Westen bis zum Stillen Ozean, hielt an allen größeren Orten, die der Zug berührte, vom Waggon aus oder auf öffentlichen Plätzen Ansprachen und lehrte des Abends seine Agitation in Sälen oder zu Agitationszwecken gemieteten Theatern fort. Gleichzeitig wurden die im Extrazug mitgeführten Flugblätter in Tausenden von Exemplaren verteilt. Der Andrang zu den Versammlungen bei der westlichen Tour — insgesamt hat Debs in knapp vier Wochen eine Strecke von 9000 englischen Meilen zurückgelegt und 187 Reden gehalten — war ein über Erwarten großer und die Aufnahme eine vorzügliche.

Nach erfolgreicher als die Tour durch den Westen ist die am 25. September angetretene Fahrt Debs' durch die Oststaaten. Selbst die bürgerlichen Blätter, die zum Teil Debs von eigenen Korrespondenten begleiten lassen, sehen sich zu dem Zugeständnis gezwungen, daß die Agitationstour einen ungeahnten Erfolg hat. Schreiben doch beispielsweise die großkapitalistische „Times“ anlässlich der Ankunft Debs' in New York und der von ihm in der Metropole gehaltenen Reden: Debs' Kommen gab Anlaß zu einer der bemerkenswertesten politischen Demonstrationen, welche New York seit vielen Jahren erlebt hat. Das Blatt weist ferner darauf hin, daß im Hippodrom (einem Zirkus) und im American Theatre, den zwei Lokalen, in denen Debs sprach, zehntausend Personen zugegen waren, daß diese Massen nicht nur Eintrittsgeld zur Deckung der Kosten zahlten, sondern auch noch Literatur kauften, während die anderen Parteien den Wählern solche Literatur hausweise frei ins Haus bringen. Und als besonderen Beweis des Opfermutes der Sozialisten führen die „Times“ an, daß die Frauen gerne ihren Schmutz zur Bestreitung der Wahlkosten gaben.

Und die „World“ schreibt in einem Leitartikel: „Siebentausend Männer und Frauen zahlten Eintrittsgeld, um der sozialistischen Massenversammlung im Hippodrom beizuwohnen. Tausende andere hätten ebenfalls gerne gezahlt, wenn Platz für sie vorhanden gewesen wäre, um in das Lokal zu kommen. Ueber eine solche politische Demonstration wie diese, darf man nicht leichtens Hergens hinweggehen. Wie viele Männer und Frauen würden einen Quarter (25 Cent) oder 50 Cent zahlen, um William E. Taft, den republikanischen Präsidentschaftskandidaten, im Hippodrom über politische Dinge reden zu hören? Wie viele Männer und Frauen würden ein solches Eintrittsgeld zahlen, um William J. Bryan, den demokratischen Präsidentschaftskandidaten, zu hören, und obendrein für die Sache mit Enthusiasmus Geld und Schmutz opfern? Selbst wenn Theodore Roosevelt auf die Agitation gehen sollte, wie viele Leute würden Geld entrichten, um ihn zu hören, statt am nächsten Tage seine

Rede in einer Zeitung zu lesen, die sie für einen oder zwei Cent kaufen können! Der Enthusiasmus dieser großartigen sozialistischen Versammlung galt nicht dem Kandidaten, sondern der Sache...

Lehrlich äußern sich die offiziöse „Tribüne“ und andere New Yorker Blätter und sie halten es angebracht dieser Begeisterung und der allgemeinen schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse nicht für ausgeschlossen, daß die sozialistische Partei ihre Stimmzahl, die bei der letzten Präsidentschaftswahl 402 283 betrug, auf eine Million erhöht. Die Partei wird in den wenigen Wochen, die ihr zur Agitation noch verbleiben, nichts unversucht lassen, um die von den Segnern befürchtete Millionensteigerung an Wahlstimmen zu erreichen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Oktober 1908.

Zu Dienste der Großindustriellen.

Die rheinisch-westfälischen Großindustriellen sind seit langem unzufrieden mit den Leistungen der nationalliberalen Partei und vornehmlich der nationalliberalen Reichstagsfraktion. Sie, die so oft die nationalliberalen Parteifinanzien „sanieren“ und den Wassermännern die nötigen Geldmittel für die nationalliberalen Wahlkämpfe geliefert haben, drohen ihre Subsidienzahlung einzustellen. Nach der Ansicht der Kohlen- und Eisenmagnaten ist nämlich auch schon der Rationalismus allzusehr von der sozialpolitischen Seuche oder, wie sich vor einigen Monaten eine der Größen des Zentralverbandes deutscher Industrieller in der „Köln. Zig.“ ausdrückte, von der „nachgerade krankhaft gewordenen“ sozialreformatorischen Geisteskrankheit erfaßt. Die Syndikatsgrößen verlangen, daß die nationalliberale Reichstagsfraktion mehr als bisher die Interessen der Großindustrie vertreten und vor allem die durch die sozialpolitische Gesetzgebung gefährdete Autorität des Fabrikherrn gegenüber seinen Arbeitern wahren soll. Meint die nationalliberale Fraktion das nicht leisten zu können, dann wollen ihr die Großindustriellen die Klimente entziehen und einen politischen Interessensverband nach dem Muster des Bundes der Landwirte gründen.

Dieser Plan scheint die nationalliberalen Führer sehr erschreckt zu haben, denn was ist der ganze Rationalismus ohne die großindustriellen Subsidien. Sie erwägen deshalb ernstlich, ob sie nicht doch lieber den Dienst, den die Großindustriellen von ihnen verlangen, leisten sollen. Von der nationalliberalen Partei der Provinz Brandenburg wird nämlich an Großindustrielle folgendes Zirkular verschickt:

Berlin W. 15, Palzburger Str. 72a, 18. Oktober 1908.

Sehr geehrter Herr!

Die Einladung, die das unterzeichnete Komitee vor wenigen Wochen an eine Anzahl Industrieller und Freunde der Industrie, die uns als Nationalliberale bekannt waren, hat ergeben lassen, hat in allen Teilen Deutschlands und in allen Gruppen der Industrie Zustimmung gefunden.

Grundtägliche Bedenken sind kaum geäußert worden; einige Parteifreunde, hervortragende Industrielle, haben allerdings erklärt, daß sie keine Hoffnung mehr haben, daß die nationalliberale Partei den berechtigten Ansprüchen der wirtschaftlichen Erwerbstätigen Verständnis entgegenbringe, und daß sie sich deshalb von der Partei zurückziehe, oder in der Bildung einer selbstständigen Industriepartei, nach dem Vorbilde des Bundes der Landwirte, das Ziel sehen. Gerade diese Auffassung muß uns veranlassen, unsere Absicht, baldigst der Verwirklichung entgegenzutreten, den wirtschaftlichen Erwerbstätigen innerhalb der nationalliberalen Partei die geeignete Organisation und damit die Sicherheit zu geben, daß ihre Interessen in der Partei nachdrücklich geltend gemacht und für sie, soweit es das Gesamtwohl des Vaterlandes und unseres deutschen Volkes zuläßt, auch Berücksichtigung erlangen wird.

Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ vom 11. Oktober veröffentlicht die Grundlinien der in Aussicht genommenen Organisation der geplanten selbstständigen Arbeiterpartei; demgegenüber müssen auch die Freunde der von uns in Aussicht genommenen Organisationen, alle diejenigen, die in einer dauernden festen Verbindung zwischen den wirtschaftlichen Erwerbstätigen und dem maßvollen Liberalismus die beste Gewähr für eine gedeihliche Entwicklung unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens erblicken, zur Entscheidung über die Art der Ausgestaltung unseres Planes gelangen. Wir beehren uns deshalb, Sie, sehr geehrter Herr, zu einer Konferenz zur Beratung über die Organisation des Industrie-Verbandes der nationalliberalen Partei zu Sonntag, den 1. November, vormittags 11 Uhr, nach Berlin, Abgeordnetenhause Zimmer 5 (Fraktionszimmer der nationalliberalen Partei) ergebenst einzuladen.

Wir bitten Sie, uns auf anliegender Karte freundlichst anzugeben zu wollen, ob wir auf Ihr Erscheinen hoffen dürfen.

Das Aktionskomitee:

Professor Dr. Leibig, Berlin W. 15, Rönne, Ederfeld.
Kommerzienrat Volte-Ragdeburg.
Landtagsabgeordneter Westermann-Lützendorf.

Professor Hise und die Zentrumsbauern.

Professor Hise, der Sozialpolitiker des Zentrums, hat eine Schrift herausgegeben, betitelt: „Abriß der Agrarfrage“. Er singt darin dem Bauernstande wegen seiner wirtschaftlichen und nationalen Bedeutung ein hohes Lob. Nichtsdestoweniger hat er es aber doch durch diese Schrift mit den Zentrumsbauern verbunden, weil er mit seinen Ansichten über die Landarbeiterfrage etwas andere Wege wandelt, als dies den Agrarinteressen entspricht. Die „Rheinische Volksstimme“ geht deshalb mit dem Herrn Professor in einem langen Artikel ins Gericht, indem sie ihm vor allen Dingen vorhält, daß er die Landarbeiterfrage in rein materieller Weise als Lohnfrage auffasse. Das Blatt vertritt namentlich die Anschauung, daß die Industrie höhere Löhne zahle als die Landwirtschaft. „Es ist bedauerlich“, schreibt es, „daß solche Sätze von Leuten, die als Autorität gelten, in die urteillosen Massen geworfen und deshalb blind geglaubt werden. Der Landwirtschaft wird damit kein Dienst erwiesen.“

Professor Hise hatte weiter geschrieben: „Der Landflucht kann nicht durch kleinliche polizeiliche Maßnahmen und durch geistige Ausnahmemaßnahmen (Beschränkung der Freizügigkeit, Verbot des Wahlrechts) für die ländlichen Arbeiter gesteuert werden.“ Die „Rheinische Volksstimme“ glaubt den Herrn Professor belehren zu müssen, daß die Landarbeiter das Wahlrecht haben, nur die Organisation von Streiks für ihnen untersagt. Als ob ein „Wahlrecht“, das den Landarbeitern die Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen Interessen unmöglich macht, überhaupt zu etwas nütze wäre!

Zum Schluß meint das Blatt von der Hise'schen Schrift: „Das Heft wird wegen seines geringen Preises, und weil der Volksverein in M.-Gladbach es verbreitet, besonders in der Industriearbeiterschaft großen Abfall finden. Welche schiefen Urteile über die Landwirtschaft und landwirtschaftliche Verhältnisse

damit herabgebildet werden, ist gar nicht abzusehen.“

Professor Hise hat sich die Ansprache des rheinischen Bauernblattes zu Herzen genommen. Er will, wie er in einer Erwiderung in der „Rheinischen Volksstimme“ bemerkt, nicht behauptet haben, daß die Löhne in der Landwirtschaft durchweg und allgemein geringer seien, als in der Industrie, sondern nur, daß in mehr oder weniger zahlreichen Fällen auch die Lohnverhältnisse zur Landflucht führen. Uebrigens werde er bei einer Neuausgabe eine solche Fassung wählen, daß ein solches Mißverständnis ausgeschlossen sei.

Die „Rheinische Volksstimme“ findet dieses Vorhaben Hises „erfreulich“, und bemerkt zum Schluß: „Wir erkennen an der Schrift gern die guten Absichten über die Landwirtschaft an, aber die Schattenseiten überwiegen, und die landwirtschaftlichen Dinge und Zustände genauer und getreuer zu beurteilen, wird die Aufgabe einer Neuausgabe sein.“

Professor Hise weiß also, was er zu tun hat, wenn er auf das Lob seiner agrarischen Partei und Glaubensgenossen rechnen will. Er darf vor allen Dingen den Landarbeitern nicht von ihrer elenden Lage und ihrer Rechtslosigkeit reden. So etwas darf die „urteillose Masse“, darunter versteht das ultramontane Bauernblatt die Arbeiter, nicht hören; sie könnten sonst vor der Fülle der agrarischen Fleischtöpfe und dem Segen des patriarchalischen Systems Reichthum nehmen.

Die Flotten-Reime und -Salme.

Die Beschlüsse der thüringischen Klein-Schwärmer und Salm-Enthusiasten, nach denen der Kampf gegen die bayerischen Vorstandsmitglieder des Flottenvereins im Juli bis zur Austrittsandrohung gediehen war, sind noch zur Genüge bekannt. Zuerst war es der Audofstädter Landesverband, der direkte Austrittsbeschlüsse faßte, denen dann andere thüringische Kleinstaaten folgten. Einzig der Norderburger Landesverband mit 335 Mitgliedern machte diese Bewegung nicht mit. Der Landesverband Sachsen-Weimar-Eisenach schloß sich am 20. September in der Landesversammlung in Weimar einstimmig dieser Strömung an. Es sollte aber noch bis zum Herbst den verhassten drei bayerischen Führern Gelegenheit zum Rücktritt gegeben werden, und man hatte die Hoffnung, dann unter der Leitung des neuen Präsidenten, Großadmirals v. Ritter, sich wieder voll und ganz der Flottenvereinsfrage widmen zu können. Diese Hoffnung teilten nach einem Schreiben des geschäftsführenden Vorstandes des Landesverbandes Weimar auch die Landesverbände der Westfalen, der Rheinländer, der Rheinhesen, der Hessen-Darmstädter und der Oldenburger. — Es war also die Störung des Danziger Flottenvereinsfriedens ganz gut organisiert worden!

Da erschien wie ein Blitz aus dem heiteren Himmel für die „Mabaubrüder im Flottenverein“ eine Protestresolution der Ortsgruppe Eisenach des weimarisches Landesvereins am 8. Oktober in der Presse. In dieser wurde die Stellungnahme des Vorsitzenden der Ortsgruppe zum Beschlusse des Landesverbandes nicht gebilligt und in dem Beschlusse „eine Störung des in Danzig geschlossenen Friedens“ erblickt. In der Versammlung in Eisenach wurden ferner die Verbände der Gegner der Bayern Kleine Kaba u. Vereine, ihre Leiter Friedensförderer und gewissenlose Agitatoren genannt. Wir sehen daran, daß solche Ausdrücke gegenüber Anderdenkenden bei den Flottenenthusiasten so gebräuchlich sind, daß sie sogar in einer momentanen Zustimmung selbst Freunden gegenüber angewandt werden!

Der Vorstand des weimarisches Landesverbandes geht in einem geharnischten Schreiben gegen die Eisenacher Freunde vor und faßelt in indistinkter Weise das Zustandekommen der Eisenacher Protestresolution. Diese habe schon vor der nur von 60 von 300 Mitgliedern der Ortsgruppe besuchten Versammlung in Maschinenfabrik sitz und fertig vorgelegen. Sie sei von den bayerischen Leitern veranlaßt, denn es sei ein Brief des Herrn v. Braun der Versammlung vorgelesen worden. Ferner habe Prof. Nicolai in Eisenach gegen den Landesverband schwere heileidigende Ausdrücke gebraucht, die von keinem Versammlungsteilnehmer gerügt oder zurückgewiesen worden seien. Außerdem teilt der Vorstand von Weimar noch mit, daß der Beschlusse der Landesversammlung nur für das Präsidium bestimmt war, da aber von dem Eisenacher Vertreter, Prof. Nicolai, Instruktionen befürchtet werden mußten, kam der Vorstand zur Veröffentlichung des damaligen Beschlusses.

Dann wird in dem Offenen Schreiben des weimarisches Landesverbandes noch gesprochen von Quertreibern, Verdächtigungen und Verleumdungen, die um so schlimmer seien, wenn sie aus dem eigenen Landesverbande kommen. Man sieht also, die Herren Flottenenthusiasten kennen sich gegenseitig recht gut, sonst würden sie sich nicht im blühendsten „Sanherdentone“ vor aller Öffentlichkeit herunterziehen. Die aufstehende Hoffnung unserer Gegner, die sie auf den Nürnberger Parteitag setzten, werden also vielleicht auf der Tagung des Deutschen Flottenvereins in Nürnberg in Erfüllung gehen!

Die sächsischen Nationalliberalen gegen das Wahlrechtskompromiß.

Eine Vertrauensmännerversammlung der sächsischen Nationalliberalen, die am Sonnabend in Dresden tagte, beschloß nach heftigen Debatten, in der sehr abweichende Meinungen zutage traten, einstimmig eine vom Leipziger nationalliberalen Verein eingebrachte Resolution, die sich mit der Ablehnung der neuesten Wahlrechtsvorläge der Regierung durch die Landtagsfraktion einverstanden erklärt und auch die vorgeschlagene Wahlrechtserteilung verwirft. Außerdem wurde auf Antrag des Reichstagsabgeordneten Stresemann angenommen, das Volk gegen die neuesten Wahlrechtspläne des Grafen v. Hohenthal aufzurufen und im ganzen Lande Protestversammlungen zu veranstalten.

Die sächsischen Nationalliberalen, diese wackersten Reaktionsäre, die ein völkerechtendes Pluralwahlrecht fordern, als Verantworte eines Volksturms! Man könnte es einen unzeitgemäßen Postnachtssturz nennen, wenn die Wahlrechtsfrage nicht so bitter ernst wäre!

Lohnklausel und Streikklausel.

In der letzten Sitzung des Dresdener Stadtverordnetenkollegiums kam eine Eingabe des Bauarbeiterverbandes um die Einführung der Lohnklausel (Zahlung tarifmäßiger Löhne bei städtischen Arbeiten) zur Verhandlung. Der Rat hatte dazu bemerkt, daß diese Eingabe gegenstandslos sei, soweit sie den Tiefbau betreffe, da dort keine Tarife beständen. Beim Hochbau seien Bestimmungen über die Vergütung von Arbeiten vorhanden, und zwar gehen sie dahin, daß diejenigen Bewerber von der Zuschlagserteilung ausgeschlossen seien, die deutsche Gehilfen und Arbeiter, soweit solche vorhanden sind und die nötige Befähigung besitzen sowie zur Arbeit gegen angemessenen, der Lebenshaltung der einheimischen Gefellen und Arbeiter entsprechenden Lohn bereit sind, nicht vorwiegend und in erster Linie bevorzugen.

Der Rat hat den Unternehmern Kenntnis von der Eingabe der Bauarbeiter gegeben und diese verlangen bei Aufnahme der Lohnklausel die Streikklausel. Der Rat hat nun sowohl die Lohn- als auch die Streikklausel abgelehnt. In einer der nächsten Sitzungen soll ausführlich über diese Fragen gesprochen werden.

Das offiziöse Preszbureau entspricht allem Anschein nach nicht mehr den Anforderungen der Regierung — vielleicht weil es trotz seines beträchtlichen Apparates noch immer nicht in einem dem Reichskanzler genügenden Maße die Beeinflussung der öffentlichen Meinung betreibt. Wie die „Berliner Morgenpost“ wissen will, bereiten sich deshalb in Pressebezugsamt des Auswärtigen Amtes allerlei Änderungen vor. Der vortragende Rat und Chef der Abteilung, Dr. Hamann, dürfte privater Gründe halber demnächst aus seiner Stellung, wahrscheinlich sogar ganz aus dem Dienste scheiden. Dann

wird eine tüchtige Rekonstruktion dieses Dezernats eintreten und der amtliche Betrieb der Auslandsvertretung an die Presse von Grund auf umgestaltet werden. Wahrscheinlich wird eine besondere Abteilung für die innere und eine zweite für die äußere Politik geschaffen werden. —

Gegen die Inzeratensteuer.

Der Verband der Fachpresse Deutschlands, der gestern Abend im Saale der Handelskammer eine gut besuchte Versammlung unter Leitung des Vorsitzenden Direktor Zuelzer abhielt, beschäftigte sich vornehmlich mit der geplanten Inzeratensteuer. In der Beratung, an der sich namentlich Dr. jur. Martin Cohn, Elöner, Hansen aus Berlin, Doppstädter-Witten, Schaper-Dannover und der Vorsitzende beteiligten, wurde gegen die Inzeratensteuer unter anderem geltend gemacht, daß sie im volkswirtschaftlichen wie im im volkshilflichen Interesse gleichermäßen zu verurteilen sei und daß durch sie den Zeitungsbetriebsbetriebe schwere Verletzung und Schädigung drohe, zumal bei dem notwendigen Schematismus einer derartigen Steuer die individuellen Verhältnisse der einzelnen Zeitungen nicht berücksichtigt werden könnten; insbesondere würden die Gefahren für die in den letzten Jahren aufgebühten Fachpresse von schwersten Folgen sein. Gegenüber diesen Nachteilen, die die Inzeratensteuer mit sich bringen würde, könne das erhoffte finanzielle Ergebnis nicht ausgleichend sein.

Nützliches Wahleresultat.

Angermünde, 19. Oktober. Bei der Reichstagswahl am 14. d. M. für den Wahlkreis Potsdam 4 (Brenzlau-Angermünde) wurden insgesamt 10 706 gültige Stimmen abgegeben. Es erhielten Oberpräsident v. Winterfeldt-Potsdam (Lank.) 11 055, Pastor Schmidt-Rassow (lib.) 2704 und Tapezierer Wels-Berlin (Soz.) 3083 Stimmen; 4 Stimmen waren zerstückelt. v. Winterfeldt ist somit gewählt.

Ein neuer Schütztruppenkommandeur.

An Stelle des Oberleutnants Quade, der Abteilungschef im Großen Generalkab war, ist Oberst v. Glasenapp, bisher Inspekteur der Marine-Infanterie, zum Kommandeur der Schütztruppen im Reichscolonialamt ernannt worden. —

Oesterreich.

Rationalistische Ausschreitungen.

Prag, 18. Oktober. Heute kam es hier zu Ausschreitungen zwischen Tschechisch-Rationalen und deutschen Couleurstudenten, die ihren Vummel auf dem Graben machten. Die Studenten wurden von den Rationalisten verhöhnt; es kam zu kleinen Zusammenstößen, denen jedoch durch einige Verhaftungen ein Ende bereitet wurde. Die inzwischen auf etwa dreihundert Köpfe angewachsenen Couleurstudenten gerieten später, als die auf dem Graben sich ansammelnde Menge immer größer wurde, ins Gedränge und wurden aufgeföhrt, sich in das deutsche Kasino zu begeben. Dieser Aufforderung kam ein Teil der Studenten nach, nur die deutsch-nationalen Studenten sammelten sich vor dem Kasino und sangen die „Wacht am Rhein“. Die Polizei schritt ein und drängte die Studenten in das Kasino und die Menge gegen den Wenzelsplatz zurück. Hierbei kam es mehrfach zu Zusammenstößen, schließlich zerstreute sich jedoch die Menge, nachdem mehrere Verhaftungen vorgenommen worden waren. Auf dem Rückwege schlugen die Rationalisten in mehreren deutschen Gebäuden die Fenster ein. Am Nachmittag wiederholten sich die Demonstrationen in größerer Nähe, so daß die Polizei von der blauen Waffe Gebrauch machen mußte und der Polizeichef um militärische Hilfe ersuchte. Das Militär besetzte mehrere Straßen. Um 10 Uhr abends herrschte Ruhe. Insgesamt wurden 70 Verhaftungen vorgenommen.

Erregung in der Provinz.

Prag, 19. Oktober. Im Laufe des gestrigen Tages fanden auch in anderen Städten Ruhestörungen statt. In Gablonz wiederholten sich die Zusammenstöße zwischen den Sozialdemokraten und den Deutsch-Rationalen. Die Gendarmen stellten die Ruhe wieder her. In Budweis drohte es anlässlich der Bekrönung des Kaiser Franz Josef-Denkmal durch die Deutschen zu Konflikten zwischen Deutschen und Tschechen zu kommen. Der Polizei und Gendarmen gelang es, die beiden Parteien zu trennen. In Tepliz fanden blutige Zusammenstöße zwischen Deutsch-Rationalen und Sozialdemokraten statt. Sechs Personen wurden verletzt, davon eine schwer. Die Polizei und Gendarmen zerstreute die Menge. Zehn Personen wurden verhaftet, davon acht wieder freigelassen. In Karlsbad fanden auch Ansammlungen vor dem tschechischen Vereinshaus statt. Da eine Wiederholung der Demonstrationen befürchtet wird, wurde die Gendarmen verstärkt.

Sozialdemokratische Konferenz.

Budapest, 19. Oktober. Gestern fand hier die Landeskonferenz der deutschsprachigen Sozialdemokraten Ungarns statt. Die Delegierten betonten, daß sie unter allen Umständen in kultureller Beziehung auf deutschem Standpunkt stünden. Bezüglich der Wahlrechtsvorlage wurde beschlossen, die Entscheidung des bereits einberufenen, acht Tage nach Bekanntwerden des Inhalts der Vorlage zusammenretenden Landeskongresses der ungarländischen sozialdemokratischen Partei, die eventuell den Massenstreik beschließen werde, abzuwarten. —

England.

Eine unruhige Woche.

London, 17. Oktober. (Fig. Ber.) Die Woche der Eröffnung der Herbsttagung sah bedeutende Demonstrationen von Frauen und Arbeitslosen, parlamentarische Zwischenfälle und vereinzelte Unruhen. Ernste Besorgnisse beschäftigten sich der herrschenden Massen, denen die liberale Regierung Rechnung trägt und durch Polizeiaufgebote und Berichtsvorladungen zu bannen sucht. Man darf jedoch den Grundgedungen der Frauen und der Arbeitslosen keine revolutionäre Bedeutung beilegen. In einem freien Lande, wo die persönliche Initiative nicht systematisch unterdrückt wird und wo Unzufriedenheit und Kritik für Tugenden gehalten werden, sind derartige periodische Ausbrüche aus Anlaß der Verschärfung der Gegenstände unvermeidlich. Im ersten Augenblick herrscht unter den bestehenden Klassen einiger Schrecken, der sich nach und nach in Reformen auflöst.

Von den Frauenrechtlerinnen sind drei angeklagt: Frau Pankhurst, Fräulein Pankhurst und Frau Drummond, die die Massen aufforderten, das Parlament zu „türmen“.

Von den Führern der Arbeitslosen ist der Parlamentsabgeordnete William Thorne angeklagt, den Arbeitslosen den Rat gegeben zu haben, die Bäckereien zu türmen und ihren Hunger zu befriedigen. Er ist gegen Kaution auf freien Fuß gesetzt.

Genosse Grayson ist von den Parlamentsmitgliedern für die Dauer der Herbsttagung ausgeschlossen, außer wenn er sich beim Sprecher entschuldigt. Die Arbeiterfraktion, die jetzt mit der Regierung wegen Unterdrückung der Arbeitslosen unterhandelt, hat nicht den Mut gehabt, Grayson in seinen Protesten zu unterstützen. Sie fühlt vielleicht, daß das englische Proletariat noch nicht so weit ist, einen Angriff auf die Autorität des Parlaments zu verstehen.

Inzwischen hat Herr John Burns eine Rede über die Arbeitslosigkeit vom Standpunkte des Liberalismus gehalten, in der er ausführte, die Regierung werde keine Arbeitslosen vorlage einbringen, wohl aber sei sie bereit, größere Geldmittel zur Milderung der Arbeitslosigkeit auszuwerfen.

Was Grayson im Parlament tat, führte der christliche Sozialist Frank Smith im Londoner Grafschaftsrat aus; er ließ es zu seiner Verurteilung der Tagesordnung kommen, sondern forderte Abhilfe gegen die Arbeitslosigkeit in London. Frank Smith hatte dabei die tatkräftige Hilfe der sozialistischen und gewerkschaftlichen Gemeinderäte.

Zeuge der letzten Londoner Arbeitslosendemonstration war auch Genosse Skautsky, der ins Gedränge geriet und den Knüppel eines Polizisten zu fühlen bekam, glücklicherweise ohne ernste Folgen.

Türkei.

Um die Pressefreiheit.

Konstantinopel, 19. Oktober. Die Posten beginnt gegen die „Auswüchse“ der Presse energisch vorzugehen. Heute wurde der Redakteur des türkisch-französischen Bülletes „Kalem“ wegen sehr gehässiger Ausfälle gegen den deutschen Kaiser und wegen eines beleidigenden Bildes verhaftet. Das Blatt wurde konfisziert und unterdrückt. Auch ein anderes türkisches Büllet und eine gegen den Sultan gerichtete Broschüre wurden eingezogen. Die türkischen Journalisten sind sehr erregt. Der Presseverein beabsichtigt morgen eine Sitzung abzuhalten, die sich mit diesen Angelegenheiten befassen und über einen Pressestreik beschließen soll.

Konstantinopel, 19. Oktober. Wie die Blätter melden, ist auf Intervention des Präsidenten des türkischen Pressevereins beim Großwesir der verhaftete Redakteur des Bülletes „Kalem“ im Laufe der Nacht freigelassen worden.

Persien.

Ein Manifest der persischen Reformer.

Etwa 200 persische Reformer befinden sich gegenwärtig im Exile in Europa und unter ihnen einige in London. In der „Times“ vom 15. d. M. veröffentlichte sie eine längere Erklärung über die letzten Ereignisse und über die gegenwärtige Lage in Persien.

Das Manifest gibt vorerst den Grund an, warum der Staatsstreik des Schah im Juni d. J. erfolgreich war. Die Reformer waren fast genug, sich dem Schah entgegenzusetzen, aber es wurde ihnen versichert, daß die russische Regierung eine Demütigung des Schah nicht dulden und — im Falle eines Sieges der Reformer — eine militärische Intervention unternehmen würde. Die Unabhängigkeit Persiens stand auf dem Spiele. Die Reformer sagten sich deshalb, es sei besser, die innere Freiheit als die Existenz Persiens zu opfern. Die von russischen Offizieren besetzten persischen Truppen fanden deshalb nur geringen Widerstand und konnten das Parlament zerstören.

So fiel das Reichsblatt (Parlament), das in kurzer Zeit ein neues Persien geschaffen hatte. Es hat die Finanzen des Landes ins Gleichgewicht gebracht und Anleihen an den Schah verhindert. Früher betrug die Jahreseinnahme 1 430 000 Pfund Sterling und die Ausgabe 2 Millionen, so daß ein Jahresdefizit von 570 000 Pfund Sterling entstand. Der Etat des Reichsblatts hat das Defizit in einen Ueberschuß von 200 000 Pfund Sterling verwandelt. Bis dahin wurden die Einnahmen als das Eigentum des Schah betrachtet. Das Reichsblatt hat einen modernen Staatshaus halt eingerichtet. Es hat ferner die politische Gleichberechtigung aller Perser hergestellt. Dann hat es das ganze Steuerwesen reformiert, die Verwaltung der Provinzen reguliert und überall die Errichtung von Abendkursen für Erwachsene erleichtert, wo bekannte politische Redner Vorlesungen über Konstitution, Geschichte, Landeskunde usw. hielten. Diese Schulen wurden überall stark besucht.

Die Reformer verzweifeln nicht an der Zukunft ihres Landes. Sie haben aus der Geschichte der letzten Jahre gelernt, daß die russische Regierung den Sturz des Parlaments verursachte und daß der gegenwärtig herrschende Schah keine ehrliche Verfassung gewähren wird. Mit dem Schah würde Persien fertig werden können, wenn nur Europa sich neutral verhalten wollte. Erhält der Schah keine Geldanleihe und ist Persien gegen eine russische Intervention gesichert, so werden die Reformer ihr Ziel erreichen und ein liberales Persien herstellen.

Das Manifest schließt mit einem warmen Appell an Europa, Persien allein zu lassen und keine Partei zu ergreifen. Sobald die liberalen Elemente Persiens sich überzeugen, daß sie einzig und allein dem Schah gegenüberstehen, so wird das liberale Reichsblatt wieder auferstehen.

Marokko.

Der Zwischenfall erledigt.

Paris, 19. Oktober. Galantisch wird bestätigt, daß Frankreich den deutschen Vorschlag, den Zwischenfall der Deserteure in Casablanca betreffend, durch das Haager Schiedsgericht schlichten zu lassen, annimmt, und zwar soll die ganze Frage des Rechts der Franzosen ausgerollt werden. Dieser Entschluß ist getroffen worden angesichts der wiederholten Verträge, welche von Franzosen und deutscherseits aufgestellt worden sind.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Aus der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Hieß das Thema, über das Genosse Legien am Sonntag vormittag in einer Versammlung der Werkzeugmacher sprach. Er legte dar, wie die Organisationen der Arbeiter seit dem Unternehmertum und von den staatlichen Gewalten bedrängt und verfolgt wurden, sobald ihr Streben auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen für die Arbeiterklasse gerichtet war. Wenn auch die modernen Gewerkschaften erst seit 40 Jahren bestehen, so haben die Organisationen früherer Jahrhunderte, die Bünde, schon dieselbe Erfahrung machen müssen. Von 1400 bis 1750 boten die Bünde den Arbeitern eine Stütze. Sie waren meist lokale Verbindungen, aber sie hatten doch ein Verbindungsnetz über das ganze Organisationsgebiet ausgebreitet. Streiknachrichten wurden oft wunderbar schnell durch die Wanderburschen verbreitet. Die Macht der alten Gesellenorganisationen wurde den Herrschenden bald unbenommen. Schon im Jahre 1553 wurde ein Reichsgesetz erlassen, welches den Bünden allerlei Schwierigkeiten machte und sich besonders gegen die Arbeitsvermittlung, das Herbergswesen und die Wanderungsunterstützungen richtete. Aber die Organisationen waren widerstandstüchtig und erst 1773 gelang es, sie zu unterdrücken, als eine neue Produktionsform durch die wachsende Hausindustrie und Manufaktur sich geltend machte und Gegenläufe in der Arbeiterwelt schuf, die die Form der alten Bünde sprengte. Die einzelnen Staaten in Deutschland machten nach ihres besonderen Gesetze, um

die Arbeiter in ihren Ansprüchen niederzuhalten. In Handwerksordnungen bedrohte man den Streikenden mit Zuchthaus- und Galerenstrafen. Die Zwangsgerichtsbarkeit erließ ein Verbot der Streiks. Die Reste der alten Gesellenorganisationen dienten nur noch Unterstützungszwecken, aber sie hatten alle wirkliche Macht verloren, und die Lage der Arbeiter war mit dem Anfang des vorigen Jahrhunderts eine äußerst gedrückte. Das Jahr 1848 brachte wieder neues Leben in die Arbeiterbewegung. Die Buchdrucker und die Tabakarbeiter gründeten damals Verbände, die später, in der Reaktionsperiode, wieder unterdrückt wurden. Anfangs der sechziger Jahre kam die Aufhebung des Koalitionsverbots, die Einführung der Gewerbeordnung und die moderne Gewerkschaftsbewegung begann. — Der Redner schilderte den Gang dieser Entwicklung bis auf die Gegenwart; er betonte dabei, daß sie uns mehr als anderswo politische Parteien ihren Einfluß auf die Gewerkschaftsbewegung ausgeübt haben; er zeigte, wie die enge Verbindung mit der sozialdemokratischen Partei zustande kam. Das Sozialistengesetz (1878) erließ man nicht der Attentate wegen, sondern um ein einheitliches Ausnahmengesetz gegen die organisierten Arbeiter zu erhalten, und man hatte nichts Eiligeres zu tun, als sofort alle gewerkschaftlichen Verbände aufzulösen. Nur 9 Organisationen entgingen damals der Auflösung, aber aus den wirtschaftlichen Verhältnissen heraus entstanden bald darauf neue Vereinigungen. Waren 1878, bei Erlass des Gesetzes, 50 000 Arbeiter gewerkschaftlich organisiert, so konnten die Zentralverbände bei der Aufhebung des Gesetzes (1890) über 300 000 Mitglieder zählen und heute hoffen sie auf die baldige Vollendung der zweiten Million. Legien feierte die Gewerkschaftsbewegung als die größte Kulturbewegung, mit der sich keine andere messen kann. Sie hebt den Arbeiter auf eine höhere Kulturstufe, sie macht ihn erst reif, die weitbewegende Idee des Sozialismus mit Verständnis aufzunehmen zu können; sie bekämpft seine Bedürfnislosigkeit und regt sein Verlangen an, teilzunehmen an allem, was die Kultur den Menschen heute bietet. Der Redner kritisierte die „aristokratische“ Gewerkschaftsbewegung und zeigte, wie sie den politischen Zwecken des Zentrums diene. Er lenkte die Aufmerksamkeit auf die „Gelben“, die als Gewerkschaften anzusprechen man sich hüten sollte, denn es seien Organisationen zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, während doch das Streben nach Verbesserung die erste Vorbedingung einer Gewerkschaft ist. Der aufgeregte Arbeiter weiß, daß nur die freien Gewerkschaften seine Interessen fördern können. (Reicher Beifall.)

Einige Branchenangelegenheiten standen noch auf der Tagesordnung der Versammlung. Die Angliederung der im Buchdruckmaschinenbau beschäftigten Arbeiter an die Branche der Bergarbeiter wurde von der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes empfohlen, und die Versammlung erklärte sich damit einverstanden. Als Gruppenführer der Schneepressenbauer wurde Krahl gewählt. Ferner wurden als Mitglieder der Agitationskommission Erler, Zippel und Schrut gewählt. Die streikenden Arbeiter der Firma Schwoiger u. Franfurter erwarten, daß die Berufsgenossen keine Streikarbeit verrichten. Der Branchenleitung muß sofort gemeldet werden, wo Arbeiten der bestreikten Firma in Auftrag gegeben werden.

Die Gold- und Silberarbeiter

sehen ihre Anstrengungen fort, die Anerkennung des Tarifs auf ein weiteres Jahr durch eine unterschriftlich gegebene Erklärung der einzelnen Arbeitgeber zu erreichen. Viele haben bereits dem Esuchen stattgegeben, bei anderen mühten die Arbeiter in den Streik treten. Gestreikt wird bei den folgenden Firmen: Freund, Petersfeld, Abraham, Gornisch, Gebr. Drucker, Klodmann u. Klausner, Sigele, Anton Drucker. Diese Firmen sind als gestreikt zu betrachten; dort streiken 141 Arbeiter, darunter 4 weibliche. Gewornt sei vor Anzeigen in süddeutschen Blättern sowie in der „Berliner Volkszeitung“ und „Korrespondenz“. Der Arbeitgeberverband der Edelmetallindustrie für Berlin und die Provinz Brandenburg hat folgendes Rundschreiben erlassen:

„Da die Vertrauensmänner der Arbeitnehmer heute in verschiedenen Geschäften und Fabriken den alten Tarif von 1906 zur Unterzeichnung bei den Meistern vorgelegt haben, bitten wir alle Kollegen dringend, nichts zu unterschreiben und sich an die Beschlüsse der Versammlungen vom 18. September und 7. Oktober sowie an die gefassten Resolutions zu halten.“

J. A.: Wilt, Dinges. Rag Winter.“

Das Schreiben zeigt, daß die Arbeitgeber Gefahr wittern und die Fortschritte, welche die Bewegung unter den Arbeitern macht, zu würdigen wissen.

Die Tarifbewegung der Weißgerber.

In einer zahlreich besuchten Versammlung der Filiale I des Lederarbeiterverbandes, die am Sonntag bei Schmidt in der Pringelallee stattfand, berichtete Heibelberg über die weiteren Tarifverhandlungen. Sie sind wiederum ergebnislos verlaufen. Die Vertreter der Fabrikanten verlangten immer wieder, daß zunächst die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit zurückgezogen werde, ehe sie über die anderen Forderungen verhandeln wollten. Die Vertreter der Arbeiter lehnten das ab. Mit Rücksicht auf die sehr anstrengende Arbeit im Beruf sei eine Verkürzung der Arbeitszeit dringend notwendig, und im allgemeinen seien die Forderungen schon so mächtig, daß die Fabrikanten ohne weiteres darauf eingehen könnten. Sei doch die neunstündige Arbeitszeit bei den Lohgerbern allgemein durchgeführt und habe doch ein Fabrikant den Arbeitern selbst den Achtstundentag nebst Lohnerhöhung angeboten. — Die Fabrikantenvertreter kamen mit dem Einwand, daß die Räumlichkeiten der Weißgerbereien zu beschränkt seien, um die Arbeitszeitverkürzung durchzuführen und behaupteten auch, daß die Arbeiter selbst gerne wie bisher 9½ Stunden arbeiten wollten, daß ihnen mehr an Lohnerhöhung gelegen sei, die Arbeitszeitverkürzung eigentlich nur eine besondere Forderung der Lohnkommission sei. — Diese Verhandlungen, die am 7. Oktober stattfanden, endeten damit, daß beide Parteien übereinkamen, nun das Einigungsamt anzurufen. Die Fabrikanten knüpften an die Fortsetzung der Verhandlungen jedoch die Bedingung, daß die Arbeiter sich verpflichten sollten, falls es zu einem Streik komme, alles, was in den Ausschuss eingearbeitet ist, festzumachen. Nach reiflicher Ueberlegung und besonderer Beratung kamen die Arbeitervertreter diesem Wunsche insofern entgegen, daß sie erklärten, alles bis zum 24. Oktober eingearbeitete solle fertig gemacht werden. Am Dienstag voriger Woche fand dann eine Sitzung vor dem Einigungsamt statt. Hier schlugen die Fabrikanten vor, den alten Tarifvertrag unverändert auf drei Jahre zu verlängern, die Arbeitervertreter erklärten jedoch, daß sie darauf unter keinen Umständen eingehen könnten. Nachdem der Redner ausführlich über die Verhandlungen berichtet hatte, überließ er es der Versammlung, sich über die Lage zu äußern. Es folgte eine lebhafte Diskussion. Alle waren darin einig, daß auf die Verkürzung der Arbeitszeit so wenig wie auf die übrigen Forderungen verzichtet werden könne. Wenn die Arbeitsräume nicht ausreichten, sollten doch die Fabrikanten für größere und bessere sorgen, was in vielen Betrieben schon sowieso im Interesse der Gesundheit der Arbeiter notwendig sei. Das Entgegenkommen, das die Lohnkommission den Fabrikanten zeigte, indem sie die Verpflichtung einging, daß die bis zum 24. Oktober eingearbeiteten Felle fertiggemacht werden sollten, wurde von mehreren Rednern scharf beurteilt. Man meinte, daß die Lohnkommission wenigstens erst die Kollegenfrage hätte fragen müssen, ehe sie auf dergleichen einging. Die Lohnkommissionsmitglieder erklärten dagegen, nachdem die Fabrikanten bei den ersten Verhandlungen durchgehenden Uebeln, daß sie, wenn auch nicht bei der

Arbeitszeit, doch bei den anderen Forderungen Entgegenkommen zeigen wollten, hätten sie sich im Interesse einer friedlichen Regelung der Tariffrage entschlossen, jenes Zugeständnis zu machen. Beschlüsse der Versammlung entgegengesetzt, so müsse eine andere Lohnkommission gewählt werden. — Nach gründlicher Aussprache wurde gegen wenige Stimmen folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung ist der Ansicht, daß die aufgestellten Forderungen so minimal sind, daß davon nichts abgesehen werden kann. Vor allen Dingen bleibt sie auf der Arbeitszeitverkürzung bestehen. Die Versammlung ist mit dem Vorgehen der Verhandlungskommission einverstanden und erwartet, daß sie die Verhandlungen zu einem zufriedenstellenden Ende führt. Sollten keine befriedigenden Zugeständnisse erreicht werden, dann soll lieber ohne Tarif gearbeitet werden. Die Versammlung spricht ihre Mißbilligung über die von Kollegen gemachten Ueberstunden aus und beschließt, daß vom heutigen Tage an in allen Fabriken jegliche Ueberzeitarbeit zu vermeiden ist.“

Deutsches Reich.

Rassengleichung von „Gelben“ durch das Unternehmertum.

Infolge der industriellen Krisis hatten bei den Excelsior-Fahrradwerken zu Brandenburg a. N. während des ganzen Sommers Arbeiterentlassungen und Betriebseinschränkungen stattgefunden. Jetzt beginnt die Werkleitung plötzlich, während die Entlassungen des alten Arbeiterstammes noch fortbauern, mit Neueinstellungen, bei denen sie aber insofern einen terroristischen Zwang ausübt, als jeder angenommene Arbeiter sich verpflichten muß, dem unlängst von der Firma selbst begründeten sogenannten „Hilfsverein“, dem dem gelben Arbeiterbund angegeschlossen ist, beizutreten. Nur wer sich dieser Bedingung fügt, erhält Beschäftigung, und auch den alten Arbeitern wird unterblümt gesagt, daß sie sich vor Entlassung nur dadurch schützen können, daß sie ihrer Gewerkschaft den Rücken kehren und bei den „Gelben“ eintreten. Der Zweck dieser Maßnahme ist offenbar, die Arbeiterschaft für eine Lohnreduktion gefügig zu machen. Den im Jahre 1906 abgeschlossenen Tarif hat die Firma gekündigt, so daß er am 1. November abläuft. Zu Verhandlungen über einen neuen Tarif hat sie sich trotz eines früher gegebenen Versprechens noch nicht herbeigelassen. Dagegen sucht sie durch Inserate für neue Arbeitskräfte, namentlich weibliche. Alles scheint darauf angelegt sein, die Arbeiterschaft in einen Streik zu heben. In einer am 16. d. M. abgehaltenen, vom Deutschen Metallarbeiterverband einberufenen Versammlung aller Arbeiter und Arbeiterinnen der Excelsiorwerke wurde gegen das Vorgehen der Firma scharf protestiert, zugleich aber erklärt, daß die Arbeiterschaft sich nicht provozieren lassen werde.

Von den Gelben.

In den Siemens-Schudertwerken zu Nürnberg hat sich vor einigen Jahren unter der Protection der Fabrikleitung eine gelbe Organisation gebildet, die unter der harmlosen Flagge „Unterstützungsvereinigung der Schudertischen Arbeiter“ jagelt. Die mittelständische Kreisregierung hat anscheinend keinen blauen Dunst von der Rührlichkeit der Gelben, denn sie hat dem Verein ausgegeben, einen Reservefonds von 5000 M., da das, was man den Mitgliedern verspricht, mit dem Wochenbeitrag von 20 Pf. nicht geleistet werden kann. Einen höheren Beitrag traut man sich von den Mitgliedern nicht zu verlangen, nachdem man beständig gegen die „hohen“ Beiträge der Gewerkschaften hehlt. Deshalb setzt man seine ganze Hoffnung auf die Dilettanten, die denn auch bereits einen Jahreszuschuß von 10 000 Mark versprochen haben soll. Damit glaubt man auskommen zu können, und die gelbe Sache wäre gerettet. Ob sich den gelben Arbeitern nicht bald die Frage aufdrängt, warum die Unternehmer ihnen gegenüber so gerne die Spenderhose anziehen?

Ausland.

Hafenarbeiterausperrung in Kristiania.

Die circa 400 Hafenarbeiter von Kristiania hatten sämtlich ihre auf drei Monate abgeschlossenen persönlichen Arbeitsverträge auf den 10. Dezember gekündigt. Darauf erhielt jeder einzelne Arbeiter ein Schreiben, worin angefragt wurde, ob er die Kündigung aufrecht erhalte. Diese Frage wurde einstimmig bejaht. Es ist aber den Unternehmern von vornherein mitgeteilt worden, daß der zwischen ihnen, den Dampfschiffexpeditoren und der Hafenarbeiterorganisation abgeschlossene Tarifvertrag, der noch bis 1909 gilt, von jenen Kündigungen nicht berührt wird, daß also die Arbeit keineswegs am 10. Dezember niederlegt werden soll. Gleichwohl behaupten nun die Unternehmer, die Arbeiter beabsichtigten mit der Kündigung ihrer persönlichen Arbeitsverträge einen Tarifbruch, und das Arbeitskontor der Dampfschiffexpeditoren sucht durch grobe Annoncen neue Hafenarbeiter zum 10. Dezember. Es ist offenbar auf eine allgemeine Aussperrung abgesehen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Rassengleichung.

Ludwigshafen, 19. Oktober. (W. S.) Am Sonnabend erhielten nach der „Pfälzischen Post“ 400 Rottenarbeiter bei den pfälzischen Eisenwerken wegen Arbeitsmangels ihre Kündigung auf den 24. Oktober.

Die kassengefährliche Rassenhygiene!

Leipzig, 19. Oktober. (W. S.) Die königliche Kreisobermannschaft verbot den für den 20. Oktober angeetzten Vortrag des Professors Dr. Forel über Rassenentartung und Rassenhebung.

Neue Stankaloffäre in Ungarn.

Budapest, 19. Oktober. (W. S.) Wie die polizeiliche Untersuchung feststellte, hat sich der Vizepräsident des Verwaltungsgerichts Emerich Latkocz, Mitglied des Oberhauses, eines sträflichen Mißbrauches seiner Amtsgewalt schuldig gemacht. Latkocz hat von dem Apothekergehilfen Eszter Korbuldy 60 000 Kronen unter der Zusicherung angenommen, daß er ihm eine Apothekerkonzession verschaffen werde. Latkocz, der nicht aufzufinden ist, wird seines Amtes entbunden werden.

Gräßliche Kirchweih.

Bamberg, 19. Oktober. (W. S.) Am gestrigen Kirchweihsonntag kam es nachts 11 Uhr im Langsaal einer hiesigen Wirtschaft nach vorausgegangenem Streitigkeiten zwischen einer Anzahl Manen und mehreren Schülern zu einem blutigen Zusammenstoß. Manen drangen mit gezogenen Säbeln auf die verhärtete Polizeipatrouille ein, die ebenfalls von der Waffe Gebrauch machte. Drei Manen und zwei Schülere wurden schwer und mehrere Manen leicht verletzt.

Feuerbrand.

München, 19. Oktober. (W. S.) Wie die „Münchener Zeitung“ meldet, brach in der Ortschaft Katten Kengsfeld in einem Gasthaus Feuer aus, das sich rasch verbreitete und in kurzer Zeit 20 Häuser einäscherte. Die Betroffenen sind meistens arme Familien.

Schnee und Frost.

Girschberg, 19. Oktober. (W. S.) Wie der „Bote aus dem Riesengebirge“ meldet, ist in der Nacht zum Montag im ganzen Riesengebirge starker Schneefall eingetreten. Das Thermometer zeigt in mittlerer Kammhöhe bis minus 10 Grad.

Thorn, 19. Oktober. (W. S.) Der 65 Jahre alte Rentenempfänger Lipski ist erstoren hier aufgefunden worden.

München, 19. Oktober. (W. S.) Aus dem Alpenvorland wird starker Wettersturz gemeldet. Gestern abend und heute wurden heftige elektrische Entladungen verzeichnet. In den Hochlagen der Alpen ist Neuschnee eingetreten. Die Temperaturen sind tief gesunken.

„Englisch-deutsche Beziehungen.“

London, 15. Oktober. (Fig. Ber.)

Das britische Komitee des Internationalen Sozialistischen Kongresses lud die Genossen Kautsky und Ledebour ein, in einer Versammlung in London über: „Die Beziehungen zwischen England und Deutschland“ zu sprechen.

Die deutsche Arbeiterklasse hat stets mit Achtung auf die englischen Arbeiter geblickt. In der Vergangenheit haben sie und durch die Chartismus, Owenismus, das Gewerkschafts- und Genossenschaftswesen den Weg gezeigt!

Das Denken und Fühlen jeder Klasse ist durch die materiellen Umstände, in denen sie lebt, beherrscht. Das Prinzip, auf dem das Leben der Arbeiter beruht, ist Solidarität.

Ganz anders ist das Prinzip der herrschenden Klassen. Das alles beherrschende Streben der Kapitalisten ist nach hohen Profitten. Das einzige Mittel hierzu ist intensivere Ausbeutung der Arbeiter.

Das Spiel wo möglich noch den Eindruck des Belanglos-Langweiligen. Die keinen Rollen der Mutter und einer Herrn Orster liierten Halbwitwe wurden durch Alara Rabbito und Ida Wäsi sehr gut verkörpert.

Kleines feuilleton.

Theater.

Reffingtheater: „Vater“, Komödie von Guinon und Pouchinet. Das Stück hält sich frei von jenen künstlichen Verwicklungen und theatralisch zugespitzten Coups, die man sonst in französischen Drama gewohnt ist.

Die beiden ersten Akte erregten immerhin den Aufsehn, als ob die Verfasser, die in ihrer umständlichen, aneddotisch breiten Manier der Szenenführung und Charakteristik an Becque erinnern, ihr Thema auch im Puccinischen Geiste satirisch-pessimistisch durchzuführen gedächten.

Die Empfindungen des jungen Dings lassen im hohen Maße gleichgültig. Aber eine Darstellerin wie Frau Dreff hat wohl auch die Rolle etwas machen können.

von Gut und Blut führen, sondern auch zu einem allgemeinen Zusammenbruch des Kapitalismus überhaupt. Die Zeit ist vorüber, wo lokalisierte Kriege, wie z. B. der deutsch-französische und der japanisch-russische, ausgefochten werden und mit Siegen und Besiegten endigen konnten.

Es ist die Furcht vor der sozialen Revolution, die den Frieden aufrechterhält. Diese Furcht ist wirksamer als alle Friedenskongresse und Haager Konferenzen.

Die englischen Arbeiter könnten deshalb dem Frieden keinen besseren Dienst leisten, als durch ihren Anschluß an die internationale sozialistische Bewegung. Der stärkste Feind des Jingoismus ist der Sozialismus.

Die Rede Kautskys, die oft von Beifall unterbrochen wurde, rief stürmische Begeisterung hervor.

Dann erhielt Genosse Ledebour das Wort. Er sprach ebenfalls englisch und behandelte mehr die diplomatische und politische Lage. Zwischen England und Deutschland gebe es keine greifbaren Differenzen.

Die englischen Arbeiter sollten sich nicht damit begnügen, in ihrer Nationalhymne zu singen: „Britons shall never be slaves“ (Writen sollen keine Sklaven sein); sie wählten darauf sehen, daß Britons shall never make slaves (Writen sollen keine Sklaven machen).

Ledebours Rede, die mit großer Verbe und mit vielem Wohlgefallen wurde, erzielte langen und stürmischen Beifall. Hieraus sprachen Keir Hardie, William Saunders, Quelch und Anderson.

Schließlich wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung begrüßt herzlich die Genossen Kautsky und Ledebour und erwidert die Wertschätzung des Friedens und Wohlwollens der deutschen Sozialisten und Arbeiter und dankt ihnen und ihrer Partei für die ausdauernden Anstrengungen,

die sie für internationale Brüderlichkeit machen. Sie verspricht, ihr Bestes zu tun, das Vertrauen zwischen den beiden Ländern zu befestigen und für ein herzliches Einverständnis zwischen England und Deutschland zu wirken, wie es zwischen England und Frankreich besteht.“

Besondere Anerkennung verdienen die Sänger des Antimilitaristischen Arbeiterbildungsvereins für ihre prachtvollen Lieder, mit denen sie die Versammlung einleiteten und die Pausen ausfüllten.

Die Balkankrise.

Im Laufe der letzten 48 Stunden ist eine friedliche Wendung in der Balkanfrage zu verzeichnen. Sowohl aus der Türkei als aus Bulgarien kommen Nachrichten, daß die Mobilisierung aufgegeben sei.

In Paris führt man die Wendung auf das Eingreifen der französischen Regierung zurück, die sowohl in Konstantinopel wie in Sofia energisch zugunsten des Friedens interveniert habe. Der bulgarische Ministerrat habe infolgedessen beschlossen, in der Frage der orientalischen Eisenbahnen größere Nachgiebigkeit zu zeigen.

Es ist freilich noch nicht sicher, ob die friedlichere Stimmung anhalten wird. In der Türkei ist die öffentliche Meinung noch sehr erregt und man bringt dort den Friedensversicherungen Bulgariens das größte Mißtrauen entgegen.

Die Konferenz. Wien, 19. Oktober. Der „Neuen Zeitung“ wird aus Konstantinopel vom 18. Oktober telegraphiert: Die leitenden Kreise sind immer weniger geneigt, die Konferenz zu be-

lichen Ehe! Der Freund sorgt aber dafür, daß es eine wirkliche Trauung wird. Glücklicherweise erwirkt Courbois unmittelbar nach der Trauung Amelie mit einer baltischen Hoheit in Unterhofen.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus: „Die zärtlichen Verwandten“, Lustspiel von Moberdy Venediz. Daß er noch lebt, daß seine Lustspiele noch immer „ziehen“, liegt nicht daran, daß Venediz ein Großer, sondern daß das deutsche Publikum gleich stark und gleich einfältig geliebt ist.

Münchener Theater: „Maria Arndt“, Schauspiel von Ernst Kosmer, der Gattin des Münchener Rechtsanwaltes Vernstein, hatte bei seiner Uraufführung im Schauspielhaus einen lebhaften Lokalerfolg.

schiden und würden jetzt eine unmittelbare Verständigung vorgehen. Die Presse verlangt einstimmig die Abschaffung der Kapitulationen als eine der unvermeidlichen Entschädigungen.

Eine türkisch-bulgarische Erklärung.

Sofia, 19. Oktober. Die jungtürkischen Delegierten unterzeichneten gemeinsam mit den Mitgliedern des Einigungskomitees folgende Erklärung: Die Bevölkerung ist beiderseits gegen den Krieg und hofft, daß keine der beiden Regierungen den Frieden schieben wird. Die Unterzeichner ersuchen die Regierung, schleunigst offizielle Verhandlungen über eine Annäherung Bulgariens und der Türkei zu beginnen. Diese Erklärung soll heute dem Ministerpräsidenten Malinow unterbreitet und morgen in den türkischen und bulgarischen Blättern gleichzeitig veröffentlicht werden.

Der Friede gesichert.

Sofia, 19. Oktober. Die letzten Mobilisierungsbefehle sind heute rückgängig gemacht worden, da eine ganz erhebliche Besserung der Beziehungen zwischen Türkei und Bulgarien eingetreten ist.

Konstantinopel, 19. Oktober. Der Sofiaer Korrespondent der „Geni Gazetta“ berichtet, daß jede Gefahr einer kriegerischen Entwicklung ausgeschlossen ist und der Friede zwischen der Türkei und Bulgarien auf keinen Fall gefährdet werden wird.

Samstagsvergügen in Belgrad.

Belgrad, 18. Oktober. Wegen abend durchzog eine mehrere tausend Köpfe zählende Menschenmenge, meist junge Burschen, die Straßen der Stadt und geträumerte unter Rufen Nieder Oesterreich-Ungarn“ zahlreiche Firmenschilder österreichischer und ungarischer Kaufleute. Ein starkes Gendarmereiaufgebot versuchte vergebens, die Menge zu zerstreuen, da die Demonstranten sich in den Nebengassen immer wieder sammelten. Um 10 Uhr war sie Ruhe im allgemeinen wiederhergestellt. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Belgrad, 18. Oktober. Die hiesige italienische Kolonie hielt heute eine Versammlung ab, in der sie eine Resolution faßte, die gegen die Annexion Bosniens und der Herzegowina Einspruch erhebt und erklärt, daß die Versammlung mit dem serbischen Volke im Kampfe solidarisch sei. Nach der Versammlung zogen die Italiener mit ihrer Fahne nach dem Konak und brachten dem König begeisterte Huldigungen dar. Der König trat auf den Balkon und dankte für die zum Ausdruck gebrachte Bewunderung, die hoffen ließe, daß die gerechte Sache Serbiens nicht untergehen werde.

Belgrad, 19. Oktober. Bei den gestrigen Demonstrationen wurden 2 Verhaftungen vorgenommen; eine strenge Untersuchung wurde eingeleitet. Die meisten Blätter verurteilen die Gewalttätigkeiten gegen die österreichisch-ungarischen Geschäftsleute und sprechen sich für einen friedlichen Vorkauf aus.

Oesterreichische Beschwerden.

Belgrad, 19. Oktober. Infolge der gestrigen Ereignisse hat der österreichisch-ungarische Geschäftsträger bei der hiesigen Regierung erste Vorstellungen erhoben und mitgeteilt, daß die österreichisch-ungarische Regierung wegen der Beschädigungen des Eigentums ihrer Untertanen vollen Schadenersatz verlangt; weiter wird gemeldet, daß der Geschäftsträger bei Wiederholung der Ereignisse mit einer Demonstration der Donau-Monitore vor Belgrad gedroht haben soll.

Die bosnische Verfassung.

Budapest, 19. Oktober. Die vereinigten vier Ausschüsse der Ungarischen Delegation begannen heute die Verhandlung über den Okkupationskredit. Der gemeinsame Finanzminister Baron Burian betonte, die glücklich erfolgte Angliederung ermögliche es, die Provinzen mit vollständiger Landesautonomie auszustatten. Seit langer Zeit hätten in Bosnien und der Herzegowina Institutionen existiert, welche die Mitwirkung der Bevölkerung an der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten vorbereiteten. Bei Schaffung der Landesvertretung solle das Manifest bereits als Grundprinzip fest, daß für die Hauptelemente der Bevölkerung eigene Kurien geschaffen werden sollen. Das in den Gemeinden bereits eingeführte, dem geplanten ähnlichen Wahlsystem habe sich gut bewährt. Jede Konfession wähle danach eine gewisse Zahl von Vertretern. Der Minister erörterte in großen Zügen die der neuen Landesvertretung zu unterbreitenden wichtigsten Vorlagen, deren Grundprinzip darin bestehen werde, der Bevölkerung eine möglichst große Bewegungsfreiheit zu sichern. Unter den vorzubereitenden Vorschlägen zählte der Minister insbesondere die Ergänzung der Strafprozedur, die Sicherung der persönlichen Freiheit, der Unverletzlichkeit des Hausrechtes, der Wahrung des Briefgeheimnisses auf. Ferner nannte der Minister die Aufhebung der Kompetenz der Militärgerichte, welche bisher in gewissen Fällen bestand, die Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts, endlich die Organisation der Landesvertretung und das Wahlgesetz. Der Minister sprach die Hoffnung aus, daß die neue Landesvertretung gleichzeitig mit der zu schaffenden Kreisländerversammlung im nächsten Frühjahr ihre Wirksamkeit werde beginnen können.

Französischer Parteitag.

Zweiter Tag.

Toulon, 16. Oktober. (Fig. Ver.)

Die heutige Vormittags Sitzung brachte die Eröffnung der Debatte über die allgemeine Aktion der Partei. Im Namen der Mehrheit der Administrationskommission spricht

Langer: Wir hatten die Absicht, eine einzige Resolution im Namen der ganzen Kommission vorzulegen, aber wenn über gewisse Punkte, wie über die Aufrechterhaltung des Einigungspakts und der Beschlüsse der nationalen und internationalen Kongresse Einstimmigkeit herrschte, so fehlte sie bei der Bewertung der Reformen und der Auffassung der Parteiaktion und der Revolution selbst. Für uns ist die Revolution schon eine Realität, für die anderen ein fernes Ereignis, auf das man sich vorbereitet. Jene wollen die Massen für den Revolutionstag gruppieren und formieren, sie schreiben den Reformen einen nur relativen Wert zu, für uns aber dient das Gruppieren und Formieren schon den Aufgaben der Gegenwart. Wir kämpfen schon heute für die soziale Umgestaltung und Revolution. Dies drückt die Resolution der Seine-Prädelegation aus. Die Partei soll die Partei der Arbeiterklasse sein, jeden Tag ihr Leben, ihre Lebenshaltung verteidigen und für ihre Befreiung kämpfen. Die Arbeiterklasse muß fühlen, daß diese Bemühungen ein greifbares Resultat haben, daß sie auf dem Wege zur völligen Befreiung ist. Daher ist eine Erklärung nötig, die ganz Bewegung und Leben ist, die alle Mittel der Aktion umfaßt, aber jedem seinen Rang gibt. Alle Mittel der Aktion sind gut, aber man darf sie nicht durcheinanderwerfen. Man muß aussprechen, daß die Revolution nicht am Ende einer legalen Aktion mit einander verletzter Reformen steht. Die Geschichte beweist die Notwendigkeit der Revolutionen. Aber sie haben nur die letzten Hintergründe niederzuwerfen. Schon heute müssen wir die bürgerliche Gesellschaft unterminieren und die Elemente der neuen vorbereiten. Wir müssen zeigen, daß wir auch in den Staat ein-

bringen, eine Partelle der öffentlichen Gewalt in die Hände des Proletariats bringen können. Keine Aktion ist zu vernachlässigen, sofern sie auf das Ziel der Revolution gerichtet und unter der Kontrolle des Proletariats ist. Die parlamentarische Aktion darf nicht für sich bestehen, sondern muß im Zusammenhang mit der ganzen Parteilaktion sein. Wir müssen zeigen, daß wir die Fähigkeiten sind für die Gegenwartsarbeit und die einzig fähigen zur Befreiung der Arbeiterklasse. Man darf nicht sagen, die Arbeiter sind nicht mit uns. Die Arbeiter sind entmutigt, wir müssen sie wollen lehren, dann kommen sie mit uns. Wir müssen ihnen Erfolge zeigen, damit sie an unsere Ehrlichkeit und an unseren Ernst glauben. Die Reformen sind aber nur, was die Organisationen aus ihnen zu machen vermögen. Die Bourgeoisie fürchtet nicht die Revolution für später, sondern den Angriff von heute. Wir brauchen eine Revolution, die ihre Spitze gegen die Bourgeoisie richtet, nicht gegen andere denkende Genossen. Lafargue, als Vertreter der Minderheit der Verwaltungskommission, findet, die Aktion der Partei sei durch die Beschlüsse der nationalen und internationalen Kongresse genügend bestimmt. Das Parlament ist heute eine Form der Herrschaft der Bourgeoisie, die Revolution wird ein anderes bringen. Redner greift die Herovisten an. Die Reformen sind keine Mitarbeit an der bürgerlichen Gesellschaft. Die Anarchisten behaupteten es und wir haben sie dafür ausgeschlossen. Sie sind aber auch kein Abwehrmittel. Selbst die besten, wie der Ruhetag und der Achtsundentag können das Leben des Arbeiters und der heutigen Gesellschaft nicht ertüchtlich machen. Wir glauben nicht wie Jaurès, daß man, von Reform zu Reform fortschreitend, das Unternehmertum aufheben kann. Die Revolution der Seine ist nicht und bleibt zugleich, sie ist nach dem Zeugnis der „Guerre Sociale“ ein „weißer Keger“.

Varene (postulabilischer Deputierter, Vertreter der Föderation Côte d'Or) tritt für die reformistische Resolution seiner Föderation in einer taktisch sehr geschickten Rede ein: Die nationalen und internationalen Kongresse haben dem Proletariat die Aufgabe gestellt, die politische Macht zu erobern. Dies kann namentlich mittels des allgemeinen Wahlrechts geschehen, um das das Proletariat in jenen Ländern, wo es noch nicht besteht, kämpft. Ich bin ein Anhänger der republikanischen Disziplin, das sind die Genossen des Nordens auch, nur spreche ich es aus, sie nicht. Wir müssen im Parlament alles für Reformen tun, schon aus Rechtlichkeit, denn unsere Kandidaten versprechen sie alle. Es ist ein Irrtum, daß wir den Ministerialismus erneuern wollen. Wollten wir den Einigungspakt und die Amsterdamer Resolution durchbrechen, wären wir nicht da. Nun wird einer von uns — Breton — die Wiederberufung der Delegation der Linken. Ich sage mich der politischen Situation. Die Delegation der Linken ist tot, ich will sie nicht auferwecken: Was wir wollen ist, daß die Partei sich als energische Reformpartei bekunde und im Parlament nicht dem Gegner in die Hände spiele. Clemenceau will uns hofieren, wir müssen alles versuchen, diese Politik zu durchkreuzen. Man könnte sagen, das System Clemenceau nützt uns. Fragen Sie die Opfer von Villeneuve. Fragen Sie die verfolgten kleinen Beamten, ob sie diese Verdelur gut finden. Unsere wichtigste Aufgabe ist heute, das Ministerium Clemenceau, das die politische Reaktion heuchlerisch mit Reformfreundlichkeit verbindet, zu stürzen. — Gegen die direkte Aktion habe ich nichts. Die Pression auf die öffentliche Gewalt ohne Intervention des Parlaments ist an sich eine legale Aktion. Ich habe auch nichts gegen den Generalstreik, aber nur sofern er nicht ein Streik ohne Streikende ist (die Sueddissen applaudierten). Für einen wirklichen Generalstreik brauchen wir das ganze Proletariat, nicht nur das organisierte, ein Proletariat, das Vertrauen zu uns hat. Aber Sie schlagen den Streik Leuten vor, die noch nicht einmal das sozialistische Gewissen haben, für die Kandidaten ihrer Klasse zu stimmen. (Clementer Beifall der Sueddissen.) Auch gegen die Insurrektion habe ich nichts, aber ich will nicht eine Insurrektion mit Revolovern um dreihunderthalb Frank gegen 75 Mikrometer-Kanonen. — Seit der Einigung hat die Partei im Lande reformatorische Arbeit verrichtet, draußen aber ultrarevolutionäre Politik gemacht, auf den Kongressen radikalste Beschlüsse gefaßt. Wir wollen die sozialistische Einigkeit verteidigen, in einem weiten sozialistischen Herzlichkeit, wir wollen eine zugleich realistische und idealistische Politik betreiben, dem Arbeiter die Doktrin des reinen Sozialismus lehren, aber auch die Bedeutung der Reformen. (Beifall.)

Vallant spricht für die Resolution der Seine-Prädelegation. Wir haben für die Aufnahme der Worte Generalstreik und Insurrektion gestimmt. Wir wissen, daß man solche Bewegungen nicht in einem Komitee beschließen kann, aber wir können die Ereignisse benützen. Das zeigt die russische Revolution, der Einfluß, den der Generalstreik auf ihren Gang gehabt hat. In unserer Resolution, meint Lafargue, steht nichts von der Eroberung der politischen Macht, aber das steht doch schon im Einigungspakt. Wir wollen die besondere Politik definieren, die dem heutigen Stand angepaßt ist. Die Ideen entwickeln sich, und wir sehen in unserer Gesellschaft neue Kräfte sich bilden, die die Revolution zu vollbringen bestimmt sind. Wir halten nichts von Worten und Formeln. Wir wollen das Maximum von Aktion, das ist Politik. Wir wollen eine starke Gesamtkraft der Partei, die alle Nuancen koordiniert. Das Proletariat muß Vertrauen zu uns bekommen, heute vertritt es uns nicht, weil jeder zu sehr an seiner besonderen Formel festhält und sie als die einzige wahrhaft sozialistische verteidigt. Es gibt keine republikanische Disziplin für uns, sondern nur eine sozialistische (Beifall). Ich glaube an die sozialistische Demokratie, sonst wäre ich nicht im Parlament. Aber die parlamentarische Aktion ist nur ein Teil der Totalaktion und muß ihr untergeordnet sein. Die direkte Aktion des Proletariats, die ich immer vertreten habe, hängt in ihrer Wirksamkeit von der Stärke der Organisation ab. Diese entscheidet über die Durchsetzung und Anwendung der Reformgesetze, sie kann ihre Tragweite vergrößern. In England geht das Volk zu diesem Zwecke auf die Straße, und fehlt die organisierte Macht des Proletariats zur Unterstützung der sozialistischen Parlamentarier. Wir haben eine große politische Aktion zu vollbringen, wir wollen nicht ein bloßer Schatten der Arbeitskonföderation sein. Wir sind die Erzieher des Proletariats, wir haben es zur Aktion anzufeuern. Das Übergewicht der Parteiorganisation über die Parlamentarier wird mit der Stärkung der Organisation wachsen. Ich sehe in der Partei keine Rechte und keine Lüste, ich möchte aber die Manie, mit seiner Meinung regieren zu wollen, aus ihr verdrängen sehen. Wir sollen nicht intelligenter sein wollen als die Masse des Proletariats, die vielleicht intelligenter ist als die Partei. Man hat die Intelligenz seines Milieus. Wir sind die Partei der Arbeiterklasse, wir wollen mit ihr leben, sie lehren, ihr vorantreiben bis zu ihrer Befreiung. (Lebhafter Beifall.)

Lafargue bemerkt: Ich bin mit allen Ausführungen Vallants einverstanden, aber nicht mit der Resolution der Seine. Nie hat jemand in der Administrationskommission herrschen wollen, wir waren dort immer einig.

Es sind 51 Redner vorgemerkt. Der Kongreß beschließt in der Nachmittags-Sitzung, zunächst die Redner der Föderationen zu Wort kommen lassen, die Resolutionen zu diesem Punkt eingebracht haben. Es liegen 27 solcher Resolutionen vor.

Es sprechen Longuet gegen die Syndikalisten und Constans für die alte revolutionäre Auffassung des Sozialismus, worauf Breton eine lange Verteidigungsrede hält, in der er sich besonders auf die einseitige Politik Jaurès, die eine Unterstützung des Ministeriums Combes war, und die stille Unterstützung Combes durch die ehemaligen Revolutionärsocialisten bezieht. Sozialisten seien auch jetzt noch in allen möglichen parlamentarischen Gruppen und anderen Vereinigungen mit bürgerlichen beizumischen: in der Liga für Menschenrechte usw.

Rapport steht in einer einseitigen Rede die Anschauungen seiner (sueddissigen) Richtung aufeinander: Es wäre wichtiger, die Reformen zu erobern, als sie zu definieren, wie es die Resolution des Tarn (Jaurès) verlangt. Keine sozia-

listische Partei der Welt vernachlässigt die Reformen. Der doktrinaire Reformismus glaubt aber den Sozialismus durch eine Serie von gesetzlichen Reformen in der heutigen Gesellschaft zu verwirklichen. Wir glauben dagegen, daß die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse erst den Beginn der sozialistischen Reformen bedeuten werde. Die Aufgabe unserer Parlamentarier ist, für alle Reformen einzutreten, wir müssen aber dabei als Sozialisten auftreten. Als Sozialisten begreifen wir die Schranken der bürgerlichen Reformen: das kapitalistische Eigentum und den Mangel an Geldmitteln, da diese durch den Militarismus aufgezehrt werden. Nicht wir, sondern die Reformisten bezw. Revisionisten haben den Gegensatz zwischen Reformen und Endziel konstruiert. Wir kämpfen für Reformen, aber unsere eigentliche Aufgabe, unsere direkte Aktion ist, überzeugte Sozialisten auszubilden und zu organisieren. Wir leiden nicht an Unterschätzung der Reformen, sondern an Unverständnis des Sozialismus. Auch die Syndikalisten sind Reformisten, aber ungezügelt, die durch das Maximum von Kraftaufwendung das Minimum an Resultaten erzielen, wenn nicht gar schmachvolle Niederlagen. Redner wendet sich gegen den Anarchosyndikalismus, der einen Bestandteil der Parteiloyalität bildet. Die französischen Anarchosyndikalisten pflegen den Kultus der Gewalt an sich. Nun ist die Gewalt reaktionär, wenn sie reaktionären Zwecken dient, revolutionär, wenn sie zur sozialen Revolution führt, reformistisch, wenn sie nichts als keine Reformen durchführt. Wir verneinen nicht die Gewalt als historischen Faktor auch für die bevorstehende Revolution. Wir fürchten nicht die Revolution, sondern fürchten für die Revolution, wenn sie in die Hände der Aufständischen fällt. Die Anarchosyndikalisten bleiben in der Partei, um sie zu ruinieren. Die Theorie der revolutionären Gymnastik wirkt demoralisierend. Wir haben nicht das Recht zu schweigen, sondern es gilt, das Proletariat vor Schritt zu warnen. Wir kennen die internationale Erfahrung in bezug auf den Anarchismus. Dieser ist die Kinderkrankheit der sozialistischen Bewegung. In Frankreich machen wir diese Kinderkrankheit aufs neue in unseren alten Jahren durch. Redner zitiert die von der „Action Directe“ veröffentlichte Erklärung der sozialistischen Syndikalisten, in der zu lesen ist, daß die sozialistische Partei keine Interessen, sondern nur Meinungen vertritt. Ob der Streit sei eine natürliche Waffe des Klassenkampfes. In der Resolution der Seine steht die „direkte Aktion“ zwischen Insurrektion und Generalstreik aufgeführt, und sie hat ob man es wolle oder nicht, einen anarchistischen Sinn. Die Partei muß klar und deutlich zwei Dinge aussprechen: die absolute Notwendigkeit, den sozialistischen Standpunkt überall zu behaupten, die Gegenwartsarbeit im Licht des Endziels zu betrachten und den anarchistischen Wahn von der Partei fernzuhalten. Wir haben heute mit der herrschenden Klasse zwei Interessen gemeinsam: die Produktivität der Arbeit und — solange wir schwach sind — die Aufrechterhaltung der Ordnung. Wir protestieren gegen Sabotage und unsinnige Experimente. Befreiung die Partei von der anarchistischen Umarmung, wie wir sie von der bürgerlichen Umarmung befreit haben. (Anhaltender Beifall.)

Die Debatte wird in einer Kaschifung fortgesetzt. Mehrere Redner wenden sich gegen den Syndikalismus. Wo das Schlagwort von der direkten Aktion aufgefunden sei, seien die Organisationen im Niedergang. Dagegen beschließt ein anderer Redner, die Syndikalisten gegen das Beispiel einer wahrhaft reformistischen Aktion. Nun kommt als Sprecher der Syndikalisten

Lagarde zu Worte. In seiner formvollendeten Rede legt er die Auffassungen der der Partei angehörigen Syndikalisten dar. Er sagt:

Das Wesen des Sozialismus, wie es historisch und wissenschaftlich entwickelt ist, ist eine doppelte Befreiung: die von der wirtschaftlichen Ausbeutung und die von der Herrschaft des Staates. Nach diesen beiden Zielen hat sich die Aktion zu richten. Uns ist ein praktisches Problem gestellt, das der Vorbereitung. Wie kann die sozialistische Partei dem Proletariat helfen? Es gibt verschiedene Antworten auf diese Frage. Wir haben den Revisionismus Varenes, den Revolutionarismus, in seiner klassischen Form von Lafargue dargelegt, wir haben die Resolution der Seine-Prädelegation, die Resolution Sobert und die Erklärung in der „Action Directe“, die darin übereinstimmen, daß sie die inspirative Kraft der Gewerkschaftsbewegung für den Sozialismus anerkennen. Wir haben endlich die Resolution des Tarn. Ihr Urheber, Jaurès, hat den Mut, gegen den revolutionären Ueberlieferungswort aufzutreten, er gibt der syndikalistischen Erfahrung ihren wahren Wert, aber die praktischen Vorschläge, die er macht, entsprechen nicht seinen Prämissen. Die Gewerkschaft ist das natürliche Organ des Klassenkampfes. Dort sind Arbeiter, die als Arbeiter ihre Interessen verteidigen. Sie vereinigt die Produzenten. Bei allen großen Sozialisten, von Proudhon bis Marx, finden wir die Verherrlichung der produktiven Kraft, die dem Arbeiter seine Persönlichkeit, seine Würde gibt. Wir haben weiter die direkte Aktion. Sie ist der Appell an die persönlichen Kräfte, an das Verantwortlichkeitsgefühl des Produzenten. Darum fordert sie die Intervention der bewußten Minderheiten. Sie ist in Opposition gegen die parlamentarische Friedensmethode. Wir betonen nicht, daß der Parlamentarismus revolutionäre Seiten hat, er hat aber auch konservative. Er führt notwendig zu Kompromissen. Die Aktion directe aber ist die konstante revolutionäre Arbeit des Proletariats in der Werkstatt. Die Frage ist: aus der kapitalistischen Werkstätte eine sozialistische zu machen, die freiwillige Disziplin an die Stelle der autoritären, durch den Unternehmer aufrechterhaltenen zu setzen. Durch die fortschreitende, jeden Tag verteilte Revolution kann das Proletariat die Freiheit der Werkstatt erobern. Der Syndikalismus erhält in der Arbeiterschaft den notwendigen Kampfsgeist. — Der Redner gibt dann keine Auffassung vom Generalstreik. Der Generalstreik ist nicht „mit geknechten Armen“ zu machen, auch nicht von Komitees zu organisieren. Er ist das Endergebnis der Bestrebungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse. Lassen wir diese für sich sorgen, sie weiß besser als wir, was sie zu tun hat. (Ironischer Beifall.) Wir haben nur aus den täglichen Erfahrungen die Resultate zu ziehen. Es wird wenig Leute geben, die behaupten werden, daß wir eine Versammlung von Arbeitern seien. (Proletarische Lärm.) Der Sozialismus soll sich um das kümmern, was ihn angeht. Er hat eine Rolle neben der organisierten Arbeiterklasse. Er ist ein historisches Gebilde, darum diskutiere ich nicht darüber, ob er bestehen soll. Die Aufgabe der sozialistischen Partei ist eine doppelte: Sie hat sich um die Entwicklung jener Einrichtungen zu kümmern, die an sich mit dem Sozialismus nichts zu tun haben, aber für das Proletariat wichtig sind, wie die politischen Freiheiten. Daneben obliegt ihr noch eine Aufgabe, den Staat zu desorganisieren. Der Redner bekämpft die Monopolpolitik, die den Reichertum des Staates vergrößert, die Korruption vergrößert. Der Sozialismus hat zu fordern, daß die Post den Postangestellten, die Schule den Lehrern usw. übergeben werde. Der Redner schließt mit dem Hinweis auf das Wachstum der syndikalistischen Richtung. Diese sei allein imstande, der permanenten Krise der Partei ein Ende zu machen. (Vereinzelter Beifall.)

Es sprechen noch Delès (Juro, Direktor der Grobeinkaufsgenossenschaft), der gegen die Theoretiker polemisiert und die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Organisation hervorhebt. Durch den Ausbau der Genossenschaften könne man an die Wurzeln des kapitalistischen Systems greifen.

Haute (Voix) wendet sich gegen Lagardes Auffassung des Klassenkampfes und gegen die Theorie der „intelligenten Minoritäten“. Wir verteidigen uns nicht auf die Beschäftigung, aber wir wollen erst die Kraft zur Ungeheuerlichkeit haben.

Die Verhandlung schließt gegen Mitternacht.

Toulon, 19. Oktober.

(Privatdepesche des Verwärts.)

Der Parteitag nahm bei einer Enthaltung einstimmig eine Kompromiß-Resolution an. Sie betont das Endziel, hebt die Notwendigkeit und Nützlichkeit der Reformen hervor, steht in Gewerkschaften und Genossenschaften not-

wendige Elemente der sozialen Umgestaltung, verkündet die kollektive und organisierte, bis zum Generalstreik gesteigerte direkte Aktion gegen Unternehmertum und öffentliche Gewalten, sowie das Recht auf die Inzurrektion, bewirkt jedoch Abenteuer und erklärt die Wahlfaktion für eine wesentliche Pflicht der Genossen. Alle Ausschlußanträge, auch die Fälle Breton und Drouffe werden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Einengung des Vereinsrechts.

Das Kammergericht hat am Donnerstag eine Entscheidung getroffen, die eine u. S. mit dem Reichsvereinsgesetz unvereinbare Einengung des Vereinsrechts bedeutet.

Der Tatbestand ist folgender: Die zur Zahlstelle Hamburg (Sektion der Ewerfährer usw.) des Hafenarbeiterverbandes gehörende schiffahrttreibende Bevölkerung von Hornburg und Umgegend hielt am 27. Dezember vorigen Jahres ein Weihnachtsvergügen ab, an dem außer den Mitgliedern und ihren Angehörigen noch 50 Personen teilnahmen, an die „als Bekannte und vertrauenswürdige Personen“ der Gastwirt vorher Willkür abgelassen hatte. Die Festleiter Bedmann, Carstens und Stedmann wurden vom Landgericht Stade auf Grund der Tanzverordnung vom 22. Juni 1901 zu Geldstrafen verurteilt, weil sie ohne polizeiliche Genehmigung eine öffentliche Tanzlustbarkeit veranstaltet und abgehalten hätten. Dies Urteil wurde nach dem Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes gefällt.

In der Revisionsverhandlung vor dem Kammergericht warf deshalb der Vertreter der Oberstaatsanwaltschaft die Frage auf, wie sich das Reichsvereinsgesetz zu den landespolizeilichen Tanzverordnungen verhalte. Nach § 1 des neuen Vereinsgesetzes hätten alle Reichsangehörigen das Recht, zu Tänzern, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine zu bilden und sich zu versammeln. Dieses Recht unterliege polizeilich nur den in diesem Gesetz und anderen Reichsgesetzen enthaltenen Beschränkungen. Und der Absatz 2 des § 1 bestimme: „Die allgemeinen sicherheitspolizeilichen Bestimmungen des Landrechts finden Anwendung, soweit es sich um die Verhütung unmittelbarer Gefahr für Leben und Gesundheit der Teilnehmer an einer Versammlung handelt.“ Wenn man sich auf den Wortlaut dieser Bestimmungen verleihe, könnte man sagen, die landespolizeilichen Polizeivorschriften über das Tanzen seien aufgehoben. Das sei aber nur scheinbar so. Nach dem Zweck des Vereinsgesetzes hätten alle möglichen geselligen Zusammenkünfte davon gar nicht berührt werden sollen. Die Revision der Angeklagten sei zu verwerfen.

Der erste Strafsenat des Kammergerichts verwarf auch die Revision. Er führte u. a. aus: Bei Schaffung des Reichsvereinsgesetzes habe man das Verhältnis der Polizei zu den Tanzvergüngen und anderen Angelegenheiten, die mit dem Vereins- und Versammlungsrecht nur ganz lose in Zusammenhang ständen, nicht irgendwie regeln wollen. Man habe den Versammlungs- und Vereinsbegriff im Auge gehabt, wie er üblich war. Danach sei nicht jedes Zusammenkommen bei einer Theateraufführung, einem Konzert oder zum Tanz eine Versammlung. Vielmehr seien Versammlungen nur solche Zusammenkünfte, in denen bestimmte Angelegenheiten erörtert oder beraten werden sollten. (Der Senat verweist auf die Ausführungen Siebers im Reichstage und auf Siebers Kommentar, ohne sich indessen jedes Wort darin zu eigen zu machen.) Der Entwurf des Gesetzes habe ebenfalls schon gesagt, daß die Anwendbarkeit auf öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und öffentliche Aufzüge darunter gestellt würden. Und dabei sei es geblieben, trotz aller Debatten. — Daß bei dem Reichsvereinsgesetz gar nicht an Tanzlustbarkeiten gedacht worden sollte, ergebe sich aus § 33c der Gewerbeordnung, wonach sich die Abhaltung von Tanzlustbarkeiten nach den landesrechtlichen Bestimmungen richte. Nun könnte man vielleicht sagen, Reichsrecht habe Vorrang vor Landesrecht auf und § 33c der Gewerbeordnung sei darum hinfällig. Dem widerspreche aber, was das Reichsvereinsgesetz selbst sage. Im § 23 spreche es von den Aushebungen reichsgesetzlicher Bestimmungen, darunter des § 2 Absatz 2 des Einführungs- und Strafgesetzes für das Deutsche Reich, soweit er sich auf die besonderen Vorschriften des Landesrechts über Mißbrauch des Vereins- und Versammlungsrechts bezieht. Der Gesetzgeber habe damit der Meinung Ausdruck gegeben, daß Landesrecht, welches durch Reichsrecht geschützt ist, nicht ohne weiteres durch ein anderes Reichsgesetz aufgehoben werde. Wenn er die Tanzvergüngen in das Gebiet des Reichsvereinsgesetzes einbezogen wollte, so hätte er sagen müssen, daß ferner der § 33c der Gewerbeordnung aufgehoben werde. Indem er es nicht tat, habe er den Fortbestand jener landesrechtlichen Bestimmungen anerkannt.

Die Darlegungen des Oberstaatsanwalts und des Kammergerichts widersprechen nicht nur — wie der Oberstaatsanwalt ja anerkannte — dem Wortlaut, sondern auch dem Sinn des Reichs- und Vereinsgesetzes. § 1 des Reichsvereinsgesetzes stellt ausdrücklich fest, daß alle Reichsangehörigen das Recht haben, zu Tänzern, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine zu bilden und sich zu versammeln. Es ist nicht richtig, daß Versammlungen nur solche Zusammenkünfte sind, in denen bestimmte Angelegenheiten beraten oder erörtert werden. Es fallen unter das Vereinsgesetz auch alle von Vereinen veranstalteten Stiftungsfeste und Zusammenkünfte der Vereinsmitglieder zu geselligen Zwecken. Das folgt aus dem Sprachgebrauch und zeigt klar § 17 des Gesetzes. Dieser Paragraph verbietet Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, Mitglieder von politischen Vereinen zu sein und verbietet ihnen, in den Versammlungen solcher Vereine, sofern es sich nicht um Versammlungen zu geselligen Zwecken handelt, anzuwesend zu sein. Das Gesetz gibt damit klar zu erkennen, daß der Begriff der Vereinsversammlungen ein weiterer als vom Kammergericht angenommen ist. Dasselbe folgt aus den Beratungen über das Gesetz und dem Grundgedanken des Gesetzes, daß die Landespolizei lediglich aus dem Gesetz (§ 1) darzulegenden Gründen einschreiten dürfe. Der Staatssekretär erklärte ausdrücklich, der § 1 spreche aus, daß eine Personennummer oder einzelne Personen von dem Gesichtspunkt aus, daß sie von ihrem Vereins- und Versammlungsrecht Gebrauch machen, nur denjenigen Beschränkungen unterworfen werden dürfen, welche der Entwurf selbst vorsehe. Das Weihnachtsfest des Hafenarbeiterverbandes unterlag polizeilichen Eingriffen demnach nicht. Durchaus verfehlt ist der Hinweis des Kammergerichts auf § 33c der Gewerbeordnung. § 33c befindet sich unter den „allgemeinen Bestimmungen“ über die Voraussetzungen des Betriebes eines Gewerbes. Seine Vorschrift, die Abhaltung von Tanzlustbarkeiten richte sich nach den landesrechtlichen Bestimmungen, bezieht sich lediglich auf die Tanzlustbarkeiten eines Vereins.

Die Entscheidung greift auch deshalb fehl, weil ein Weihnachtsfest des Vereins unter Zugiehung von Bekannten kein öffentliches Fest, der dort veranstaltete Tanz keine öffentliche Tanzlustbarkeit ist. Würde dem anders, so bedürften beispielsweise die Zahl Tausend weit überschreitenden Wälle, welche z. B. in Berlin alljährlich im Wassergraben, dem Reichslager und Privatpersonen veranstaltet werden und zu denen Personen zugezogen werden, die zum Gastgeber und untereinander in einem weit weniger intimen Zusammenkommen stehen, als die 50 Nichtmitglieder des Hafenarbeiterverbandes zum Verband und unter sich, der polizeilichen Erlaubnis. Eine Anklage gegen den Reichslager und sonstige Gastgeber wegen Abhaltung von Tanzlustbarkeiten ohne polizeiliche Genehmigung würde die Rechtsvertreter blühend belächeln, von denen der Oberstaatsanwalt und das Kammergericht bei dem besprochenen irrtümlichen Urteil sich haben verleiten lassen.

Aus Industrie und Handel.

Verstaatlichung des Depositenwesens.

Die Finanzzeitschrift „Die Bank“ untersucht in zwei Artikeln — im Juli- und Augustheft — das deutsche Bankwesen und vertritt dabei speziell das Depositenwesen. Der Verfasser, Alfred Langsdorf, macht dazu folgende Berechnungen: Die Höhe der fremden Gelder stellt sich bei den Großbanken auf das Zwiefache, bei den Banken mit 1—10 Millionen Mark Kapital auf das dreifache, bei den Banken mit 100 000 Mark bis 1 Million auf das vierfache, und bei den allergeringsten Banken mit weniger als 100 000 Mark auf das neunfache des Eigenkapitals an. Schon aus diesen Angaben ist zu entnehmen, daß das Depositenwesen für die Banken außerordentlich lukrativ ist. Die Gelder werden mit 1/2 bis 2 Proz. verzinst, bringen den Banken aber im Durchschnitt doch wohl 4 Proz., so daß selbst bei hoher Liquidationsquote auf einen Reinverdienst von 1 bis 1 1/2 Proz. gerechnet werden kann. Was das für Summen ausmacht illustrieren folgende Angaben:

Nach den Bilanzen, die alle existierenden 442 deutschen Aktienbanken in der Zeit vom 1. Juli 1907 bis zum 30. Juni 1908 veröffentlicht haben, verwalten sie auf Depositen und Kontokorrentkonten insgesamt 84 216 Millionen Mark fremde Gelder. Diefen Geldern standen an Eigenkapital 4695 Millionen Mark gegenüber, davon 3895 Millionen Aktienkapital und rund 1000 Millionen Reserven.

Mit Hinweis auf diese Zahlen fordern nun konservative Organe die Verstaatlichung des Depositenwesens, um dadurch dem Reich neue Einnahmequellen zu verschaffen. Rein mechanisch gerechnet, würde der Staat, wenn er sich mit einem Durchschnittsertrag von 1 Proz. begnüge, bei der obigen Höhe der Depositen im Jahresdurchschnitt einen Ueberschuß von rund 842 Millionen Mark erzielen.

Die besorgten Agrarier.

Nach Zeitungsmeldungen hat die Zentralstelle der Preussischen Landwirtschaftskammern auf Anregung der Pommerischen Landwirtschaftskammer an den Landwirtschaftsminister den dringlichen Antrag gerichtet, daß zur Vermeidung der Einschleppung der Cholera unverzüglich ein Einfuhrverbot für russische und sibirische Butter erlassen und auch Bestimmungen getroffen werden möchten, wonach bei der Einfuhr von Butter aus anderen Ländern, namentlich aus Holland und Dänemark, der Nachweis zu führen wäre, daß die betreffende Butter nicht aus Rußland oder Sibirien stammt.

Hierzu sei mitgeteilt, daß die Zufuhren an Butter im monatlichen Durchschnitt circa 30 000 Doppelzentner betragen (in den acht Monaten Januar/August des laufenden Jahres 234 677 Doppelzentner. Hiervon stammten 98 110 Doppelzentner aus Holland, 81 218 Doppelzentner aus Rußland bzw. Sibirien). Diese beiden Länder stellen circa drei Viertel der Butterzufuhr Deutschlands, wozu noch Dänemark mit circa 3000 Doppelzentner pro Monat tritt. Uniere für die Volksgesundheit so besorgten Agrarier, welche ihren Befähigungsnachweis durch den Widerstand, den sie gegen die Untersuchungspflicht der Hausabfahrungen leisteten und dadurch eine wirklich sanitäre Bewusstseinsbildung vorbereiteten, glänzend abgelegt haben, fordern nun aus Rücksicht auf die bedrohte Volksgesundheit, heileise etwa nicht, um die durch den Eingangszoll von 20 Mark per Doppelzentner schon sehr hoch belastete Butter aus Konkurrenzländern vom deutschen Markte auszuschließen, ein Einfuhrverbot für russische bzw. sibirische Butter und Untersuchungsmaßnahmen für dänische und holländische Butter, die in der Praxis einem Einfuhrverbot gleichkommen. „Zusätzlicher Weise“ sind es die Hauptlieferungsländer, die mit diesen — Vorbeugungsmaßnahmen bedacht werden sollen.

Die Butterpreise sind den Agrariern wohl noch nicht hoch genug?

Aus der Frauenbewegung.

Die Strafrechtsreform und die Behandlung der Jugendlichen.

Bei der Erörterung dieser wichtigen Frage auf der Breslauer Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine gelang es den Führerinnen der radikalen Gruppe, die widerstrebende Mehrheit schließlich doch für die von ihnen vertretenen modernen Ideen zu gewinnen.

Schon in dem Referat von Fräulein Adele Schreiber über „Die geistig Minderwertigen“ wurde die Frage der Behandlung der Jugendlichen angeschnitten und nach folgenden Gesichtspunkten entwickelt: Das geltende Strafrecht enthält keine Bestimmungen über geistig minderwertige Kinder. Anstalten für unemittelte physisch schwache Kinder gibt es gleichfalls noch nicht. Nur in den Schulen hat man einen Versuch mit ihrer Absonderung in Hilfsklassen gemacht. Zu fordern ist in Zukunft, daß gegen geistig Minderwertige in jugendlichem Alter nicht mit gesetzlichen Strafen, sondern nur auf dem Wege der Heilerziehung in besonderen Erziehungs- und Fürsorgeheimen vorgegangen werde. Das Schwergewicht in der ganzen Frage der geistig Minderwertigen ist auf die Vorbeugung, Erziehung und Bewahrung zu legen. Die Fürsorgeerziehung ist dahin zu erweitern, daß jedem geistig Minderwertigen, sofern nicht besonders günstige häusliche Verhältnisse vorliegen, ein eigener Pfleger bestellt wird. In diesem Amt sind besonders Frauen zuzuziehen. Gemeinde und Staat sollen verpflichtet werden, für die Kosten der Versorgung geistig minderwertiger Kinder aufzukommen.

Kachdem man den vorstehend kurz zusammengefaßten Thesen zugestimmt, wandte man sich der Frage der Erhöhung des Strafmündigkeitsalters zu. Dr. A. v. Welck begründete den Antrag der Rechtskommission, das Strafmündigkeitsalter auf 16 Jahre zu erhöhen mit folgenden Hinweisen:

Von 10 000 Kindern zwischen 12 und 14 Jahren, die alljährlich vor dem Strafgericht erscheinen, würde etwa ein Drittel bis ein Viertel verurteilt. Nach dem geltenden Recht kann das Kind, sobald es das 12. Lebensjahr vollendet hat, wegen eines geringfügigen Fehltrittes zu Gefängnis verurteilt werden.

Es sei vorgekommen, daß ein Kind mit Haft bestraft wurde, weil es den Kinderwagen auf dem Trottoir gefahren habe. Ein Junge, der aus einer verschlossenen Taube einige Gerätschaften entwendete, wurde wegen schweren Diebstahls zu längerer Gefängnisstrafe verurteilt. Das Gefängnis aber werde den jugendlichen Verurteilten nur zu oft zu einer Schule des Lasters und Verbrechens, da die Trennung von erwachsenen Verbrechern nicht überall durchgeführt sei. In der Statistik der Rückfälligen trete die Wirkung dieser Zustände deutlich zutage. Das Gesetz, welches den Beginn der Strafmündigkeit auf das 12. Lebensjahr festsetzt, sei unbillig, weil er in diesem Alter bestehenden tödlichen Unreife. Auch in den dem 12. Jahre folgenden Jahren der Entwicklung habe der werdende Mensch Anspruch auf den Schutz der Gesetzgebung. Es sei bekannt, welche mannigfachen Eideugen und Gefahren das Pubertätsalter mit sich bringe, die leicht die Ursache von Konflikten mit den Strafgesetzen werden. Nicht nur bis zum 14. Lebensjahre, sondern bis zum 16. Jahre müßte das Schulalter erhöht werden, da in mancher Hinsicht die Zeit nach der Säuglingszeit besonders gefährdet sei. Da trete der Jugendliche hinaus ins Erwachsenenalter, mannigfache Versuchungen dringen auf ihn ein, gegen die er oft nicht die nötige Widerstandskraft besitzt. Also, bis zum 16. Lebensjahre keine Strafe, sondern Erziehung, vom 16. bis 18. oder 20. Lebensjahre Strafe oder Erziehung.

In der sehr lebhaften Debatte machte sich besonders die Opposition im linken Saale Lager bemerkbar. Plaque dieser guten Damen vermochten nicht zu begreifen, weshalb ein Gefängnis für ein 12jähriges Kind kein geistlicher Aufenthalt sein kann. Schließlich siegte indes doch das vernünftige Prinzip; der Vorschlag der Rechts-

kommission; Erhöhung des Strafmündigkeitsalters auf sechzehn Jahre, wurde angenommen.

Dieselbe Referentin behandelte im Anschluß hieran das Probationssystem und die Jugendgerichte. Das Probationssystem (Vehitungs-) System, eine der wichtigsten Neuerungen auf kriminalistischem Gebiete, habe in den Vereinigten Staaten seit Jahren vorzügliche Erfolge erzielt. Dieses System setze die Erziehung an Stelle der Strafe. Jugendliche Angeklagte werden unter Probation gestellt. Probation-Offiziere, staatlich geprägte Schulbeamte, suchen Einfluß auf das Elternhaus zu gewinnen, dem der junge Verbrecher gewöhnlich überlassen bleibt; sie besuchen ihn regelmäßig, überwachen seinen Verkehr, kümmern sich um seine Schularbeiten, kurz sie bemühen sich auf jede Weise, ihn zu einem brauchbaren Mitglied der menschlichen Gesellschaft zu erziehen. Besonders schwierige Fälle werden Erziehungsanstalten überwiesen, die nur eine beschränkte Anzahl von Jünglingen aufnehmen. Man hat berechnet, daß circa 75 Proz. der jugendlichen Angeklagten auf diese Weise vor dem Gefängnis bewahrt blieben. Die wenigen bei uns in Deutschland bestehenden Jugendgerichte seien unzulänglich, denn die ganze Reform befände darin, daß die Verhandlungen gegen Jugendliche von denen gegen Erwachsene getrennt seien, und daß der Vormundschaftsrichter an Stelle des Strafrichters getreten sei. Zu fordern sei auch bei uns Einführung der Probation unter Ausdehnung der Tätigkeit von Frauen als Schulbeamten, Einschränkung der Öffentlichkeit bei den Verhandlungen der Jugendgerichte sowie die Errichtung von besonderen Erziehungsanstalten, denen verurteilte Jugendliche zu überweisen seien. Die Versammlung stimmte dem zu.

Gerichts-Zeitung.

Der räuberische Uebersal

auf den Kassierer der Schillingischen Konditorei beschäftigte gestern unter Vorzug des Landgerichtsdirektors Dr. Voebel das Schwurgericht des Landgerichts I. Unter der Anklage des Raubes stand der Schillingische Konditor Hermann Diebel vor den Geschworenen. Mit ihm mußte sich der Konditorgehilfe Rudolf Karuhn wegen Beihilfe zum Raube und Gehilze verantworten. Die Anklage wurde von Staatsanwalt Schwiderath vertreten, als Verteidiger fungierten die Rechtsanwält Dr. Klein und Schmulwitz. — Der Anklage lag ein mit unglaublicher Dreistigkeit ausgeführter Raubfall auf den 21. Jahre lang in der bekannten Schillingischen Konditorei in der Friedrichstraße 209 als Konditor angestellt gewesen. Seit Oktober 1906 wurde er als Kassierer beschäftigt und hatte als solcher jeden Abend die etwa 1000 Mark betragende Tageseinnahme aus dem Geschäft abgehoben. Das Geld brachte Richter in einem kleinen Holzkasten unter, den er dann in eine Serviette einwickelte und am Abend mit in seine in der Charlottenstraße 97 gelegene Wohnung nahm. Hierin hatte der Angeklagte Karuhn, als er in der Schillingischen Konditorei einige Zeitlang arbeitete, Kenntnis erhalten. Karuhn ist der Sohn eines wohlhabenden Hauseigentümers in Köpenick. Vor einigen Jahren kam der jetzt 23jährige junge Mann nach Berlin. Karuhn hatte sich in einer Stellung in der Gärtenbergstraße etwa 300 Mark gespart. Dieses Geld borgte ihm Diebel in kurzer Zeit ab, um verschiedene Gerichtskosten und Anwaltsgebühren bezahlen zu können. Diebel selbst ist seit mehreren Jahren ein bekannter Stammgast in Moabit und schon wegen aller möglicher Vergehen, insbesondere aber wegen Gewalttätigkeitsvergehen mit längeren Freiheitsstrafen bestraft worden. — Im Dezember vorigen Jahres, kurz vor Weihnachten, erkrankte der Angeklagte Karuhn und verlor aus diesem Grunde seine Stellung. Er versuchte nunmehr das dem Diebel geliehene Geld zurückzuerlangen und drang wiederholt in ihn, er solle mit Rücksicht auf seine Krankheit ihm das Geld zurückzahlen. Diebel antwortete ihm darauf, daß er erst „ein ordentliches Ding machen“, einen Raub oder einen Diebstahl oder etwas Ähnliches begehen müsse, um Geld zu erlangen. Bei dieser Gelegenheit fragte Diebel, ob er (Karuhn) nicht aus einer früheren Stellung her etwas wüßte, wo ordentlich etwas „zu holen“ sei. Karuhn erzählte darauf, daß der Kassierer Richter jeden Abend die Tageskasse mit in seine Wohnung in der Charlottenstraße nehme. Dieses Gespräch zwischen den beiden fand Anfang Januar statt und endete damit, daß Diebel ausherte, er werde die „Sache“ schon machen. — Am Abend des 3. Januar d. J. hatte Richter aus dem Schillingischen Geschäft die Tageskasse, die 923 Mark betrug, abgeholt und wie sonst mit in seine Wohnung genommen. Vor der Haustüre angekommen, war er gerade im Begriff, die Haustür aufzuschließen, als plötzlich hinter einer Treppe ein junger Mann hervorbrach und sein Schlüsselbund aus der Tasche hervorholte, so daß es den Ansehen hatte, als ob er ebenfalls in dem Hause wohnte. Durch das ganze Gebären des Unbekannten kam Richter zu der Annahme, daß dieser wirklich in dem Hause wohne. Er ahnte nicht, daß er sich in diesem Augenblick in einer sehr großen Gefahr befand, denn jener Unbekannte war der jetzige Angeklagte Diebel, der nichts Geringeres beabsichtigte, als Richter zu Boden zu schlagen und zu berauben. Durch irgend einen Umstand wurde er jedoch an der Ausführung des beabsichtigten Verbrechens verhindert. Wie er vor Gericht behauptete, will er nach einiger Zeit das Haus verlassen und sich in ein Lokal in der Rungstraße begeben haben. Am nächsten Morgen gegen 8 1/2 Uhr verließ Richter wieder seine Wohnung, um das Geld im Laufe des Vormittags dem Inhaber der Schillingischen Konditorei abzuliefern. Als sich Karuhn auf dem Treppenhof im dritten Stockwerk befand, erhielt er plötzlich von hinten einen mächtigen Stoß, durch den er die Treppen hinuntergestürzt wurde. Er fiel so unglücklich, daß ihn einige Minuten das Bewußtsein verließ. Als er wieder aus der Bewußtlosigkeit erwachte, war der Holzkasten mit dem Geld verstreut. Den Täter selbst hatte er nur flüchtig gesehen, da er dem Stoß von hinten erlitten hatte. — Auf die Anzeige des Verübten stellte die Kriminalpolizei noch an demselben Tage Ermittlungen an, die schließlich zu der Verhaftung des Angeklagten Diebel führten, in dessen Besitz noch ein Teil des geraubten Geldes vorgefunden wurde. Es wurde festgestellt, daß Diebel am 4. Januar vormittags mit Karuhn in einer Schankwirtschaft zusammengetroffen war und hier dem Karuhn drei Hundertmarkscheine ausgehändigt hatte, die vermutlich von dem geraubten Gelde stammten. — Vor dem Untersuchungsrichter gab Karuhn eine Hehlerei zu und bezeugte, daß Diebel den Raub ausgeführt habe. Diebel stellte eine Täterschaft von Anfang an in Abrede und erzählte eine Geschichte, die er auch gestern vor Gericht wiederholte.

Vor Gericht kam es bei der Vernehmung der Angeklagten zu den wichtigsten Szenen, die schließlich in einer regelrechten Prügelei der beiden Angeklagten, die sich in der Anklagebank abwickelte, endeten.

Die Beweisaufnahme, zu welcher etwa 20 Zeugen geladen waren, zog sich bis in die späte Abendstunde hin. Rechtsanwalt Solow hielt bezüglich des Angeklagten Diebel den Sachverhalt für nicht genügend aufgeklärt, während Staatsanwalt Schmulwitz die Freisprechung des Karuhn aus tatsächlichen Gründen für geboten hielt. Die Geschworenen verneinten auch bezüglich des Karuhn sämtliche Schuldfragen, dagegen wurde bei Diebel die Frage nach Raub bejaht unter Veragung mildernder Umstände. Der Staatsanwalt beantragte gegen Diebel 4 Jahre Zuchthaus, das Gericht erkannte um 8 1/2 Uhr abends auf 3 Jahre Zuchthaus unter Anrechnung von drei Monaten der Untersuchungshaft. Karuhn wurde freigesprochen.

„Son“.

Der hartnäckige Kampf um das Adelsprivileg, den der Kaufmann Felix von Sarnowski seit längerer Zeit führt, ist nun schon bei der 4. Instanz angelangt. Das Schwurgericht hatte Herrn v. S. feinerzeit von der Anklage der unbesugten Führung des Adelsprivilegs freigesprochen. Gegen dieses Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt, welche jedoch von der Strafkammer verworfen wurde. Auf die dagegen eingelegte Revision hob das Kammergericht das Berufungsurteil auf und verur-

Die Sache an das Verurteilungsgericht zurück. Bei der erneuten Verhandlung wurde von den Verteidigern des Angeklagten ausgeführt: Es könne dahingestellt bleiben, ob der Angeklagte genealogisch zur Führung des Adelsstandes berechtigt sei. Es komme nur darauf an, daß er sich selbst, einschließlich der Besitzzeit seiner unmittelbaren Vorfahren, des Adelsprädikats „von“ ruhig 44 Jahre hindurch bedient hat. Denn in diesem Falle habe er nach dem Allgemeinen Landrecht die Vermutung für die Rechtmäßigkeit des Adelsgebrauchs für sich. Das Verurteilungsgericht kam bei erneuter Prüfung der Sache wiederum zur Verurteilung der eingelegten Berufung. Aus der Beweisaufnahme hat die Strafkammer die Ueberzeugung geschöpft, daß der Angeklagte und seine unmittelbaren Vorfahren tatsächlich zusammengerchnet mindestens 44 Jahre lang bis zu dem Augenblicke der Verurteilung des Angeklagten durch die Polizei ohne Widerspruch des Staates des Adelsprädikats geführt haben und daß dies auch unter Umständen geschehen ist, die dem Staate an sich die Möglichkeit eines Anerkenntnisses oder der Verurteilung eines solchen böten.

Fünf überflüssige Instanzen wegen dreier gleichgültiger Buchstaben!

Einen Staatsanwalt wegen Majestätsbeleidigung denunziert hatte der Rechtskonsulent Jakob Holzmann in Aachen. Eine auf drei Wochen lautende Verurteilung wegen Urkundenfälschung war gegen Holzmann rechtskräftig geworden. Er ersuchte den Staatsanwalt Weiskamp in Aachen, jetzt Landrichter in Berlin, um Strafausspruch, da er ein Gnadenersuchen eingereicht habe. Das Ersuchen wurde abgelehnt. Darauf erstattete Holzmann die Anzeige, der Staatsanwalt habe bei der Ueberreichung eines auf die Sache bezüglichen Schriftstückes dieses ersucht auf den Boden geschleudert und dabei eine grobe Majestätsbeleidigung ausgeübt. Das gegen den Staatsanwalt angestellte Ermittlungsverfahren wurde bald eingestellt und nunmehr gegen Holzmann das Verfahren eingeleitet. Er stand jetzt vor der Strafkammer unter der Anklage, den Staatsanwalt wissentlich falsch der Freiheitsberaubung, der Verletzung der Amtspflicht und der Majestätsbeleidigung beschuldigt zu haben. Der Staatsanwalt bestritt die ihm in den Mund gelegte Äußerung eifrig auf das entschiedenste; ein Referendar, der bei dem Vorfall zugegen war, sagte im selben Sinne aus. Darauf wurde Holzmann zu zwei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Wieviele ungerechte Verurteilungen von Nicht-Staatsanwälten wegen Majestätsbeleidigung und anderer Vergehen wären unterblieben, wenn man stets den Denunzianten als Zeugen gehört und den Denunzianten angeklagt hätte?

Vermischtes.

Unter dem Verdacht des Mordes

Ist der bekannte Madrennfahrer Dreuer verhaftet worden. Dreuer wird beschuldigt, den Mühlenbesitzer Rathouet in St. Vith erschossen zu haben. Die Ermittlungen ergaben, daß Dreuer mit Rathouet, der für einen Millionär galt, schon länger bekannt war. Der Rennfahrer, dessen ausschweifendes Leben Unsummen verschlang, war in den letzten Wochen wieder einmal in Verlegenheit. Zu Freunden äußerte er, daß er ihr, wie auch früher schon, durch eine Reise abhelfen werde. Angeblich wollte er nach Köln fahren. Am Dienstag reiste er ab und am nächsten Tage traf er in St. Vith ein. Mit Rathouet hatte er telegraphisch ein Stelldichein außerhalb des Ortes vereinbart. Feldarbeiter, die sich in der Nähe des Treffpunktes befanden, hörten einen Schuß fallen und sahen Rathouet zusammenbrechen. Sie eilten hinzu und nahmen Dreuer, der erschießen worden war, fest. Der Verhaftete wurde in Gerolstein der Polizei übergeben. Er erklärt, wie gesagt, daß der Mühlenbesitzer selbst die Waffe gegen sich gerichtet habe. Jedensfalls ist der reiche Mann das Opfer eines Exzessiers geworden.

Eisenbahnunglück.

Bei Eirkemont in Holland stießen heute vormittag zwei Züge zusammen, wobei zwei Personen getötet und fünfzehn zum Teil lebensgefährlich verwundet wurden.

In der brennenden Strohmiete.

Auf schreckliche Weise ist ein Deserteur des 3. Ulanenregiments, der sich am Donnerstag heimlich aus der Garnison entfernt hatte, in die Hände der Behörden geraten. Am Sonnabendabend ging eine Strohmiete in der Nähe des Dorfes Demnitz zwischen Fürstenwalde und Hangelberg in Flammen auf. Die aus dem Dorfe zu Hilfe eilenden Leute fanden unmittelbar neben der Brandstelle einen Soldaten, den Man Henschel von der 5. Eskadron des 3. Ulanenregiments mit schweren Brandwunden am Kopfe, Hals, Schulter und rechten Seite. Wie der Unglückliche, der bei voller Bewußtsein war, angab, habe er sich heimlich aus der Garnison entfernt, weil er wegen Fehler, die er gemacht habe, von seinem Vorgesetzten getadelt worden sei. Er hätte in der Miete übernachtet wollen und sich eine Zigarette angezündet. Hierbei sei das Stroh in Brand geraten. Er hat sich vor dem Flammentode dadurch zu retten vermocht, daß er sich von seiner Lagerstelle herabwälzte, doch vermochte er sich infolge der schweren Verletzungen, die er bereits erlitten hatte, nicht aus der Nähe des Feuers zu entfernen. Der Verwundete wurde nach dem Garnisonlazarett in Fürstenwalde übergeführt. Die Strohmiete wurde durch den Brand vollständig vernichtet.

Die Waldbrände

bei Presaue Jole (N.A.) erstreckten sich über eine Fläche von hundert Quadratmeilen und zerstörten fünf Dörfer. Man befürchtet, daß mehr als fünfzig Personen ungelungen sind. Die Gewalt des Feuers ist jetzt gebrochen, aber Hunderte von Hütten haben Haus und Hof verloren und befinden sich in demütigendster Lage.

Für die Materialmappe des Reichsverbandes.

Der erst vor kurzem von Hildesheim nach Delnitz i. S. bezogene Direktor der Aktiengesellschaft Kalk- und Ziegelwerke in Delnitz, Adolf Rämpfe, wurde am Sonnabendabend, als er von einer Geschäftsreise nach Delnitz zurückkehrte, auf dem Bahnhof verhaftet. Während seiner Abwesenheit hatte der Aufsichtsrat eine Kassenrevision vorgenommen. Das Resultat derselben war ein Manko von mehreren tausend Mark. Der verhaftete Direktor legte ein Geständnis ab.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ebrechtstunde findet Lindendstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 1007, Fahrstuhl, wochentags abends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr statt. Gedruckt 7 Uhr Sonnabend beginnt die Ebrechtstunde um 6 Uhr. Jeder Antrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Sid zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trage man in der Ebrechtstunde vor.

N. G. 10. Von der Ballenverwaltung erhalten die Pflegeeltern in der Regel folgendes Kostgeld für Kinder: im ersten Lebensjahr täglich 70 Pf. (für genehmigte Säuglinge 1 M.), im zweiten Lebensjahr 50 Pf., vom 3.-6. Lebensjahr 40 Pf., im 7.-14. Lebensjahr für Knaben 40 Pf., für Mädchen 30 Pf. Die Jahresleistung wird von der Ballenverwaltung an die Pflegeeltern geschickt. — **W. St. 11.** Rein, das wäre Weisheit zum Betrag. — **G. W. 150.** 1. Die Abfindung wäre unzulässig. 2. Um dem von Ihnen nicht geeigneten Kinde Ihrer Frau Ihren Namen zu geben, müßte die Mutter des Kindes, der Vormund desselben und Sie selbst eine dahin gerichtete Erklärung bei dem Standesbeamten, dem Amtsgericht oder einem Notar oder Gericht abgeben. Werden die Erklärungen vor einem Notar oder Gericht abgegeben, so würden die Urkunden dem Standesbeamten mit dem Antrage einzuliefern sein, die Umschreibung des Namens vorzunehmen. Zuständig ist der Standesbeamte, bei dem die Geburt des Kindes eingetragen ist. — **H. S. 200.** Sa, Sie könnten ein Sperverbot und die Herausgabe des Geldes erwirken, müßten aber schnell handeln. — **H. S. 12.** 1. Jollrechtlich haltbar wäre das Mädchen und deren Eltern. Eine Strafbare liegt nicht vor. 2. Rein. — **W. S. 23.** Nicht bekannt. — **H. S. 28.** 1. Schriftliche Form würde genügen. Auch bei Einhaltung der gerichtlichen oder notariellen Form wäre der Vertrag anständig, wenn er zum Schein oder zur Benachteiligung der Gläubiger erfolgt. 2. Die Befreiung eines Pflegers und gerichtliche Form wäre erforderlich. Im übrigen gilt auch hier das zu 1. Gesagte. 3. Etwa 10 M.

Wintlicher Marktbericht der Ködlichen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Hielt: Zufuhr hart, Geschäft lebhaft, Preise für Kalb- und Schweinefleisch nachgehend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise gut. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft etwas lebhafter, Preise befriedigend. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert.

Witterungsüberblick vom 19. Oktober 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Wetter	Temp. u. d. Luft in °C	Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Wetter	Temp. u. d. Luft in °C
Bismarck	779.0	3 wolklos	0	0	10.0	Haparanda	776.25	2 wolklos	0	0	10.0
Danzburg	776.0	5 wolklos	3	3	10.0	Petersburg	785.0	1 wolklos	0	0	10.0
Berlin	777.0	4 wolklos	1	1	10.0	Scilla	760.0	3 wolklos	0	0	10.0
Kranzlar	770.0	3 wolklos	9	9	10.0	Aberdeen	767.0	4 wolklos	0	0	10.0
München	768.0	5 wolklos	6	6	10.0	Baris	764.0	2 bedeckt	13	13	10.0
Wien	771.0	4 bedeckt	1	1	10.0						

Wetterprognose für Dienstag, den 20. Oktober 1908.
Trocken und meist heiter bei ziemlich rauhen östlichen Winden, nachts Frost, auch am Tage nur geringe Erwärmung.
Berliner Wetterbureau

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 18.10.	seit 17.10.	Wasserstand	am 18.10.	seit 17.10.
Pemel, Turt	181	cm	Saale, Großsch	66	cm
Bregel, Zisterburg	-21	cm	Saale, Spandau	82	cm
Weißel, Horn	60	cm	Saale, Rathenow	96	cm
Dber, Rathoe	93	cm	Saale, Spremberg	72	cm
Kroffen	77	cm	Bestom	68	cm
Frankfurt	88	cm	Weser, Minden	-107	cm
Wartde, Schrumm	22	cm	Weser, Minden	-38	cm
Landberg	9	cm	Rhein, Magdeburg	-	cm
Weser, Borsdam	-4	cm	Rhein, Köln	146	cm
Elbe, Leimert	-64	cm	Rhein, Köln	127	cm
Dresden	-182	cm	Weser, Heilbronn	27	cm
Harbo	88	cm	Rhein, Wehrheim	105	cm
Magdeburg	58	cm	Rhein, Wehrheim	19	cm

+) + bedeutet Zufluß, - Fall, - ? Unterpegel.

Blumen- und Kranzbinderie
von Robert Meyer,
an der Mariannen-Straße 2.



14 Tage
auf Probe
verleude a. meine
Geschäftskunden
H. Harzer
Kanarienvogel
sowie Vogelkutter
u. Ersatz-Bauer.
Verlangen Sie
Preisliste kosten-
frei von
L. G. Müller, Vogelzüchterei,
Nordhausen 10 a. H.

Sojastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-Reste! Kocquetts.
Pflanz-Satteltaschen.
Muster b. näh. Angabe franko.
Berlin, 158.
Emil Lafèvre, Oranienstr.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für 450332
Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

ZONOPHONE RECORD
INTERNATIONAL ZONOPHONE COMPANY
GERMAN SOPRANO with Orch.
Wir waren ein selbiges Pärchen
aus „Gefühl“ von Ionca
gesungen von
Gusti Förster mitchesterbegleitung
BRILLANT
X-23284

Dieses Etikett schützt vor minderwertigen Nachahmungen.

ZONOPHON

Die beste 3 Mark-Platte für alle Sprechmaschinen

Garantiert längste Spieldauer
Garantiert grösstes Repertoire
Garantiert beste Tonwiedergabe

Monatlich erscheinen aktuelle Neuaufnahmen. Kataloge kostenlos. Bezugsquellen weisen wir nach

International Zonophone Company m. b. H. Berlin S. 42, Ritterstr. 36.

Bezugsquellen:

E. Beckershoff, Plan-Ufer 24.
A. Ferra, Kottbuser Damm 23.
„Grammophon“ H. Weiß & Co., Friedrichstr. 199.
Karl Hensel, Chausseestr. 129.
Musik-Schallplatten-Zentrale, Gustav Sentz, Liebenwalder Straße 16a.
Georg Nüther, vis-à-vis Bahnhof Börse.
Passage-Kaufhaus

Hugo Pietsch, Müllerstr. 165.
Reinhold Prinz, Brunnenstr. 25.
Herm. Roggenstein, Brunnenstr. 186.
Paul Reimann, Hackescher Markt 4.
Karl Röper, Petersburger Str. 2.
Karl Chriska, Friedrichstr. 37.
Max Schenke, Reinkendorfer Straße, Eing. Weddingstr. 5.

Charlottenburg. W. Becker, Wilmersdorfer Str. 127.
I. Ecke Schillerstraße.
Gr.-Lichterfelde. Paul Kuhnert & Co., Obstussee-straße 111.
Pankow. Theodor Lange, Wollankstr. 117.
Reinickendorf. R. Echter, Residenzstr. 122.
H. Buchwald, Herbststr. 10.
Spandau. A. Schröter, Potsdamer Str. 50.

Größtes Spezial-Geschäft

Ständiges Lager von 10,000 Platten und 20,000 Walzen.

!!! Konkurrenzlos billige Preise!!!

Abgespielte Platten und Apparate älterer Konstruktion werden bei Kauf neuer Platten und echter Grammophone zu kulantem Bedingungen in Zahlung genommen.

Phonographen-Katz

Beachtenswert für Restaurant und Saalbesitzer.

Automaten u. Starkton-Apparate.

Auf Wunsch Teilzahlung
Phonographen u. Sprechmaschinen in anerkannt bester Qualität.

— Jede Neu-Aufnahme am Lager. —

Mit Konzert-Schalldose
nur Mk. 15.—

FILIALEN:

Dircksenstraße 20 | **Alexanderstraße 71** | **Rosenthalerstr. 24** | **Andreasstraße**
am Bahnhof Alexanderplatz. | Eingang Königgraben. | Ecke Gipsstraße. | Ecke Langestraße.

Konzert-Phonograph,
genau
wie Abbildung,
nur Mk. 6.75

An die Parteigenossen Groß-Berlins!

Heute, am Dienstag, den 20. Oktober, von 7 Uhr abends an, wird von den bekannten Lokalen aus eine

Agitationsnummer des „Vorwärts“

verbreitet, worin zum Abonnement auf unser Parteiblatt und Beitritt in den Wahlverein aufgefordert wird.

Wohl sind unsere politischen Organisationen in Berlin in letzter Zeit stark gewachsen, das Abonnement auf den „Vorwärts“ hat aber leider hiermit nicht gleichen Schritt gehalten. Es gilt also die Schäden, welche durch die wirtschaftliche Not dem Abonnementstande unseres Parteiorgans zugefügt sind, wieder wett zu machen und durch gewohnte selbstlose Agitation neue Leser für den „Vorwärts“, neue Mitglieder für die politische Organisation zu gewinnen.

Am gleichen Abend 8 1/2 Uhr finden in den Lokalen: Noabiter Gesellschaftshaus, Wickestr. 24, Germania-Säle, Chausseestr. 110, Salschwieders Salon, Badstr. 16, Brauerei Friedrichshain (Lipp), Am Königstor, Gewerkschaftshaus, Engelastr. 15, Soda-Brauerei, Tempelhofer Berg,

öffentliche Versammlungen statt, in welchen die Landtags- abgeordneten

Borgmann, Heimann, Hirsch, Hoffmann, Leinert und Ströbel referieren.

Treten alle Genossen Groß-Berlins möglichst frühzeitig zur Verbreitung der Agitationsnummer an, schließt sich niemand von dieser freiwilligen Ehrenpflicht aus, so wird die Arbeit in sehr kurzer Frist erledigt sein und es bleibt für jeden hinreichende Zeit, auch die Versammlungen zu besuchen. Im Laufe der Woche, speziell am Sonntag, den 25., sollen dann die Empfänger der Agitationsnummer durch die Genossen aufgesucht und bezogen werden, unseren Leserstand zu vermehren, in unsere Reihen einzurücken.

Wir appellieren an die Tatkraft und den Eifer unserer Anhänger und erwarten, daß sie sich allesamt zu der nötigen Werbearbeit gern und freudig einfinden und hernach in die Versammlungen eilen.

Der Aktionsausschuß.

Gewerbegerichtswahl.

Von heute Dienstag, den 20. Oktober, bis einschließlich Montag, den 26. Oktober, liegen die Wählerlisten für die Arbeitgeber

aus und zwar an den Wochentagen während der Dienststunden von morgens 8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr, am Sonntage von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 3 Uhr im Wahlbureau, Poststraße 16, II, Zimmer 57. Die Arbeitgeber, die in die Listen eingetragen sind, erhalten vom Magistrat besondere Nachricht. Wer eine solche nicht erhält, kann annehmen, daß er nicht eingetragen ist und muß einen Antrag auf Nachtragung in die Liste stellen. Als Arbeitgeber gelten diejenigen selbstständigen Gewerbetreibenden, welche mindestens einen Arbeiter jetzt oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigt, zur Krankenkasse melden und Beiträge entrichten.

Den Arbeitgebern stehen im Sinne der bezeichneten Vorschriften gleich: die mit der Leitung eines Gewerbebetriebes oder eines Zweiges desselben betrauten Stellvertreter.

Wir erjuchen die Parteigenossen, welche als Arbeitgeber im obigen Sinne gelten, sofern sie nicht schon vom Magistrat eine Benachrichtigung erhalten haben, sofort ihre Eintragung in die Wählerliste beantragen zu wollen.

Der Aktionsausschuß.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung, „Vorwärts“-Agitation!

Zur Flugblattverbreitung liegen aus folgenden Orten noch Meldungen vor:

- Heute Dienstag:
Wilmersdorf-Gaienseer: abends 7 Uhr Treffpunkt in den Bezirkslokalen.
Saumschulienweg: abends 7 Uhr Treffpunkt in den bekannten Lokalen.
Borghagen-Kummelsburg: abends 7 1/2 Uhr Treffpunkt in den Bezirkslokalen.
Lichtenberg: abends 7 Uhr Treffpunkt in den Bezirkslokalen.
Weißensee: abends 7 Uhr Treffpunkt in den Bezirkslokalen. Die Vorstandsführung fällt aus.
Tempelhofer: abends 7 Uhr Treffpunkt in den bekannten Lokalen.
Steglitz: abends 7 1/2 Uhr: Verbreitung in allen Bezirken.
Johannisthal: abends 7 Uhr Treffpunkt bei Gobin, Roonstr. 2.
Bezirk Weidmannslust: abends 7 Uhr Treffpunkt für Vorkriegswalder bei A. Neuter; für Wittenau bei A. Schulze; für Weidmannslust bei Albin; für Hermannsdorf bei Weidenreich.
Ordnung: abends 7 Uhr Treffpunkt bei Degebrodt.
Kaulsdorf: heute abend Treffpunkt bei Dräger, Vahnhoffstr. 10.
Kaulsdorf: Treffpunkt bei Neud, Berliner Chaussee.
Weißensee, Nieder-Schönhausen-West: abends 7 Uhr Treffpunkt in den Bezirkslokalen.
Bernau: Treffpunkt in den Bezirkslokalen.
Morgen Mittwoch:
Karlshorst: abends 7 1/2 Uhr Treffpunkt für die Nordseite bei Sabrowski, Südseite bei Pagels im „Färstentad“.

Zur Lokalliste, Sonntag, den 24. d. Mts., feiert der Gesangsverein „Nittl“ im Lokal „Kaiser-Wilhelmgarten“ in Friedenau, Nischenstr. 63, sein Stiftungsfest. Da und dies Lokal

seit langem beharrlich verteidigt wird, ersuchen wir, alle etwa angebotenen Villetts zu obiger Veranstaltung entschieden zurückzuweisen.

Auf wiederholte Anfragen und um dem im Umlauf befindlichen Gerücht entgegen zu treten, daß das Lokal von Bronzel in Gaiensee gesperrt sei, teilen wir mit, daß das genannte Lokal nur deshalb nicht weiter in der Lokalliste geführt worden ist, weil es keinen Saal hat. Im übrigen bemerken wir, daß der Inhaber nach wie vor Mitglied des dortigen Wahlvereins ist.

Die Lokalkommission.

Schiller Wahlkreis. Die Bezirksleiter der 7. und 8. Abteilung werden ersucht alle nicht verkauften Villetts zum Samstagabend am 24. Oktober bis Freitagabend den 23. Oktober bei ihrem Abteilungs-kassierer zurückzuliefern.

Kizdorf, Mittwoch, den 21. Oktober, abends 8 Uhr, findet in „Hoppes Festale“, Hermannstr. 49, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung lautet: Vorstand- und Kassierenbericht. Diskussion. Aufstellung der Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl. Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes. — Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Lichtenberg, Freitag, den 20. d. M., abends pünktlich 9 Uhr, beginnt im Restaurant V. Schwarz, Dorfstr. 25, der Kursus für Nationalökonomie. Am ersten Abend hat jedermann unentgeltlichen Zutritt. Der Vorstand.

Nieder-Schönhausen. Heute abends 8 1/2 Uhr, Volksversammlung im Lokal Schwarzer Adler, Jub. Illig, Blantzenburger Straße. Genosse Paul Goehre spricht über das Thema „Kirche und Arbeiter“. Die Geschäftsliste am Orte ist zu dieser Versammlung schriftlich eingeladen worden!

Reinickendorf-West, Donnerstag, den 22. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet bei B. Otto, Berliner Str. 113-114, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag. Referent: Genosse Dengler. Diskussion. Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Saumschulienweg. Heute abend, 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Krause eine Versammlung statt. Tagesordnung: Vortrag. Diskussion. Aufnahme neuer Mitglieder. Verschiedenes. Der Vorstand.

Spandau. Heute abend 8 Uhr findet im „Gesellschaftshaus“, Grünauer Straße, eine Versammlung des Wahlvereins statt.

Berliner Nachrichten.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Der Unterricht in Gesehshunde findet Dienstag abend trotz der Versammlungen statt. Außerdem machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß der Fortschrittsturm von heute ab im Verbands-haus der Gastwirtschaften, Große Hamburger Straße 18/19 stattfindet.

Aus Anlaß des 25jährigen Stadtverordnetenjubiläums am Sonntag, den 18. Oktober, überbrachte die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung dem Genossen Singer durch eine Deputation ihre Glückwünsche unter Uebersendung einer Blumenspende und eines Prachtbandes des sechsten erschienenen Werkes: „Die Geschichte der Berliner sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion in den letzten 25 Jahren“.

Der Deputation hatten sich angeschlossen die Vertreter von Groß-Berlin, des vierten Berliner Reichstagswahlkreises, der Organisation der Frauen und des Parteivorstandes. Nach der Ansprache des Genossen Borgmann, die mit dem Wunsche schloß, daß Singer seiner von hohem Gemeinfinn getragenen Tätigkeit noch recht lange erhalten bleibe, dankte der Gefeierter mit bewegten Worten, indem er darauf hinwies: daß, wenn wir auf dem Gebiete des kommunalen Wirkens Erfolg erzielt haben, es zu danken sei, daß zu jeder Zeit die Fraktion in Geschlossenheit und Einigkeit den Kampf geführt habe, daß vor allen Dingen aber die Masse der Wähler immer härter anwachsend hinter der Fraktion und ihrem Wirken gestanden habe. Das Studium des Werkes, über dessen Uebersetzung er sich besonders freue, werde auch unseren Gegnern beweisen, wie durch die zähe Arbeit unfererzeit soziale Forderungen, wenn auch widerstrebend, sich doch endlich durchgesetzt haben. Im besonderen wies er mit herzlichem Dank darauf hin, wie ihm der vierte Reichstagswahlkreis die ganzen 25 Jahre hindurch Treue und Treue gehalten habe. Mit dem Gelübde, in alter Weise unverdrossen weiter zu kämpfen auf der eingeschlagenen Bahn, schloß der Redner. Allen Beteiligten aber wird die Feier unvergesslich bleiben.

Auch dem Genossen Ewald, der vor 25 Jahren als Stadtverordneter gewählt, 1888 aber ausgewiesen wurde und im Jahre 1900 wieder ins Rote Haus eintrat, wurden Glückwünsche überbracht.

Der Storch im Straßenbahnwagen. Einen unerwarteten Zuwachs erlitten in der vorgestrigen Nacht die Fahrgäste eines Straßenbahnwagens der Linie Tegel-Charlottenstraße. Die Wirtschafterin Katarina K. hatte eine heilige Kranenankunft aussuchen wollen, da sie einem freudigen Ereignis entgegen sah. Aber schon im Straßenbahnwagen meldete sich der Storch. Die junge Mutter wurde mit ihrem Säugling auf schnellstem Wege dem Krankenhaus zugeführt.

Die Zahl der Fälle sind gar nicht so selten, daß Mädchen, die sich zwecks Aufnahme in die Entbindungsklinik der Charité begeben wollen, bereits auf dem Wege dahin erkranken. Das hat seine Ursache darin, daß hochschwängere Mädchen erst im letzten Augenblick zur Entbindung aufgenommen werden; kommt ein solches Mädchen „zu früh“, wird es wieder nach Hause geschickt.

Die Allgemeine Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft hat bisher nur Monatskarten für einzelne Pferdeomnibuslinien zum Preise von 6 M. ausgegeben. Vom 1. November ab wird die Gesellschaft auch Abonnement für zwei sich kreuzende oder einander anstoßende Pferdeomnibuslinien zum Preise von 8 M. ausgeben. Will z. B. ein Fahrgast vom Halleschen Tor nach der Potsdamer Brücke, wohin eine direkte Fahrgelegenheit überhaupt nicht besteht, so löst er sich eine Monatskarte für die Linien 28 (Noabit-Hafenheide) und 19 (Schöneberg-Spittelmarkt) und steigt am Potsdamer Platz um. Außerdem wird ein Monatsabonnement für sämtliche Pferdeomnibuslinien zum Preise von 12 M. ausgegeben.

Schulinder als Staffage. Unsere Hoffnung, daß bei dem bevorstehenden Einzug einer Schwiegertochter des Kaisers von der Verwendung von Schulkindern Abstand genommen werden würde, hat sich als trügerisch erwiesen. Es sollen tatsächlich wieder Schulinder Staffage bilden. Um sie aber vor Erkältung zu schützen, sollen die Kinder nicht in weißen Festkleidern, sondern in warmer Kleidung erscheinen. Und erscheint auch in dieser Form die Verwendung von Schulkindern zum Staffagebilden für gänzlich verfehlt. Den Eltern gegenüber bemerken wir, daß eine Verpflichtung zur Vergabe ihrer Kinder zu höfischen Zwecken nicht vorliegt. In den Kreisen verschiedener Innungen macht sich auch bereits Opposition geltend, daß Innungsmitglieder als Staffage gut genug sind.

Für 17000 M. Juwelen erbeutete ein Gauner, der nebenbei auch noch den Kautionschwindel betrieb. Vor einiger Zeit machte ein junger Mann, der sich Kaufmann Erich Dittmar nannte, am 1. Januar 1885 zu Hamburg geboren sein sollte und in der Dennewitzstraße 1 zu wohnen vorgab, in der Bergstraße 11 einen

Zigarrenladen auf. Das Unternehmen sollte, wie sich jetzt herausstellte, lediglich zur Förderung eines größeren Schwindels dienen. Der angeblide Dittmar nahm zum Verkäufer einen Handlungsgehilfen Albert Krause, der sich als lautionsfähig durch ein Inserat angeboten hatte und ließ sich von ihm 300 M. Bürgschaft stellen. Krause trat am 1. d. M. seine Stellung an. Bald darauf verlangte und erhielt Dittmar von ihm noch 300 M., weil er jetzt reisen müsse. Aus dem Reisen wurde aber nichts. Der Verkäufer sah unterdessen, daß die Tageslocher gering war und daß die ohnehin nicht bedeutenden Vorräte nicht ergänzt wurden. Er wurde mißtrauisch und verlangte sein Geld, wenigstens das Gehalt. Der Herr Chef versprach ihm das auch, verschwand aber und kam nicht wieder. Das Lager war inzwischen erschöpft, und bald kamen die Lieferanten und holten auch die Labeneinrichtung noch weg. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei, der Krause jetzt kein Leid sagte, ergaben, daß der junge Mann einem abgefeimten Schwindler in die Hände gefallen ist. Dittmar hatte nach seinem Verschwinden ein hübsiges Hotel aufgesucht und dort mit einem anderen Manne, den er für seinen Bruder ausgab, Wohnung genommen. Als man ihn hier einschleimen wollte, waren beide verschwunden, ohne die Wohnung bezahlt zu haben. Kurz vorher war von einem Juwelier aus der Provinz ein Wertpaket eingetroffen, das für 17000 M. Uhren und Schmuckstücke enthielt. Der Schwindler hatte es nach Befreiung einiger Schwierigkeiten ausgedündigt erhalten und mit der Beute in Begleitung seines angeblichen Bruders das Weite gesucht. Der Zigarrenladen hatte nur dazu gedient, dem Gauner durch den Kautionschwindel das Reisegeld für die Flucht zu verschaffen. Das Wertpaket enthielt unter anderem 7 schwer goldene Brillantbontons, 4 goldene Brillant-schloßnadeln, 6 goldene Uhren, 3 goldene Chronographen, 22 Brillantringe aus Glas- und Metallgold, 12 Herzensketten, Manschettenknöpfe (Wügel- und Kettenknöpfe) und 8 goldene massive Kettenarmbänder. Der angeblide Dittmar, der in der Dennewitzstraße 1 gewohnt hat, ist ein mittelgroßer schlanker Mensch mit blondem Haar, das voll und in der Ritze gestrichelt ist. Er hat ein barloses Gesicht, blaue Augen und eine mittelgroße Nase und trug einen grau gestreiften Jodettanzug, einen schwarzen steifen Hut, Schürhülse mit Knöpfen und einen schwarz-weiß gestreiften Sommerüberzieher. Es wird vermutet, daß der Flüchtige noch mehr Schwindeleien verübt hat. Geschädigte können sich bei der Kriminalpolizei im Zimmer 60 des Polizeipräsidiums melden.

Sturz einer Schulleiterin im Zirkus. Die größte Schulleiterin Mathilde Benz, die Gattin des praktischen Arztes Dr. Ernst Benz, erlitt im Zirkus Busch, in dem sie die Kunst der hohen Schule zeigt, einen bedauerlichen Unfall. Als sie während der Vorstellung eine Hürde nehmen wollte, sprang das Pferd zu kurz und stürzte mit ihr zu Boden. Der Arzt konstatierte einen Bruch des Kniegelenks am linken Fuß, legte der Reiterin einen Notverband an und ließ sie nach ihrer Wohnung in der Altonaer Straße 9 bringen.

Berliner Schulverhältnisse. Zahlreiche Eltern, deren Kinder die 22. Gemeindegasse in der Kolonnenstraße besuchen, erheben Klage darüber, daß seit Montag voriger Woche ihre Kinder des Unterrichts entbehren müssen. Als Grund wird angegeben, daß kein Heizungsmaterial vorhanden sein soll, um die Schulräume entsprechend zu erwärmen. Wir halten diese Angabe für kaum glaublich und erwarten von der Schulbehörde, daß sie sich über den Grund des Ausfalls des Unterrichts öffentlich äußert. Die Eltern haben ein Recht, zu erfahren, warum ihre Kinder keinen Unterricht erhalten.

Eine andere Klage geht uns aus dem Frankfurter Viertel zu. Ein Leser schreibt uns:

„Meine zehnjährige Tochter besucht die Reitschule 280 in der Frankfurter Allee. Von dieser Schule sollten mit dem Schulbeginn am 8. Oktober die Mädchen nach der neuen Reitschule, Frankfurter Allee 4, kommen. Da die neue Schule beim Schulbeginn am 8. Oktober aber noch nicht fertig war (?), so wurde in der alten Schule weiter unterrichtet. Weil es jedoch an Raum und Sitzgelegenheit mangelte, wurden die Kinder am Dienstag, den 12. Oktober, wieder nach Hause geschickt, sie sollten am Montag, den 19. Oktober, also heute, wiederkommen und dann nach der neuen Schule ziehen. Leider ist aber auch heute die letztere noch nicht fertig, und wieder kamen die Kinder nach Hause, und sollen nun am Donnerstag, den 22. wieder in der alten Schule antreten. Da das Pensum des Halbjahres bewältigt werden muß, trotz der vielen veräumten Tage, so werden nachher Kinder und Lehrer, hauptsächlich aber die ersteren, zum Schaden an der Gesundheit übermäßig angestrengt.“

Zwei schwere Unglücksfälle haben sich auf dem Neubau des Kaffees der Landwertschaffers am Bahnhof Zoologischer Garten ereignet. Gestern mittag stürzte der Maurer Robert Herder, Weinbergstraße 25 in Bernau wohnhaft, vom vierten Stockwerk ab. Arbeitskollegen sprangen schleunigst hinzu und trugen den Verunglückten nach der Unfallstation am Zoologischen Garten, wo der Arzt schwere innere Verletzungen, eine Gehirnerschütterung und erhebliche Wunden am Kopf und Gesicht bei ihm feststellte. In hoffnungslosem Zustand wurde H. nach Anlegung von Notverbänden in das Krankenhaus Noabit eingeliefert.

Bei einem ähnlichen Unfall kam der Maurer Max Lebert, Schönholzer Straße 6, schwer zu Schaden. Er war ebenfalls auf dem Neubau des Offizierskaffees beschäftigt. Er hatte das Gerüst, vom zweiten Stockwerk während der Arbeit abgestürzt und sich einen Oberschenkelbruch, schwere Kopfverletzungen sowie erhebliche Quetschungen zuzuziehen. Er fand im Virchow-Krankenhaus Aufnahme.

Ein aufregender Unglücksfall hat sich am Sonnabend abend am Oranienplatz zugetragen. Der Arbeiter Albert Jarnow, Adalbertstraße 15 wohnhaft, war beim Ueberschreiten des Fahrdammes zwischen zwei Droschken geraten und in dem Bestreben, sich in Sicherheit zu bringen, geriet er gegen einen Omnibus der Linie 1. Er wurde ungerissen und unter die Räder geworfen, die ihn über den Unterleib hinweggingen. In beunruhigendem Zustand wurde J., der schwere Verletzungen davongetragen hatte, in das Krankenhaus am Urban eingeliefert.

Radrennen zu Treptow, 18. Oktober. Zum diesjährigen „Rehe- aus“ hatte die Leitung der Bahn ihre Betreuer noch einmal geladen, doch war infolge des kalten Wetters der Besuch nur ein mäßiger. Die gebotenen sportlichen Veranstaltungen waren gut. Das Hauptfahren über 1200 Meter (25, 15, 10, 5 M.) gewann H. Rabe vor Hamann, Sterba und Rottind. — Das Prämi- enfahren über 10 Kilometer (20, 10, 5, 5 M.) konnte Rabe gleichfalls auf sein Konto bringen; er ließ Schmittchen, Bied, Nicolaj und J. Stellbrink hinter sich. Die beiden Dauerfahrten über je 30 Kilometer wurden von dem Reichendorfer H. Schulze und dem Brandenburger G. Schadebrodt bestritten; beide lieferten sich scharfe Kämpfe. Der dritte Teilnehmer, der Berliner B. Wolf, konnte ihnen gegenüber nicht aufkommen; er eroberte in beiden Rennen weit zurück. Die Resultate der Rennen sind folgende: I. 30 Kilometer-Rennen mit Motorführung (350, 150, 100 M.) 1. Schulze in 24 Min. 36 1/2, 2. Schadebrodt, 1920 Meter; 3. Wolf, 2910 Meter zurück. Schadebrodt war anfangs infolge Madiadens zurückgeblieben. — II. 30 Kilometer-Rennen mit Motorführung. 1. Schadebrodt in 24 Min. 58 1/2, 2. Schulze 30 Minuten; 3. Wolf 3210 Meter zurück. Über dem Schadebrodt, nachdem er eben das Ziel passiert hatte, mißfiel seiner Führungsmaschine zu Fall; wobei er von dem folgenden Schmittchen stark überfahren. Schadebrodt erlitt einen Rippenbruch und eine Gehirnerschütterung, die seine Uebersetzung in ein Krankenhaus notwendig machten. Dort ist er gestern seinen Verletzungen erlegen.

Kadrennen in Steglitz. Bei trübem, kaltem Wetter, der den Aufenthalt im Freien zu keinem angenehmen machte, wurde vor gut besetztem Hause der „Große Herbstpreis“ ausgefahren. Guignard, Robl, Schippe, Stelbrink und Verdist stellten sich dem Starter. Der Franzose ging mit der Führung ab und legte ein Tempo vor, dem zunächst nur Robl standhielt. Stelbrink und Schippe fielen zurück, während Verdist, der Guignard stets auf dem Fersen war, in der 33. Runde durch Radwechsel aus dem Rennen kam. Guignard hatte nun freie Bahn und schickte sich zu einem Angriff auf Robl an, doch dieser ließ den Franzosen nicht heran. Inzwischen war Schippe herangeritten und bedrohte nun seinerseits die beiden Kämpfenden, fiel aber dem scharfen Tempo zum Opfer. In der 73. Runde erliefte Guignard Nachschaden und Robl wird Erster. Aber gleich danach schwinnt auch dieser und Stelbrink führt von der 78. Runde an und beendet in schöner Fahrt das lange Rennen. Guignard ist heute ganz von seiner Führung verlassen und fährt allein. Auch Robl fällt ab und nur Schippe und Verdist liefern sich Kämpfe. Schippe geht sogar in der 177. Runde an Stelbrink vorbei, kam aber weiteres Terrain nicht mehr zu machen. Das Ergebnis des Rennens ist: Großer Herbstpreis (4000, 3000, 2500, 2000, 1500 M.): 1. Stelbrink 1 Std. 39 Min. 40¹/₂ Sek.; 2. Schippe, 800 Meter; 3. Verdist, 3050 Meter; 4. Robl, 9400 Meter; 5. Guignard. Hauptfahren: 1. Peter, 2. Carapezzi, 3. Bettinger, 4. Krend. Vorgabefahren: 1. Pawke, 2. Sähmlich, 3. Keim. — 1. Conrad, 2. Tegloff, 3. Carapezzi. Tandem-Prämienfahren: 1. Wegener-Zadewald, 2. Conrad-Rothoff, 3. Nowal-Pawke.

Von den Vermissten des Ballons „Hergeseck“
ist bisher noch immer keine Nachricht eingegangen. Die Verführung, daß die beiden Luftschiffer, die sich in dem Ballon befanden, ihren Tod gefunden haben, wird immer mehr zur Gewißheit.

Feuerwehrrachrichten. Gestern früh um 5 Uhr erfolgte vom Schloß Bellevue aus ein Alarm der Feuerwehr. Am Spreebogen zwischen Schloß Bellevue und dem Großen Stern stand ein Automobil in Flammen. Um dieses zu löschen mußte die Wehr mit einer Schlauchleitung kräftig Wasser geben. Das Auto mußte fortgeschleppt werden. Etwas später mußte ein großer Küchenbrand in der Schornsteinstr. 15 gelöscht werden, der durch Unvorsichtigkeit entstanden war. Wegen eines Stallbrandes wurde der 9. Jung nach der Möckernstraße 104 alarmiert. Wohnungsbrände mußten in der Luisenstr. 21, Grünauer Str. 3 u. a. Stellen gelöscht werden. Zur Verhütung einer Gasexplosion wurde die Feuerwehr nach der Rosenthaler Str. 40 gerufen. Dort war aus einer undichten Gasleitung Gas ausgeströmt. Die Gefahr wurde beseitigt. In der Schreinerstr. 17 war Holzwohle in einer Automobilgarage in Brand geraten, wobei diese beschädigt wurde. Weiter Kleider u. a. wurden in der Lindowstr. 23 ein Raub der Flammen. Balken, Fußboden, Stößen und Kasten brannten Vintenstr. 21a. Ferner hatte die Feuerwehr in der Gohlfierstr. 16, Charlottenstr. 22, am Luisenufer 19, in der Kirchbachstr. 72, Leipziger Straße 75 und anderen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Ein „stilles“ Begräbniß.

Vor wenigen Tagen machte in Friedrichshagen ein vorzüglicher Einwohner, ein Herr Fritz Conze, aus irgend welchen Gründen seinem Leben selbst ein Ende. Die Familienangehörigen und die Braut des Verstorbenen hatten das Bedürfnis, zur Vererdigung einen Geistlichen zuzuziehen und wandten sich an den zuständigen Pfarrer. Durch das freiwillige Anscheiden aus dem Leben hatte der Verstorbene sich jedoch das Recht auf ein „eheliches“ Begräbniß verwirkt. Der Pfarrer, Diener der allbarmherzigen christlichen Kirche, mußte den schwergeprüften, trotz heilighen Angehörigen auf Grund des Kirchenreglements ein Begräbniß mit den üblichen kirchlichen Ehren versagen. Nur ein „stilles“ Begräbniß konnte der Prediger, gestützt auf die Kirchenvorschriften, in Aussicht stellen. Am Grabe kam es dann trotz des „stillen“ Begräbnisses zu recht erregten Szenen. Einem Gesangverein „Tanne“, dessen Mitglieder Freunde des Verstorbenen waren, wurde das Singen eines dem Zwecke entsprechenden Liedes verboten. Es läßt sich dagegen wenig einwenden, denn in der Friedrichshagener Friedhofsanordnung vom 14. Januar 1898 heißt es: „Es ist nicht statthaft, daß bei einer stillen Beerdigung geläutet oder auf dem Kirchhof gesungen wird oder Choräle gesungen werden.“ Wegen früherer Zeiten entschieden immer noch ein Fortschritt. Denn einstmal ließ die allgütige und gnadenreiche Kirche Selbstmörder wie Hunde hinter der Kirchhofsmauer verscharrten. Heute werden sie wie jeder „eheliche“ Christ, der hofft, dereinst in den Himmel zu kommen, in Reis- und Stroh mit den anderen Toten, wenn auch „still“ begraben. Eine „stille“ Beerdigung sollte es also sein. Nur einer war nicht still — und das war der Herr Pfarrer selbst. Der in seiner gewöhnlichen Kleidung — nicht in Amtströbe — erschienene Diener der Kirche konnte es sich nicht verlagern, am offenen Grabe angesichts der Trauergemeinde, angesichts der in Schmerz aufgelösten Angehörigen Worte herben Tadel auszusprechen. Ja, seine Unbilligkeit gegenüber dem Toten ging soweit, daß er als Priester der Religion der Liebe dem Toten den Segen verweigerte! Unter der Trauergemeinde, die zum überwiegenden Teil den bürgerlichen Parteien angehörte, machte sich infolge der eigenartigen Handlungsweise des Pfarrers eine lebhaftere Erregung bemerkbar. Ein jüdischer Leidtragender konnte mit Entrüstung an christliche Beirtrugende die vorwurfsvolle Frage richten: „Ist das eure christliche Nächstenliebe?“

Unserer Auffassung nach wird der ohne den Segen des Pfarrers Beerdigte ebenso wenig zur Hölle fahren als dereinst der wahrscheinlich mit allen kirchlichen Ehren zu Grabe getragene Priester in der Hölle braten wird. Der in christlicher Nächstenliebe einem Toten den Segen verweigende Pfarrer hat sicherlich nach seiner selbstherrlichen Überzeugung gehandelt. Er hat geglaubt, getreu den Lehren der kirchlichen Religion so handeln zu müssen. Ob nicht aber diejenigen, die eine derartige „stille“ Beerdigung mitgemacht haben, sich fragen, daß alles das, was sie in der Schule von einem allgütigen, allweisen und allbarmherzigen Gotte gelernt haben, mit den Handlungen des Vertreters dieses Gottes nicht übereinstimmt? Wo so trah Lehre und Handeln sich widersprechen, muß dem einzelnen die Erkenntnis aufdämmern, daß seine religiöse Überzeugung nicht mehr übereinstimmt mit den Lehren einer so unbilligen Kirche. Die Kirche und ihre Diener liefern den „Gottlosen“ unausgesetzt das beste Material zur Agitation für den Austritt aus der Kirche.

Charlottenburg.

Stadtverordneten-Rachwahlen.

Gestern fanden in Charlottenburg drei Rachwahlen in der dritten Wählerabteilung der Stadtverordneten-Versammlung statt, die durch die Ungültigkeitserklärung der sozialdemokratischen Stadtverordnetenmandate des 5. Bezirks (Flemming und Scharrnberg) sowie durch die Mandatniederlegung des Vertreters des 8. Bezirks, des liberalen Rentiers Plag, erforderlich geworden sind.

Bei der gestrigen Wahl erhielten im 5. Bezirk die liberalen Kandidaten Zimmermeister Vogdt 530, Generalinspektor Raab 529, die Unpolitischen Krüger und Wiese je 8,

Expediteur Scharrnberg (Soz.) 801, Genosse Ewald (Soz.) 800 Stimmen. Gewählt sind somit unsere Genossen Scharrnberg und Ewald.

Im 8. Bezirk wurden abgegeben für Rentier Max Bergmann (lib.) 419, für unsern Genossen Georg Udo 241 Stimmen. Gewählt ist somit Bergmann.

Am Sonntag, den 25. Oktober, vormittags 10 Uhr, veranstaltet der sozialdemokratische Wahlverein einen Lichtbilder-Vortrag im Theatersaal der Urania, Taubenstr. 48/49: „Ueber den Vörmier nach Venedig“. Vilettis einschließliche Garberode 75 Pf.

Infolge der starken Nachfrage nach den Vilettis werden solche von dieser Woche ab nur noch bei Müller, Kollhaus, Kofinenstraße 3, zu haben sein, außerdem werden die beiden Jahrestellen der freien Volksbühne in Wilmersdorf bei Käster, Lauenburger Straße 20, und in Schöneberg bei Sahl, Ebersstr. 11, eine beschränkte Anzahl zur Verfügung haben.

Schöneberg.

Biel Geschrei und wenig dahinter. So scheint es auch mit den Arbeiten der Untergrundbahn aufzugehen. Mit Hurra-Stimmung wurde der Bau beschlossen. In dem Saal dieser Stimmung wurde bereits am anderen Tage mit dem dazu scheinbar unvermeidlichen Pomp der erste Spatenstich vollzogen. Dann konnte man ein kleines Häuflein Arbeiter, ungefähr 8—10 Mann, dort den Erdboden anschaufeln sehen, bis auch diese Leute verschwanden. Dem ersten Spatenstich sind noch einige gefolgt und nun ist alles zu Ende. An einem anderen Teile der Straße sieht man ungefähr 20 Leute beschäftigt, die einen kolossalen Berg, den sogen. Mühlenberg, abtragen. Trotzdem dort mehr denn 100 Arbeiter schaffen könnten und die Zahl der Arbeitslosen eine beträchtliche ist, fällt es dem Unternehmer Alles, dem die Arbeiten auf dem Submissionswege, da er der billigste war, übertragen sind, nicht ein, arbeitslose Schöneberger einzustellen. Er beschäftigt ausschließlich Galizier, die erheblich billiger arbeiten, als selbst im Verträge vorgesehen. Es werden die Stunde 88 Pf. gezahlt, während die Arbeiter bei der Untergrundbahn 40 Pf. pro Stunde erhielten. Erst konnten die Gebäude, die auf dem Berge standen, gar nicht schnell genug abgebrochen werden. Es wohnen noch Leute im Hause, als das doch schon abgetragen wurde, und jetzt werden die Arbeiten im Schmelzgang ausgeführt. Der Magistrat ist zweifellos nicht frei von Schuld, wären die Arbeiten genügend vorbereitet und etwaige Hindernisse rechtzeitig beseitigt worden, dann müßten die Arbeiten unbedingt schneller vorwärts schreiten. Dieses Finanzziehen der sogenannten Notstandsarbeiten ist nicht recht zu verstehen.

Die sozialdemokratische Fraktion muß im Stadtparlament dafür Sorge tragen, daß die unleidlichen Zustände beseitigt werden.

Rixdorf.

Die Mitglieder des Wahlvereins und des Gewerkschaftskartells machen wir auf die vom Bildungsanstalt arrangierte Theater-Vorstellung aufmerksam. Zur Aufführung gelangt im Rixdorfer Theater, Bergstr. 147, am Sonntag, den 25. Oktober 1908, nachmittags 2¹/₂ Uhr, unter Leitung des Direktors Turl „Kater Lampe“, Komödie in vier Akten von Emil Rosenow. — Pünktliches Erscheinen ist unbedingt erforderlich. — Vilettis sind in den durch Plakate ersichtlichen Jahrestellen und in der Parteipublikation, Redakt. 2, zum Preise von 50 Pf. pro Person inkl. Garberode und Theaterzettel, die Einführungsgebühren zu dem Theaterstück selbst für 5 Pf. pro Heft zu erhalten. — Kindern unter zehn Jahren ist der Zutritt nicht gestattet. — Die Obliegenheiten werden ersucht, nicht verlaute Vilettis bis spätestens am Freitag, den 22. Oktober, in der Parteipublikation niederzulegen, andernfalls dieselben als verkauft in Berechnung gebracht werden.

Montag, den 26. Oktober, abends 8¹/₂ Uhr, findet bei Hoppe, Hermannstr. 49, der erste Vortrag des Genossen Max Ewald über „Wirtschaftliche Grundlagen“ statt. — Der Vortrag ist unentgeltlich. Eintrittskarten werden nur noch in beschränkter Anzahl am Eingang ausgegeben.

Achtung! Kronenstückenwahlen in Rixdorf. Die Wahl der Delegierten zur diesigen Ortskonferenz findet laut Bekanntmachung bereits am 1. November statt. Zu wählen sind 181 Arbeitnehmer. Wir erlauben nun die Funktionäre der Organisationen wie die Vertrauensleute aller in Frage kommenden Betriebe sofort die Kandidaten zu nominieren und deren Namen, Adresse und Arbeitgeber umgebend dem Obmann der Gewerkschaftskommission (Kartell) Heinrich Schulz, Janstr. 9, I, mitzuteilen. Nur die Betriebe und Organisationen können berücksichtigt werden, deren Mitteilungen bis spätestens Sonntag, den 25. Oktober, in unseren Händen. Wir erwarten, daß alles daran gesetzt wird, um die Kandidatenlisten in kürzester Zeit fertig stellen zu können. Die Gewerkschaftskommission.

Nieder-Schönhausen.

Schule und Haus. In der Gemeindeschule in der Widmorsstraße scheint eine ganz eigenartige Einteilung der Schulunterrichtsstunden zu herrschen. Wie uns mitgeteilt wird, fängt der Unterricht für die jetzt im Oktober eingeschulten sechs-jährigen Mädchen einmal um 8 Uhr morgens an und dauert bis 11 resp. 12 Uhr, ein andermal fängt der Unterricht vormittags um 11 Uhr an und die Kinder verlassen nachmittags um 3 Uhr die Schule.

Haben sich die für die Einteilung des Unterrichtsplanes Verantwortlichen nicht klar gemacht, welche ungeheure gesundheitliche Schädigung der Kinder eine derartige Verchiebung des Unterrichts mit sich bringt? Gerade in dem zweiten Kindesalter spielt doch die regelmäßige pünktliche eingenommene Mittagshälfte eine große Rolle für die Entwicklung des Menschen. In zweiter Linie wird aber auch das durchaus notwendige harmonische Verhältnis zwischen Schule und Haus wirklich nicht gefördert, wenn die Familien der Schule wegen mit den Mittagshälften sich an jedem Tage anders einrichten müssen.

Wir hoffen, daß die unerhörten Schulzustände schnell beseitigt werden.

Steglitz.

Durch einen Straßenbahnwagen niedergefahren und getötet wurde vorgestern abend die 62-jährige in der Schildhornstr. 72 wohnende Frau Wohlmann, als sie die Schloßstraße überqueren wollte. Die schwerverletzte Frau verstarb nicht die Annäherung eines Straßenbahnwagens der Linie P der Westlichen Berliner Vorortbahn und hörte auch nicht das Warnungssignal, das der Fahrer wiederholte gab. Mächtig betrat sie kaum einen halben Meter vor dem in voller Fahrt befindlichen Motowagen das unmittelbar neben dem Bürgersteig entlangführende Straßenbahngleis, wurde von der rechten Plattformende erfasst und mit voller Gewalt auf den Bürgersteig zurückgeschleudert. Frau Wohlmann lag mit solcher Gewalt mit dem Kopf auf das Pflaster auf, daß ihr die rechte Schädelseite vollständig zerschmettert wurde. Passanten brachten die Verunglückte nach ihrer in der Nähe befindlichen Wohnung, doch verstarb sie schon auf dem Wege dorthin.

Reinickendorf.

In der letzten Gemeinderatsversammlung wurde die Erwerbung eines zur Herstellung des Industrieabwasserkanals erforderlichen Geländes der Witwe Jiegler von circa 3¹/₂ Hektar zum Preise von 300 Mark per Quadratmeter beschlossen. Zur Behebung des einseitigen und schmutzigen Straßensandes soll die Einfriedigung der Vorgärten durch eine Polizeiverordnung geregelt werden. Derselbe bestimmt, daß bei Neubauten vor bebauten Grundstücken auf einem festen Unterbau ein mindestens 1 Meter hohes Eisengitter angebracht werden muß und hölzerne Einfriedigungen der polizeilichen Erlaubnis unterliegen sollen. Bezüglich der bereits im Prinzip angenommenen Errichtung einer Gemeindeparkasse wird auf Verlangen der Aufsichtsbehörde beschlossen, die für die ersten fünf bis zehn Jahre etwa erforderlichen Zuschüsse an sachlichen und persönlichen Verwaltungsausgaben aus laufenden Mitteln der

Gemeinde zu decken. Gelegentlich der letzten Wände hat sich herausgestellt, daß die mit Straßenbahngleise versehenen Straßen doppelte Anschläge von Wasserdruckrohren erhalten müssen und werden hierzu 28 000 Mark bereit gestellt. Die Arbeiten sollen in Angriff genommen werden. Da bei der zunehmenden Bebauung die Ausübung der Jagd-Berechtigungen zu einer Gefahr für die Einwohner zu werden droht, wurde beschlossen, die Gemeindegrenzen nicht mehr zu verpacken. Der sogenannte Schulweg zwischen Brodingstraße und Granatenstraße an dem Eisenbahngelände entlang soll reguliert werden.

Nach Erledigung der Tagesordnung gelangte ein Dringlichkeitsantrag unserer Genossen zur Verhandlung: „Die Gemeinde möge sich an der vom Berliner Magistrat beschlossenen Arbeitslosenzählung am 17. November dieses Jahres beteiligen.“ Mit seltener Einmütigkeit wurde die Zweckmäßigkeit, ja Notwendigkeit einer derartigen Zählung zugestanden. Meinungsverschiedenheiten herrschten nur darüber, nach welchem Modus die Zählung vorgenommen werden soll. Die Zählung nach Hauslisten vorzunehmen, wurde damit bekämpft, daß die Fragebogen nicht richtig ausgefüllt würden und die Kontrolle über die Arbeitslosigkeit eine mangelhafte sei. Es wurde deshalb das sogenannte Meldesystem angenommen und zwar wird die Zählung am 17. November d. J. in der alten Schule, Hauptstraße, vormittags von 9—12 Uhr für männliche und nachmittags von 1—3 Uhr für weibliche Arbeitslose durch 3 bis 4 Gemeindebeamte stattfinden. Die Zählung wie in Berlin durch Lehrer vornehmen zu lassen, wurde abgelehnt, doch wird versichert, daß alles vermieden werden soll, was den Beschäftigten hervorrufen könnte, es handele sich um eine Polizeimaßnahme. Die näheren Ausführungsbestimmungen, welche Fragen zu beantworten sind und dergl., werden noch bekannt gegeben werden.

Wahlsdorf a. d. Ostbahn.

Die Gemeindevorwahlen sind am heute, Dienstag, den 20. Oktober, nachmittags von 5—8 Uhr, anberaumt und wird der Wahlort im Lokale von Brandt, Bahnhofstraße, vollzogen. Für unsere Partei kandidiert der Genosse Oswald Schulmann. Um der Arbeiterschaft die notwendige Vertretung in der Gemeinde zu sichern, ist es notwendig, daß sämtliche Arbeiter sich an der Wahl beteiligen.

Nowawes.

Die Straßenbahn Potsdam-Nowawes ist nunmehr nach der am Sonntag erfolgten Abnahme dem öffentlichen Verkehr übergeben worden. Während bei der Eröffnung und der Probefahrt neben den direkt interessierten Vertretern der Potsdamer Stadterwaltung auch Leute zugegen waren, die mit der Verwaltung und dem Bau der Straßenbahn gar nichts zu tun haben, z. B. der Potsdamer Stadtkommandant, der Polizeipräsident, der Landgerichtspräsident, hatte man die Gemeindevorwahlen von Nowawes — mit Ausnahme des Gemeindevorstandes — nicht zu der Eröffnung eingeladen, obwohl diese Korporation doch die finanzielle Seite der Angelegenheit mitzuregeln hat. Welche Gründe man für diese Übergehung gehabt hat, wissen wir nicht; vielleicht fürchtet man, daß auch die sozialdemokratischen Gemeindevorordneten an der Eröffnung der Bahn teilnehmen würden, und da man einerseits den hochgeborenen Herrn Oberst v. Pisklow, v. Stark, v. Ehrenberg usw. nicht zuzumuten kann, mit sozialdemokratischen Gemeindevorwählern — die vielleicht aus leicht begreiflichen Gründen nicht einmal in Privatkleidung und weicher Binde erschienen wären — bei der Probefahrt in einem Straßenbahnwagen zu sitzen, andererseits es aber nicht angängig ist, nur die Sozialdemokraten von der Teilnahme auszuschließen, so blieb eben nur der Weg übrig, der Gemeindevorwahlen von dem Datum der Eröffnung der Strecke keine Kenntnis zu geben. Selbstverständlich sind unsere bürgerlichen Vertreter über diese Bräuterei ganz konterniert, — unsere Genossen nehmen die Verhältnisse mit der gebührenden Heiterkeit auf — aber sie werden sich schließlich damit zu trösten wissen, daß sie in der nächsten Gemeindevorwahlen die Kosten für die Ausschmückung der Straßen und öffentlichen Gebäude, die natürlich unbedingt zu diesem Ereignis nötig war, nachbewilligen dürfen. Weßhalb diese Sache übrigens in der nichtöffentlichen Sitzung, wie aus der Tagesordnung hervorgeht, verhandelt werden soll, ist vorläufig Geheimnis des Gemeindevorstandes; jedenfalls wird diese Geheimnisräuberi dem schärfsten Widerstand unserer Genossen begegnen.

Potsdam.

Stadterordnetenversammlung. Gleich der Anfang der Sitzung brachte eine für Potsdam ungehörte Ueberraschung. Da bei dem zum 1. April nächsten Jahres zu eröffnenden neuen Realgymnasium die Direktorenwohnung noch nicht fertig ist, hat der Magistrat, weil die jetzige Wohnung angeblich zu weit ist, in der Nähe des neuen Gebäudes eine Privatwohnung für 1400 Mark gemietet, die, trotzdem sie dem neuen Gebäude gegenüber liegt, mit Fernsprechanschluß versehen werden soll. Die Versammlung stimmte für die Dringlichkeit, lebte aber den Vorschlag ohne Debatte ab. Vergessen demüßten sich die Anhänger der Vorlage, eine Diskussion und eine nochmalige Abstimmung herbeizuführen. Für den Bräutigamempfang wurden 2000 Mark einstimmig bewilligt. — Die Zigarettenhändler haben eine Petition an Magistrat und Stadterordneten eingereicht, in der sie unter den längst bekannten Gründen vom völligen Ruin usw. bitten, sie von dem in Aussicht stehenden Rauchwarenverbot auszunehmen und als Extravergünstigung als alleinige Erben des Rauchwarenverbot zu gewähren. Sie hatten damit Glück. Da sie in ihrer Eingabe noch anführten, daß die Kultur- und Ladehändlerbewegung in Potsdam vom Deutsch-Rationalen Handlungsgesellen-Verband ausginge, war der liberale Stadtv. Friedländer als Referent dafür, daß man die Bitte „unserer Bürger im Kampfe um die Erziehung“ unterstützen müsse. — Seitens des Stadtv. Richter (Beamter des Rechnungsbüros) war beantragt, für die Bearbeitung des gesamten städtischen Kassen- und Rechnungswesens einen besonderen Rechnungsbeamten anzustellen und den Entwurf des Stadthausbauplans im Druck bereits im Anfang Januar jeden Jahres vorzulegen. Die Vorschläge sollen vorläufig in der Finanzkommission beraten werden. — Bei den Straßenpflasterungen für 1908 bringen verschiedene Stadterordnete spezielle Wünsche vor. Stadtv. Lehner schlägt die Kennstraße vor. Das Pflaster ist sehr schlecht, sogar ein königlicher Wagen ist hier schon zusammengebrochen! (Zuruf: Altersschwäche!) Das kann bei sol. Wagen nicht vorkommen. (Gelächter.) Ein Lehner muß es ja wissen! Bei dieser Gelegenheit fragte Stadtv. Oberlehrer Groll an, ob die Stadt Einfluss auf die Arbeitslöhne bei den Pflasterungen habe und wie es sich mit den vor kurzem gemeldeten Differenzen verhalte. (Die Steinseher waren mit den Meistern auf Grund des Tarifvertrages für Groß-Berlin in Differenzen wegen Benutzung des paritätischen Arbeitsnachweises, Neububen usw. geraten und legten die Arbeit nieder. Die Meister mühten nachher auch die Kosten, Lohn usw. zahlen. Obwohl davon in Kenntnis gesetzt, daß es sich um die Verteilung eines allgemein anerkannten Tarifes handelt, kommandierte man doch die städtischen (Regie-) Steinseher nach der gesperrten Arbeit, die diese allerdings strikte verweigerten. Die Folge war, daß sie entlassen wurden. Wir erwähnen diesen Fall so ausführlich, da G. Vorsitzender der Ortsgruppe des Reichsverbandes ist und nicht ausgeschlossen ist, daß hieraus bald wieder eine Schauerernte entsteht. (Der Stadtbaurat und der Oberbürgermeister gingen auf den Kern der Sache nicht ein, erzählten vielmehr etwas vom örtlichen Tagelohn und daß die Stadt für Arbeiter 55 Pf. und für Steinseher 90 oder 95 Pf. (ebenfalls an den Unternehmer) zahle. — Bei den Erinnerungen gegen Rechnungen aus dem Jahre 1906 wurde mitgeteilt, daß für die Begleitung der Gefänge bei den Fortbildungsschulungsdiensten, die in die gewöhnlichen Unterrichtsstunden fallen, noch eine besondere Entschädigung an den Stadtv. Rechenlehrer Schmed gezahlt wurde. Von den Rechnern beantragt, wird diese nun in Zukunft weggelassen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 20. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Das war ich, Sojagi.
Königl. Schauspielhaus. Die Jäger.
Deutsches. Um Sommernachtsraum.
Kammerstücke. Clavigo. (Anfang 8 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.
Neues Königl. Opernhaus. Paragarden-Schüler.
Veffing. Vater.
Berliner. Der Traum ein Leben.
Neues. Cavalleria rusticana.
I Carunara.
Neues Schauspielhaus. Das Brautpaar in Schwarz.
Kleines. Baby Frederick.
Königliche Oper. Manon Lescaut.
Hebbel. Der Hebbel.
Welsen. Ein Walzertraum.
Schiller u. Schiller-Theater. Ein Teufelskerl.

Schiller-Theater Charlottenburg. Julius Caesar.
Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Wilhelm Tell.
Thalia. Das Wirtinnachtmädchen.
Zuifen. Freiheit.
Bernhard Hoie. Das Käthchen von Heilbronn.
Bürgerl. Schauspielhaus. Der Müllersknecht.
Metropol. Eine lustige Spreewaldfahrt. Spezialitäten.
Metropol. Donnerwetter - tadellos.
Trianon. Die Liebe macht.
Kleines Theater. Die Tür ins Freie.
Neues Operetten-Theater SW. Die Dollarprinzessin.

Gebrüder Herrnsfeld. Die beiden Bindelbands!!!
Madame D'Ormeys Ballett-Ensemble.
Sextett. Reisers Original-Bauern-Ensemble.
Saraloff, Russen-Trio.
Lona Nanson, Vortrags-Meisterin.

Gebrüder Herrnsfeld. Die beiden Bindelbands!!!
Madame D'Ormeys Ballett-Ensemble.
Sextett. Reisers Original-Bauern-Ensemble.
Saraloff, Russen-Trio.
Lona Nanson, Vortrags-Meisterin.

Neues Theater 8 Uhr.
Recht's.
Kleines Theater. Mimi Aguglia.
Cavalleria rusticana (Bauerndrama).
I Carunara (Der Räuber).
Wiltmooh bis Freitag: Wahrheit.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Mittwoch 2 mal 2 = 5.
Donnerstag: 2 mal 2 = 5.
Freitag: 2 mal 2 = 5.

Theater des Westens.
Abendstück 8 Uhr:
Ein Walzertraum.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr zu beiden Seiten: Die lustige Witwe.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Dienstag, 20. Oktober, Anf. 8 Uhr:
Wilhelm Tell.
Mittwoch: Wilhelm Tell.
Donnerstag, Freitag: Die letzten Verwandten.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Traum ein Leben.
Morgen: Erotik. Erinnerungsfest.

Hebbel-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Bereite in 3 Akten von Leo Fall.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Freiheit.
Mittwoch Premiere: Eine tolle Nacht.
Donnerstag: Freiheit.
Freitag: Freiheit.
Sonabend nachm. 4 Uhr: Die sieben Raben. Abends: Hachsmann als Gelehrter.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Freiheit. Abends: Eine tolle Nacht.
Morgen: Eine tolle Nacht.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 19/20.
Abends 8 Uhr.
Der Montblanc.
Hörsaal 2 1/2 Uhr. Prof. Donath.
Akustik.
8 Uhr Prof. Sommerfeld: Gesundheitsgefahren und deren Bekämpfung.

Residenz-Theater.

— Direction: Richard Alexander. —
„Kümmere Dich um Amelie.“
Schwank in drei Akten (mit Bildern) von Georges Feydeau.
Morgen u. 10 1/2 Uhr. Kümmere Dich um Amelie.
Sonntag, 25. Okt., nachm. 3 Uhr: Haben Sie nichts zu verzeihen?

DERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Das Käthchen von Heilbronn.
Wochentagspreise.
Mittwoch nachm. 3 Uhr Schüler-Verstellung: Das Käthchen von Heilbronn. Abends: Herr Paragard.

Rixdorfer Theater.
Mittwoch, den 21. Oktober 1908:
Kater Lampe.
Komödie in 4 Akten v. E. Rosenow.
Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater
Täglich 8 Uhr:
Donnerwetter - tadellos!
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.

WINTERGARTEN

Neues Programm
Anne Danerey
Schwestern Merkel, Kontorsionist.
Tortola Valencia, spanische Tänzerin.
De Onzo Brothers, Flöschenspringer.
Die zwölf Tiller Girls, engl. Gesangs- und Tanzgruppe.
Philliparts, Diabolospieler.
Die drei Morrills, komische Radfahrer.
Agoust Familie, Jongleure.
Cliff Berzax, komischer Dressurakt.
Emma Francis, Exzentrik-Tänzerin mit ihren zwei Araberjungen.
Fuller's Serpentin-Tänzerin.
Biograph.

Apollo Theater

8.30 Heute 8.30
Premiere
unter persönlicher Leitung des Komponisten!
Eine lustige Spreewaldfahrt.
Büchlein von Alfred Schmasow.
Musik von Paul Lincke.
Vorher ab 8 Uhr: Das große Programm.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Lene Land
Paul Schneider-Duncker
und das großartige Oktober-Programm
14 neue Variété-Spezialitäten.

Passage-Panoptikum.

Der Mann mit dem eisernen Schlund!
Lahovary,
der Fürst der Fesselsprenger.
Ohne Extra-Entrée.
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Reichshallen-Theater

Täglich:
Stettiner Sänger
Meyast, Britton, Seidel, Horst, Schröder, Ebersberger, Bühlinger, Otto Schrader u. R. Schrader.
Anf. wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Reichshallen-Garten und Restaurant: Militär-Konzert.

Schiller-Theater.

O (Wagner-Identi.)
Dienstag abends 8 Uhr:
Ein Teufelskerl.
Historische Komödie in 5 Akten von Bernard Shaw.
Mittwoch abends 8 Uhr:
Der Familientag.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Ein Teufelskerl.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Julius Caesar.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von William Shakespeare.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Julius Caesar.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Der Graf von Charolais.

Zirkus Schumann.

Heute Dienstag, den 20. Oktober, abends präzis 7 1/2 Uhr:
Unter vielem anderen Eine hochinteressante Novität!
Zum erstenmal der Öffentlichkeit vorgeführt!
John der mehrfach prämierte Polzeihund
dressiert und vorgeführt von dem Polzeihund Bonel I (der Verbrecher wird dargestellt von Herrn Bonel II).
Muffa, afrikanisches Dromedar in der hohen Schule dressiert und geritten von Mr. Florio.
36 Original-Marokkaner. Dir. Alb. Schumanns neue und moderne Dressuren.

Berliner Eis-Palast

Lutherstraße 22/24. — Ständige Eisbahn.
Täglich bis 1. Mai 1909 von morgens 10 Uhr bis nachts 12 Uhr geöffnet. — Täglich: Großes Konzert.
Abends 9 und 10 Uhr: Auftreten erster Kunstläufer und -läuferinnen, u. a. P./: Nadja Franck.

Grand-Hotel-Festsäle
Am Alexanderplatz. — 8. Jahrlieh.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Wilh. Wolffs Hamburger Sänger.
Anfang Sonntags 7 Uhr, wochentags 8 Uhr.
Eintritt 30 Pfennig. 2161b*
Vorzugskarten haben wochentags Gültigkeit.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 4597L*
Amf 4, 3014.

Problem

Bestbewährte gesunde und magen-darmkränke
Küfeke
Nahrung für schwächliche, in der Entwicklung zurückgebliebene Kinder.

MANOLI Cigarettes

Abbas 3 Pfg. Chic 4 Pfg. Gibson Girl 5 Pfg.

Engelhardt-Malzbier

das beliebteste, überall käuflich.
Preis 10 Pf. pro Flasche. 2100L*
Branerei Ernst Engelhardt Nachf., Pankow.
Größte Malzbier-Brauerei Deutschlands.

XIV. Saison!
Zirkus Busch.
Dienstag, 20. Oktober 1908, abends präzis 7 1/2 Uhr:
Große Vorstellung.
Nur noch kurze Zeit. Um 9 Uhr ca.:
Mr. Houdini
Die Uessesms!
Reu! Reu! Reu!
Herrn Ernst Schumanns Neubrett.
Um ca. 10 Uhr:
Barbarossa!!
Dr. Original-Ausstattung, Pant. des Julius Busch in 6 Bildern.
Sonntag: Zwei Gasa-Vorst.

Bürgerliches Schauspielhaus
Kastanien-Allee 7-9.
Am Abonnement!
Der Militärstaat.
Lustspiel in 4 Akten von Kofler.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Der Gürtelbesitzer.
Mittwoch, 1. Nov.: Opernabend.

Gebrüder Herrnsfeld-Theater.
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57
Die beiden Bindelbands!!!
Komödie in 2 Akten von Anton und Donat Herrnsfeld.
Vorher:
Künstlerteil. u. a.:
Madame D'Ormeys Ballett-Ensemble.
Sextett. Reisers Original-Bauern-Ensemble.
Saraloff, Russen-Trio.
Lona Nanson, Vortrags-Meisterin.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Ott. Oranienstr. 10.
Der verlorene Sohn.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Donnerstag und Freitag: Der Flüchtling.
Sonabend große Extravortragsung.
Zum erstenmal: Frau Joos Kache.

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 48.
Größter und vornehmster Theater-saal Moabits.
Donnerstag, den 22. Oktober 1908:
Lorbeerbaum und Bettelstab.
Vollstück in 5 Akten.
Anf. d. Vorst. 8, Kassenschluss 7 Uhr.
Kongert 7 1/2 Uhr.
Vorverkauf v. 1-5 Uhr i. Theater-Restaurant.
Nach der Vorstellung: Ball.

Walhalla-Varieté-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Abends 8 Uhr:
Das neue gr. Oktober-Programm.
Im Tunnel: Regimentskapelle zc.
Theaterbesucher hab. freien Eintritt.

Palast-Theater
Burgstr. 24, 2. Min. v. Hof. Börse
Größtes
Spezialitäten-Theater Berlins
3000 Personen fassend! 3000!
Direktion: R. Mitan u. G. Ritter.
Antonie Gates.
Ycotha & Kapt. Grade
Ling Ling Comp.
und 12 Attraktionen.
Ungewöhnlicher und amüsanter Lustenthalt für Familienpublikum.
Entrée 2, 1.50, 1 M., 75, 50 Pf.
Vorzugskarten, halbe Preise, überall gratis.

Parodie-Theater
Dresdener Straße 97.
Heute:
Cavalleria-Rustikana und die unheimliche Burleske „Berlin steht Kopf“.
Anfang Sonntags wochentags 8 1/2 Uhr.

Thalia-Theater.
Amf IV 4440. Dreßdenerstr. 72/73.
Freitag, den 23. Oktober 1908, abends 8 Uhr:
Erstes Gastspiel vom
Alexander Girardi
zum Besten der Abgebrannten im Donauesschingen.
Zum ersten Male:
Bruder Straubinger.
Operette in 3 Akten von Edm. Eysler
Bruder Straubinger — Alex. Girardi.
Bühnen: Ein der Theateroffense, bei Beifall und dessen Bühnen und Verkaufsstellen u. im Anwaltsbureau.

Fröhels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 149.
Dienstag, den 20. Oktober 1908
Kaffier-Vorstellung.
Maria Stuart.
Trauerspiel in 5 Akten v. R. v. Schiller.

Folies Caprice.
Abends 8 Uhr:
Die lästige Witwe.
Die Brautschau.
Bunter Solo-Teil. U. a.:
Grünecker als Verteidiger.
Sonntags - Nachm. - Vorst. zu ermäßigten Preisen.

Casino-Theater
Lützowstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Das Oktober-Programm.
Glänzender Erfolg! Jubelnder Beifall!
Familie August Knoche.
August Knoche: Dir. Hans Berg.
Sonntag 4 Uhr: Reozengasse 8a.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72.
Täglich:
Spezialitäten-Vorstellung.
Franz Sobanski.
Emmy Lyon, Mr. Ferry, Les Ferrés, Mr. Boston u. Stella, Nanto Pohlmann, Eva Wagner, Anita u. Stefan Komaromy.

Der arme Cassimir. Schwank mit Gesang von Schmidt Halm.
Nach der Vorstellung:
Küto, Sonnab., Sonntag: Tanz.

Sanssouci, Kottbuser Str. 6.
Direktion Wilhelm Kömer.
Dreie Dienstag:
Theater-Abend.
Gastp. d. Berl. Schauspiel-Ensembles.
Zum ersten Male:
Lorbeerbaum u. Bettelstab
Schauspiel in 5 Akten.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Nordd. Sänger
Beg. Sonntags wochentags 8 1/2.

Gustav Behrens Theater.
Goltzstr. 6.
Gute Spreethener.
Vollstück mit Gesang und Tanz von Walther Gorkke.
Franz Heilig, Hausdiener: Dr. Gustav Behrens, Wilhelm Henschel, Arbeiter Regij. Bernd. Lange.
Außerdem die übrigen erstklassigen Spezialitäten.
Duskes Vitograph.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 8 1/2 Uhr.

Möbel Schulz
Reichenberger Str. 5.
Gediegene Arbeit.
Außerst billige Preise.
Tuch 45012*

Ratenzahlung.
Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzensir. 41, Moritzplatz,
10-2, 5-7 Sonntags 10-12, 2-4.

Reste
Damentuche, Leinwand u. farbige.
Kostüm-Stoffe, neueste Muster.
Seide, Sammet, Besätze, Futterstoffe, Cheviot-Kammgarne
zu Ansehen-Angebot
Konfektion:
Patetots, Jacketts, Staubmäntel,
Kostüme, Kostümröcke,
Zwei Gelegenheitskäufe!
Paul Karle,
Dresdenerstr. 18. 1*

Unserem ehemaligen Bezirksführer
Hugo Heindorf
nebst Frau
die herzlichsten Glückwünsche zur
Geburtstagsfeier.
Die Genossen und Genossinnen
des 317. Bezirks.

Unserem Freunde, dem braven
Parteigenossen
Ernst Menzel nebst Frau
zur Silbernen Hochzeit die
herzlichsten Glückwünsche bringen
Die Parteigenossen
des 499. Bezirks.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
2. Berliner Reichstagswahlkreis
(Bezirk 101).
Nachruf.
Am 12. Oktober verstarb unser
Mitglied, der Tischler
Max Röder.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.
211/19

Sozialdemokratisch. Wahlverein
des
6. Berliner Reichstagswahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am 17. Oktober verstarb unser
Mitglied, der Kaufmann
Leonhard Lehmann
Grünhaldenstraße 32.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 21. Oktober, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, vom Siedler-
Krankenhaus aus auf dem neuen
Friedhof, Pöppelstr., statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
230/7

Zentralverband deutscher
Brauereiarbeiter
Zweigverein Berlin. Sektion II.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass am 17. Oktober der Kollege,
Friedrich Stiller 44/3
Friedrich Stiller
(Brauerei Doppelb) an
Herzkrankheit verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung erfolgt am
Mittwoch, den 21. Oktober, nach-
mittags 3 Uhr auf dem Hixdorfer
Gemeindefriedhof, Mariendorfer
Weg.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Invaliden - Unterstützungskasse
der
Steindrucker und Lithographen.
Die Beerdigung des am 18. Ok-
tober verstorbenen Steindruckers
Gustav Brusendorf
findet am Mittwoch, den 21. Ok-
tober, nachmittags 4 1/2 Uhr von
der Leichenhalle des Siedlerman-
nischen Hofes Nordend aus statt.
Das Komitee.
230/6

Verband der Lithographen
und Steindrucker Deutschlands.
(Deutscher Siedler-Bund.)
(Filiale II) Chemigraphen.
Am 18. Oktober verstarb unser
Mitglied, der Drucker 291/18
Gustav Brusendorf
im 52. Lebensjahre an Herz-
schwäche.
Wir werden demselben ein
ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 21. Oktober, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Siedlermann-Hofes
in Nordend aus statt.
Um rege Beteiligung er-
sucht
Die Verwaltung.

Todes-Anzeige.
Sonnenabend früh 7 Uhr ver-
starb sanft nach langem schweren
Leiden mein innigst geliebter
Vater, unser guter Vater, der
Mechaniker 290/15
Adolf Metzkw
im 63. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet heute,
Dienstag, den 20. d. M., nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des St. Wäcker-Nikolaus-
Kirchhofes aus statt.
Um rege Beteiligung der Kollegen
bitte!
Berta Metzkw
geb. Nillesen nebst Kindern.
Foghorn, Simon-Dachstr. 37.

**Deutscher
Transportarbeiter - Verband.**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser treues Mitglied, der
Lagerarbeiter
Karl Schneider
am 17. d. M. im Alter von
39 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 21. d. M., nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle der Charité nach dem
Charité-Kirchhof, Müllerstr. 42/43
statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
71/15 Die Verwaltung II.

**Deutscher
Transportarbeiter - Verband.**
Verwaltung II.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Arbeiter
August Thieke
am 16. Oktober gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. d. M., nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Luisen-Kirchhofes in
Charlottenburg, Fürstendamm
Weg aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
71/14 Die Verwaltung II.

Dr. med. Karl Reinhardt Spezial-
ärztliche Institute für Haut-,
Harnleiden, Potsdamer Str. 117
(P. 12-2 und 7/8-9 abends)
Neanderstr. 12 (nahe Sannowbrücke
(7/10-11 und 7/8-9 Uhr). Voll-
kommenes kombinierendes Heil-
verfahren bei Krüppeln und veralteten
Nerven. Auslöser. Großküche über den
Bertl. sämtl. Abl. Heilmethoden in der-
schlossen. Kurei gratis u. postfrei.

Reste!
Damentuche, schwarz und farbig,
Costumes-Stoffe (neueste Muster,
zu jeder Saison), Astrachan,
Krimmer, Wollplüsch, Seidenplüsch,
Velours du Nord, Sammet, Seide,
Velvet etc. 4147L

Confektion
Paletots, Jackets, Costumes und
Costumes-Röcke in großer Auswahl.
C. Pelz, Kottbuser 5.
92/4

Carmen Sylva
Cigaretten
Beste Qualitäten

Ein Triumph
der
Zigaretten-Fabrikation!
Selowsky's
Caruso
Zigaretten
nur 3 Pf.
per Stück!

Reichel's echter
Wacholder-Extrakt Marke „Medico“
wird mit vielfältigem Erfolge gegen Rheumatismus, Gicht,
Zöchler, Gicht, Migräne, Magen- und Nierenleiden, Blasen-
und Nierenleiden, Gichtleiden, Asthma u. gebraucht, ist schmerz-
lösend auf Brust und Lunge, treibt Erkältungen aus dem Körper,
regt Appetit u. Verdauung an und ist ein Vortreibungs-
mittel (sonderbar). Unvergleichlich in seiner für alle Teile des Organismus
möglichen Wirkung. Tausende danken ihm ihre Gesundheit!
In Flaschen a 75 Pf., 1.50 und 2.50, große Flasche M. 6.-,
einzig echt von
Otto Reichel, Berlin 50. 43, F. W. K. K. K.
Eisenbahnstr. 4. IV. 4751, 4752, 4753.
Wo in den Drogerien und Apotheken nicht erhältlich, hier frei Haus.
Non verlanget aus-
drücklich Marke **Medico** andere Fälschungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Donnerstag, den 22. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Freyer,
Koppenstraße 29:
Vertrauensmänner - Versammlung
für sämtliche Branchen und Bezirke.
Tages-Ordnung: 1. Der Arbeitsnachweis und die Arbeits-
vermittlung. 2. Verbandsangelegenheiten.
Beratungsmännerliste und Mitgliedsbuch legitimieren.
Die Ortsverwaltung.

Küchenmöbelbranche.
Mittwoch, den 21. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,
im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27o:
Branchen - Versammlung.
Die Kollegen von Weichensee und Hixdorf sind hierzu besonders
eingeladen. — Mitgliedsbuch legitimieren.
92/3 Die Ortsverwaltung.

Verband der Portefeuller
Ordentl. General-Versammlung
Mittwoch, den 21. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal I.
Tages-Ordnung:
Geschäfts- und Kassendbericht, Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Bühnen- und pünktliches Erscheinen erwartet
100/14 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Kürschner-Verband
Filiale Berlin.
Bureau und Arbeitsnachweis: Barnim Straße 21, v. pl. Tel.: Amt VII 6789
Mittwoch, den 21. Oktober, abends 8 Uhr:
General - Versammlung
im „Alten Schützenhaus“, Linienstraße 5.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom II. und III. Quartal 1908. 2. Welche Be-
deutung haben die Vorgänge der letzten Jahre in
unseren Krankenkassen-Versammlungen? Referent: Kollege
A. Regge. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimieren!
Zahlreiches Erscheinen erwartet
102/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter - Verband.
Zahlstelle Rixdorf.
Donnerstag, den 22. Oktober, abends 8 Uhr:
General - Versammlung
bei Thiel, Bergstraße 161-162.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom dritten Quartal. 2. Vortrag des Gen. Brucks:
„Die sozialpolitische Bewegung“. 3. Verbandsangelegenheiten.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
92/4 Die Ortsverwaltung.

**Orts-Krankenkasse
der Nadler und Siebmacher.**
Sonnenabend, den 7. November,
abends 8 Uhr,
im Lokale von Wollschläger,
Abalderstr. 21:
**Ordentliche
General - Versammlung.**
Tages-Ordnung:
1. Wahl des Vorstandes (2 Arbeit-
geber, 2 Arbeitnehmer).
2. Vorlesung der Protokolle.
3. Wahl des Aufsichtsrates zur Prü-
fung der Rechnungen von 1908.
4. Antrag Berger und Volkow auf
Abänderung des § 14, Absatz 3.
5. Kassangelegenheiten.
Die Herren Arbeitgeber wählen um
8 Uhr, die Arbeitnehmer um 8 1/2 Uhr.
Nach Schluss der Wahlen findet zur
Erledigung der übrigen Punkte der
Tagesordnung eine gemeinschaftliche
Versammlung statt.
Berlin, 19. Oktober 1908.
Der Vorstand. 277/11
Robert Schmidt, Vorsitzender.

**Orts-Krankenkasse
Weichensee.**
Durch die am 1. Oktober er. ab-
geleitete Wahlzeit ist eine Neuwahl
sämtlicher Vertreter erforderlich.
Es sind zu wählen:
145 Arbeitnehmervertreter und
67 Arbeitgebervertreter.
Die Wahlen finden am
Mittwoch, den 28. Oktober er.,
abends von 6-10 Uhr,
im Restaurant „Präläten“,
hier, Reherstraße 122
statt und zwar wählen
die Arbeitnehmer von 6-8 Uhr und
die Arbeitgeber von 9-10 Uhr.
Wahlberechtigt und wählbar sind
nur diejenigen Kassamitglieder und
Arbeitgeber, welche großjährig und
im Besitz der bürgerlichen Ehren-
rechte sind. 277/68
Die Arbeitnehmer haben das
Quittungsbuch bei der Wahl vor-
zulegen. Die Arbeitgeber wollen sich
zum Zweck ihrer Legitimation eben-
falls mit einem Ausweise versehen.
Weichensee, den 8. Oktober 1908.
Der Vorstand
der Ortskrankenkasse für den
Gemeindebezirk Weichensee.
Fuhrmann, Vorsitzender.

Bruch - Pollmann
empfehlen in Vagen in Bruchbandagen,
Leibbinden, Geradhalter, Spritzen,
Suspensorien sowie sämtliche Artikel
zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt.
Viele i. Orts- u. Hilfs-Krankenkassen
Berlin N. 2483/4
jehz Gathringer Straße 60.
Alle Bruchbänder mit elastischen Ver-
loten, angenehm u. weich am Körper.

**Einholtspreis
für Damen und Herren
M. 12.50**



Welt über die deutschen Grenzen hinaus
erfreut sich der Salamander - Stiefel
in allen Kreisen der Gesellschaft
größer Beliebtheit. — Der Umsatz
der Salamander - Stiefel übertrifft den
aller anderen deutschen Schuhmarken.
Fordern Sie Musterbuch V.

SALAMANDER
BERLIN SCHUH-GES. M. B. H.

Centrale: W 8., Friedrichstr. 182
C., Kölnstr. 47
SW., Friedrichstr. 221
W., Potsdamerstr. 5
C., Rosenthalerstr. 1
W., Tauentzienstr. 15

**Allgemeine
Orts - Krankenkasse
für
Tempelhof.**
Den Herren Arbeitgebern und
Kassamitgliedern zur Kenntnis, daß
die durch Beschluß der außerordent-
lichen General - Versammlung vom
19. August 1908 beschlossene 12. Ab-
änderung des Statuts § 12, 13, 14,
25, 29, 30 und 41 die Genehmigung
des Bezirksausschusses erhalten hat
und am
19. Oktober 1908
in Kraft tritt.
§ 12.
Absatz 1 und 2 erhalten folgende
veränderte Fassung:
Für die Bemessung der Höhe des
Krankengeldes und der Beiträge
werden die Kassamitglieder in sechs
Klassen geteilt.
1. Klasse Mitglieder, deren Arbeits-
verdienst für den Arbeitstag
3,50 M. oder mehr beträgt.
2. Klasse Mitglieder, deren Arbeits-
verdienst für den Arbeitstag
3,00 M. bis 3,49 M. beträgt.
3. Klasse Mitglieder, deren Arbeits-
verdienst für den Arbeitstag
2,50 M. bis 2,99 M. beträgt.
4. Klasse Mitglieder, deren Arbeits-
verdienst für den Arbeitstag
2,00 M. bis 2,49 M. beträgt.
5. Klasse Mitglieder, deren Arbeits-
verdienst für den Arbeitstag
1,50 M. bis 1,99 M. beträgt.
6. Klasse Mitglieder, deren Arbeits-
verdienst für den Arbeitstag
weniger als 1,50 M. beträgt.
Der durchschnittliche Tageslohn ist
bis auf weiteres wie folgt festgesetzt:
Für die 1. Klasse auf 4,00 M.
" 2. " " 3,40
" 3. " " 2,80
" 4. " " 2,40
" 5. " " 1,90
" 6. " " 1,40
§ 13.
Im Absatz 1 Ziffer 3
ist in der 3. Zeile anstatt 4/7 zu
setzen — die Hälfte — alsdann treten
an die Stelle der alten, folgende neue
Sätze:
Für die Mitglieder der 1. Klasse 2,00 M.
" 2. " " 1,70
" 3. " " 1,40
" 4. " " 1,20
" 5. " " 0,95
" 6. " " 0,70
Unter Absatz 2 ist folgender Absatz 3
einzufügen:
Mitgliedern, welche der Kasse vor
ihrer Erkrankung ununterbrochen 20
Wochen angehört haben, gewährt die
Kasse auf ärztliche Verordnung und
nach näher vom Vorstande zu treffender
Regelung zu den Heilmitteln wie
Stützstäbe, Beinbänder, Geradhalter,
Leibbinden, Gummikrümpfe und Er-
schütterer von Nähen, wenn diese zur
Erhaltung und Wiederherstellung der
Gesundheit erforderlich sind, eine ein-
malige Beihilfe bis zu 40 M. Die
Beschaffung dieser Heilmittel erfolgt
durch die Kasse.

§ 14.
Im Absatz 4 ist anstatt 10 W. zu
setzen: sofern sie der 1. Mitglieder-
klasse angehören 20 W., alle übrigen
Klassen 10 W.
§ 20. Absatz 1
ist zu setzen: hebend und wanzigfachen
anstatt dreifachen.
§ 29. Absatz 1
sind zu streichen die Worte: im
3/4, fachen Beträge des Wochen-
beitrages. An die Stelle der alten
Sätze treten folgende neue:
in Klasse 1 . . . 2,50 M.
" 2 . . . 2,00
" 3 . . . 1,70
" 4 . . . 1,50
" 5 . . . 1,25
" 6 . . . 0,84

§ 30.
Ziffer 1 und 2 erhalten folgende
Fassung:
Die wöchentlichen Kostenbeiträge
werden auf 3/4, Proz. des durch-
schnittlichen Tageslohnes festgesetzt:
sie betragen in Klasse 1 87 Pf.
" 2 75
" 3 63
" 4 51
" 5 43
" 6 30

§ 41.
Die Mitglieder des Vorstandes
föhren ihr Amt als Ehrenamt un-
entgeltlich, erhalten aber für jede
Vorstandssitzung, an der sie teil-
nehmen, 1,25 M. und für den durch
Vornahme besonderer Dienst-
geschäfte im Interesse der Kasse ihnen
erwachsenen Zeitaufwand und en-
gehenden Arbeitsverdienst eine en-
sprechende Entschädigung.
Tempelhof, den 19. August 1908.

Der Vorstand
der Allgemeinen Orts-Krankenkasse
für Tempelhof.
geg.: Filleg. Weicha. Weid. Kämpel.
Genehmigt.
Goldham, den 25. September 1908.
Ratens des Bezirks-Ausschusses.
Der Vorsitzende.
L. S. In Vertretung:
Joachim.
L. P. 4291. B. 10054. 277/12

**Zentralkrankenkasse
der Maurer.**
Zahlstelle Weichensee.
Dienstag, den 20. Oktober 1908,
abends 8 Uhr:
Versammlung
bei Schäfer.
Tagesordnung: Abrechnung vom
3. Quartal. Verschiedenes. 149/16
Der Vorstand.

Diese drei Schlagworte
charakterisieren am besten die Wirkung der
Haemacolade!
Vielversucht und bewährt.
HAEMACOLADE ist in Apotheken, Drogerien, Konfekte-
r- und Kolonialwaren-Geschäften etc. erhältlich.

**Appetitanregend!
Körper - Kraft - hebend!
Nervenstärkend!**

Responsible Editor: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

Soziales.

Zur Rechtfertigung der ausländischen Arbeiter.

Kürzlich berichteten wir über die Ausweisung 15 österreichisch-ungarischer Arbeiter aus Preußen, deren Verbrechen darin bestand, daß sie es abgesehen haben, auf dem v. Poddieles'schen Gute für den Herbst Kartoffeln von 70-80 Pfund, für den sie ihres Ertrags 11 Pf. zu beanspruchen hatten, für nur 6 Pf. zu füllen. In der „Deutschen Tageszeitung“, der „Kreuz-Zeitung“, der „Post“, dem „Reichsboten“, der „Freisinnigen Zeitung“ und diesen konservativ-liberalen Organen verwandten Blättern, die über jeden angeblichen Vertragsbruch von Arbeitern zeteren, haben wir vergebens nach einer Mitteilung über die Prämien für den Vertragsbruch des Arbeitgebers auch auf dem v. Poddieles'schen Gute gesucht. Zu der Sache selbst erfahren wir, daß drei der armen ländlichen Arbeiter in der Tat über die Grenze transportiert sind, während 12, die in ihrer Verweisung sich bereit erklärten, mit sechs Pfennigen pro Kiste vorlieb zu nehmen, nach Dalmien zurückgeführt sind.

Daß auch für die industriellen ausländischen Arbeiter nicht minder wie für die ländlichen Ausweisung an Stelle des

Rechts tritt, zeigt folgendes Vorkommnis aus Wilhelmshaven. Dort läßt die hannoversche Tiefbaufirma Ludwig Lange umfangreiche Kanalisationsarbeiten ausführen, zu denen sie zahlreiche ausländische Arbeiter herangezogen hat. Am 1. Oktober kam es zwischen einem Trupp kroatischer Arbeiter und der genannten Firma über die Dauer des abgeschlossenen Kontraktes zu Auseinandersetzungen. Während die ersteren behaupteten, daß mit dem 1. Oktober ihr Kontrakt abgelaufen sei, behauptete letztere, daß derselbe bis zum 1. Dezember 1908 gälte. Das Arbeiterssekretariat wies, an das sich die Ausländer wandten, setzte sich mit der Firma in Verbindung und erhielt daraufhin folgende Antwort:

An das Arbeiterssekretariat Vant i. D.

Ich empfang Ihren Brief vom 10. cr. und teile Ihnen bezüglich der Arbeiter Winterstein und Genossen mit, daß sich diese Leute durch das Grenzamt Rattowitz durch Namensunterzeichnung bis zum 1. Dezember 1908 verpflichtet haben. Um nicht schuldgeben, habe ich am Freitag diesbezüglich nochmals an das Grenzamt telegraphiert und teile mit, daß der Vertrag bis 1. Dezember 1908 lautete und die Arbeiter hieron genau unterrichtet seien.

Ich bin nach dem Vertrage berechtigt, meine Auslagen für Reise usw. (pro Kopf circa 30 M.) bis zum Vertrage von 6 M. bei

jeder Lohnzahlung vom Lohne zu kürzen und darf den gefürzten Betrag einbehalten, falls die Leute die Arbeit vor dem 1. Dezember verlassen. Ich empfehle den Leuten nur, die Arbeit unverzüglich wieder aufzunehmen, andernfalls ich für sofortige Ausweisung dieser Arbeiter Schritte unternehmen werde.

Geschäftend

p. Ludwig Lange (Name unleserlich.)

Ob die Behauptung der Arbeiter oder die des Grenzamtes, daß als Vermittlungsbureau tätig ist, zutrifft, wollen wir unentschieden lassen. Es zeigt aber dieser Fall wieder, 1. daß trotz der großen Arbeitslosigkeit dem von uns niedriger gehängten ministeriellen Gesetze entsprechend ausschließlich vorwiegend ausländische Arbeiter bei den Arbeiten, die aus Staatsmitteln geleistet werden, beschäftigt werden und 2., daß dieses „patriotische“ Vorgehen deshalb Anwendung findet, weil die Unternehmer zu der Annahme Grund haben, daß die preussischen Behörden entgegen den Staatsverträgen ausländische Arbeiter ausweisen, die — vielleicht mit Unrecht — glauben, nach dem Vertrage und dem Gesetz mehr Rechte zu haben, als der Unternehmer ihnen zubilligen will.

Advertisement for JOSETTI VERA m. Mundstück CIGARETTEN. Text: Um vielseitigen Wünschen Rechnung zu tragen, werden die allgemein beliebten VERA-CIGARETTEN ebenfalls auch mit Mundstück hergestellt. Includes illustration of people smoking.

Advertisement for Eisen ins Blut. Text: Bei Blutarmut Eisen ins Blut tut gut! Tausende wurden gesund. Includes illustration of a person holding a bottle.

Advertisement for Wen's Juckt. Text: Wen's Juckt, wer durch Hautläsionen zur Verzweiflung gebracht wird. Includes illustration of a person scratching their head.

Advertisement for Eigenheim Möbel- und Polsterwaren-Magazin. Text: Möbel- und Polsterwaren-Magazin verkauft in seinen 15 großen Ausstellungs-Räumen. Berlin SW, Kochstr. 75.

Advertisement for Urbin Bester Schuh-Putz. Text: Ich hab's Urbin Bester Schuh-Putz. In Dosen zu 10, 20 und 25 Pf. überall erhältlich.

Advertisement for Bettfedern. Text: Deutschlands größtes Spezialgeschäft für Bettfedern. Gustav Lustig, BERLIN S. 390 Prinzenstr. 48.

Advertisement for Sonnenschein's Maß-Atelier. Text: Kein Zwang zur Abnahme! 2 Preise Anzüge und Paletots nach Maß aus englischen und Ia. deutschen Stoffen.

Advertisement for Hygienische Herren-Garderoben. Text: Hygienische Herren-Garderoben. Eine Mark. Anfertigung nach Mass.

Advertisement for Herzenswunsch. Text: Herzenswunsch. Steckenpferd - Lilienmilch - Seife. von Bergmann & Co., Radebeul-Dresden.

Heute Dienstag, 20. Oktober, 8 1/2 Uhr abends,

in den Lokalen:

Germania-Säle, Chausseestraße 110
Ballschmieders Salon, Badstraße 16
Moabiter Gesellschaftshaus,
Wickeffstraße 24

Brauerei Friedrichshain (Lipps)
Am Königstor
Gewerkschaftshaus, Engelufer 15
Bock-Brauerei, Tempelhofer Berg.

Tages-Ordnung:

„Der preussische Landtag“.

Referenten: Die Landtagsabgeordneten Borgmann, Heimann, Hirsch, Hoffmann, Leinert und Ströbel.

Freie Diskussion.

Erscheint in Massen und agitiert für den Besuch der Versammlungen.

Für die Einberufer: Eugen Ernst, Wöhlertstr. 9.

1205/19*

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

5.00 prachtvolle Betten, 9.00 Samendbetten, nur Handliche Andreadstraße achtunddreißig. 12973*
Landsbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweifachrig 18.00, große Laten 1.00, Aussteuer, Damast-Bezüge, Tischdecken, Gardinen, Portieren, Steppdecken, Handliche Andreadstraße achtunddreißig. 12988*

Metallbetten, Kinder, Erwachsene 7.00, Andreadstraße 53. 12938*
Drehstuhl (Teilzahlung) Berlin. Dreihöcker-Fabrik, Wagnmannstraße neunundzwanzig. 12673*
Hundsbüchereihaus mit Brunnenstraße 58, Gebäude Straßunderstraße. Großartige Bezugsliste, (postbillig) bodenelegante Winterpaletots, Gedruckt-angänge, Padellangänge, großer Plüschverkauf, Bettencoverlauf, Wäschereiverlauf, Steppdecken, Plüschdecken, wunderbare Teppichauswahl. Enorm billiger Ueberverkauf, Kellnerverkauf, Schmuckladen, Großteil ganzen Tag, auch Sonntags. 12449*

Steppdecken, Wolllas und Emillide 3.25, 3.85, 4.35, 5.00, 5.75. *
Portieren, Violettblau, 2 Ebenen, 1 Lambrequin in allen Farben 3.25, 3.85, 4.75, 5.50, 6.75. Große Frankfurterstraße 125. 13228*
Wäsche und Tuchdecken mit feinen Stickereien. Riesenauswahl. 1.65, 1.95, 2.50, 3.50, 4.85, 6.50, 7.25.
Tischdecken in weiß und creme 1.65, 2.25, 2.75, 3.25, 4.50. 13248*
Englische Tüllgardinen, Meter 85, 40, 45, 50, 60, 75 Pfennige. 13258*

Auf Teilzahlung, Möbelleinrichtung, Stube und Küche, Anzahlung 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke 3 Mark. Verliehen gewasene Möbel postbillig. „Verollina“, Kottbuserallee 49. 20755*
Billige Möbel aus Bestenmaterialien. Ausföhrungen, Schränke, Vertikob, Tischensätze 45. - Büfette, Schreib- tische 35. - Sägerschränke 58. - Bier- zugschle 68. - Ledermöbel 12. - Trumeaus 80. - Vertikalen, Tische, Garnituren, bunte Küchen 55. - enorm große Auswahl kompletter Einrichtungen jeder Stilart, billiger als überall. Alles Gelegenheitskäufe. Venners Möbelspeicher, Postamtstraße 55. 12705*

Krautstraße 50 Möbel, Spiegel, Postkarten wegen Aufgabe Möbel- speichers bis Sonntagabend Ausverkauf. Wer diese Woche kauft, spart Geld. Beschäftigung ohne Kaufzwang. 22995*
Fahräder.
Fahrräder, Grammophon, Teil- zahlungen, ohne Anzahlung, Post- ringerstraße 40. 6748*
Herrenfahrrad, Damenfahrrad wie neu, 45.00, Holz, Blumen- straße 36b. 9772*

Zimmer.
Teilnehmer an einem möblierten Zimmer sucht Frau Jacoby, Wickeff- straße 10, vorn II. 22145*
Leere Stube oder Schlafstelle ver- mietet Witwe Kroll, Döbenerstraße 41, hinter Seitenflügel IV. 12928
Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle Blumen- straße 58, vorn III, Dahlstr. 164
Mietsgesuche.
Zimmer, Kellner, bei Parteigenossen gesucht, Moritzplatz, Kreuzberg. Preis- anfrage ohne Kosten. „Ausländer“ Postamt 66. 22935
Zwei Herren suchen bis 1. No- vember Schlafstelle, wenn möglich separat, im dritten Bezirk. Offerten mit Preis unter A. H. 20 an Post- amt 68. 22815

Wäschereiverkauf! In allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Gabelstr. Markt 4, Bahnhofstr. 264/11*
Gastronen, Petroleumkochen ohne Anzahlung, Woche 1.00, Riesenlager. Louis Böttcher (selbst): Betriebsleitung Bogdamerstraße 82 (Bahnverbin- dung Charlottenstraße), Postdamer- straße 81, Schönhauser Allee 79, Bad- straße 86, Rigdort, Kaiser Friedrich- straße 247.
Steppdecken postbillig, Fabrik Große Frankfurterstr. 50/51. 29938*

Wäsche- und Tuchdecken mit feinen Stickereien. Riesenauswahl. 1.65, 1.95, 2.50, 3.50, 4.85, 6.50, 7.25.
Tischdecken in weiß und creme 1.65, 2.25, 2.75, 3.25, 4.50. 13248*
Englische Tüllgardinen, Meter 85, 40, 45, 50, 60, 75 Pfennige. 13258*
Abgeschabte Gardinen und Stores 1.65, 2.25, 2.85, 3.65, 4.35, 5.25. G. Weidenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 13208*

Wästel, S. Grau, Ouelenau- straße 10, billigste und beste Bezugs- quelle. Kassa und Teilzahlung. *
Möbelangebot. Im Anhalter Bahnhof gegenüber, direkt Hochbahn- station Möberräume, haben verlei- hene Einrichtungen zum Verkauf. Darunter befinden sich modernste Schlafzimmer, Speisezimmer, Herren- zimmer, auch einzelne Salongarni- turen, Bancellos, Büfettische, An- schreibschänke, Kuchenschütze, Bron- zeskulpturen, Delgemälde, Schreib- tische 28.00, Ruhebetten mit prachtvoller Divandede 22.50, wunderschöne Es- sentrumeeus 30.00, hochgelagerte Salontische, schon 14.00 bis zu allergrößten Saalteppichen, aller- liebste Jammerteppiche 8.00, reich- gestickte Uebergardinen, Spangelfächer, Tüllgardinen, Steppdecken, Salon- bücher, Standuhren, prachtvolle Tisch- decken 5.00. Verschiedene Gelegen- heiten, Uebernahme postbilligsten Warenlager, Wirtschaften, Konfir- mationen, Kochtische zum schnellen Ver- kauf und Verheuerung. Otto Hübels Auctions- und Möbelspeicher, Wöden- straße 25, Kottbuser Transport- Lagerung. 11468*

Wästel, große Auswahl Gelegen- heitskäufe: Kleiderbüchse 19.00, Postkassettens 11.00, Küchenschänke 18.00, Studieruhr 61.50, Mahagonimöbel fast am Lager, Büfettis, Schreibschänke 32.00, Sch- nungseinrichtung 158.00, Kottbuser Allee 56, Möbelspeicher. 12114*
Widwittenschaftler liefert reiche Wohnungseinrichtungen, Schlaf- zimmer, bunte Küchen, Kuchensch- nung, kein Laden, nur Fabrik- gebäude. Auch Sonntags. Harnack, Wilmersmeister, Stallweidenstraße 57, am Moritzplatz. Genossen 3 Prozent.

Wästel, große Auswahl Gelegen- heitskäufe: Kleiderbüchse 19.00, Postkassettens 11.00, Küchenschänke 18.00, Studieruhr 61.50, Mahagonimöbel fast am Lager, Büfettis, Schreibschänke 32.00, Sch- nungseinrichtung 158.00, Kottbuser Allee 56, Möbelspeicher. 12114*
Widwittenschaftler liefert reiche Wohnungseinrichtungen, Schlaf- zimmer, bunte Küchen, Kuchensch- nung, kein Laden, nur Fabrik- gebäude. Auch Sonntags. Harnack, Wilmersmeister, Stallweidenstraße 57, am Moritzplatz. Genossen 3 Prozent.

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Gesangvereine. Da ich einen Abend frei habe, würde ich gern noch einen größeren freibaren Chor an- nehmen. Ernst Vahl, Gesanglehrer, Kirchhofstraße 67 I. 12966
Stellenangebote.
Rebenverbleib für jedermann, Kostlos kostenlos. D. Wolf, Juiden, Kirchstraße 80. 12424
Handreinigung zu vergeben Götlicherstraße 70 vorn II. 12920
Goldschmiedgründer, der Eisen zu machen versteht, verlangt Max Leonhard, Weigensee, Ledderstraße 89.
Verfälscher, der auch farblich macht, verlangt Alexanderstraße 93/94.
Marmorsteiner verlangt Aufamerstraße 10. 22985
Räherin gesucht, Bäckerin Weigen- see, Langhausstraße 4. 12929
Tändelschürzen - Arbeiterin im Hause verlangt Witzhuhn, Oeliden- straße 46. 12933
Belegerin für Goldschmied Jüden- dorf, Sanderstraße 28, Rigdort.
Votensfrauen, finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung. Rigdort, Berlinerstraße 41. 9113

Wäschereiverkauf! In allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Gabelstr. Markt 4, Bahnhofstr. 264/11*
Gastronen, Petroleumkochen ohne Anzahlung, Woche 1.00, Riesenlager. Louis Böttcher (selbst): Betriebsleitung Bogdamerstraße 82 (Bahnverbin- dung Charlottenstraße), Postdamer- straße 81, Schönhauser Allee 79, Bad- straße 86, Rigdort, Kaiser Friedrich- straße 247.
Steppdecken postbillig, Fabrik Große Frankfurterstr. 50/51. 29938*

Wäsche- und Tuchdecken mit feinen Stickereien. Riesenauswahl. 1.65, 1.95, 2.50, 3.50, 4.85, 6.50, 7.25.
Tischdecken in weiß und creme 1.65, 2.25, 2.75, 3.25, 4.50. 13248*
Englische Tüllgardinen, Meter 85, 40, 45, 50, 60, 75 Pfennige. 13258*
Abgeschabte Gardinen und Stores 1.65, 2.25, 2.85, 3.65, 4.35, 5.25. G. Weidenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 13208*

Wästel, S. Grau, Ouelenau- straße 10, billigste und beste Bezugs- quelle. Kassa und Teilzahlung. *
Möbelangebot. Im Anhalter Bahnhof gegenüber, direkt Hochbahn- station Möberräume, haben verlei- hene Einrichtungen zum Verkauf. Darunter befinden sich modernste Schlafzimmer, Speisezimmer, Herren- zimmer, auch einzelne Salongarni- turen, Bancellos, Büfettische, An- schreibschänke, Kuchenschütze, Bron- zeskulpturen, Delgemälde, Schreib- tische 28.00, Ruhebetten mit prachtvoller Divandede 22.50, wunderschöne Es- sentrumeeus 30.00, hochgelagerte Salontische, schon 14.00 bis zu allergrößten Saalteppichen, aller- liebste Jammerteppiche 8.00, reich- gestickte Uebergardinen, Spangelfächer, Tüllgardinen, Steppdecken, Salon- bücher, Standuhren, prachtvolle Tisch- decken 5.00. Verschiedene Gelegen- heiten, Uebernahme postbilligsten Warenlager, Wirtschaften, Konfir- mationen, Kochtische zum schnellen Ver- kauf und Verheuerung. Otto Hübels Auctions- und Möbelspeicher, Wöden- straße 25, Kottbuser Transport- Lagerung. 11468*

Wästel, große Auswahl Gelegen- heitskäufe: Kleiderbüchse 19.00, Postkassettens 11.00, Küchenschänke 18.00, Studieruhr 61.50, Mahagonimöbel fast am Lager, Büfettis, Schreibschänke 32.00, Sch- nungseinrichtung 158.00, Kottbuser Allee 56, Möbelspeicher. 12114*
Widwittenschaftler liefert reiche Wohnungseinrichtungen, Schlaf- zimmer, bunte Küchen, Kuchensch- nung, kein Laden, nur Fabrik- gebäude. Auch Sonntags. Harnack, Wilmersmeister, Stallweidenstraße 57, am Moritzplatz. Genossen 3 Prozent.

Wästel, große Auswahl Gelegen- heitskäufe: Kleiderbüchse 19.00, Postkassettens 11.00, Küchenschänke 18.00, Studieruhr 61.50, Mahagonimöbel fast am Lager, Büfettis, Schreibschänke 32.00, Sch- nungseinrichtung 158.00, Kottbuser Allee 56, Möbelspeicher. 12114*
Widwittenschaftler liefert reiche Wohnungseinrichtungen, Schlaf- zimmer, bunte Küchen, Kuchensch- nung, kein Laden, nur Fabrik- gebäude. Auch Sonntags. Harnack, Wilmersmeister, Stallweidenstraße 57, am Moritzplatz. Genossen 3 Prozent.

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Gesangvereine. Da ich einen Abend frei habe, würde ich gern noch einen größeren freibaren Chor an- nehmen. Ernst Vahl, Gesanglehrer, Kirchhofstraße 67 I. 12966
Stellenangebote.
Rebenverbleib für jedermann, Kostlos kostenlos. D. Wolf, Juiden, Kirchstraße 80. 12424
Handreinigung zu vergeben Götlicherstraße 70 vorn II. 12920
Goldschmiedgründer, der Eisen zu machen versteht, verlangt Max Leonhard, Weigensee, Ledderstraße 89.
Verfälscher, der auch farblich macht, verlangt Alexanderstraße 93/94.
Marmorsteiner verlangt Aufamerstraße 10. 22985
Räherin gesucht, Bäckerin Weigen- see, Langhausstraße 4. 12929
Tändelschürzen - Arbeiterin im Hause verlangt Witzhuhn, Oeliden- straße 46. 12933
Belegerin für Goldschmied Jüden- dorf, Sanderstraße 28, Rigdort.
Votensfrauen, finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung. Rigdort, Berlinerstraße 41. 9113

Wäschereiverkauf! In allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Gabelstr. Markt 4, Bahnhofstr. 264/11*
Gastronen, Petroleumkochen ohne Anzahlung, Woche 1.00, Riesenlager. Louis Böttcher (selbst): Betriebsleitung Bogdamerstraße 82 (Bahnverbin- dung Charlottenstraße), Postdamer- straße 81, Schönhauser Allee 79, Bad- straße 86, Rigdort, Kaiser Friedrich- straße 247.
Steppdecken postbillig, Fabrik Große Frankfurterstr. 50/51. 29938*

Wäsche- und Tuchdecken mit feinen Stickereien. Riesenauswahl. 1.65, 1.95, 2.50, 3.50, 4.85, 6.50, 7.25.
Tischdecken in weiß und creme 1.65, 2.25, 2.75, 3.25, 4.50. 13248*
Englische Tüllgardinen, Meter 85, 40, 45, 50, 60, 75 Pfennige. 13258*
Abgeschabte Gardinen und Stores 1.65, 2.25, 2.85, 3.65, 4.35, 5.25. G. Weidenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 13208*

Wästel, S. Grau, Ouelenau- straße 10, billigste und beste Bezugs- quelle. Kassa und Teilzahlung. *
Möbelangebot. Im Anhalter Bahnhof gegenüber, direkt Hochbahn- station Möberräume, haben verlei- hene Einrichtungen zum Verkauf. Darunter befinden sich modernste Schlafzimmer, Speisezimmer, Herren- zimmer, auch einzelne Salongarni- turen, Bancellos, Büfettische, An- schreibschänke, Kuchenschütze, Bron- zeskulpturen, Delgemälde, Schreib- tische 28.00, Ruhebetten mit prachtvoller Divandede 22.50, wunderschöne Es- sentrumeeus 30.00, hochgelagerte Salontische, schon 14.00 bis zu allergrößten Saalteppichen, aller- liebste Jammerteppiche 8.00, reich- gestickte Uebergardinen, Spangelfächer, Tüllgardinen, Steppdecken, Salon- bücher, Standuhren, prachtvolle Tisch- decken 5.00. Verschiedene Gelegen- heiten, Uebernahme postbilligsten Warenlager, Wirtschaften, Konfir- mationen, Kochtische zum schnellen Ver- kauf und Verheuerung. Otto Hübels Auctions- und Möbelspeicher, Wöden- straße 25, Kottbuser Transport- Lagerung. 11468*

Wästel, große Auswahl Gelegen- heitskäufe: Kleiderbüchse 19.00, Postkassettens 11.00, Küchenschänke 18.00, Studieruhr 61.50, Mahagonimöbel fast am Lager, Büfettis, Schreibschänke 32.00, Sch- nungseinrichtung 158.00, Kottbuser Allee 56, Möbelspeicher. 12114*
Widwittenschaftler liefert reiche Wohnungseinrichtungen, Schlaf- zimmer, bunte Küchen, Kuchensch- nung, kein Laden, nur Fabrik- gebäude. Auch Sonntags. Harnack, Wilmersmeister, Stallweidenstraße 57, am Moritzplatz. Genossen 3 Prozent.

Wästel, große Auswahl Gelegen- heitskäufe: Kleiderbüchse 19.00, Postkassettens 11.00, Küchenschänke 18.00, Studieruhr 61.50, Mahagonimöbel fast am Lager, Büfettis, Schreibschänke 32.00, Sch- nungseinrichtung 158.00, Kottbuser Allee 56, Möbelspeicher. 12114*
Widwittenschaftler liefert reiche Wohnungseinrichtungen, Schlaf- zimmer, bunte Küchen, Kuchensch- nung, kein Laden, nur Fabrik- gebäude. Auch Sonntags. Harnack, Wilmersmeister, Stallweidenstraße 57, am Moritzplatz. Genossen 3 Prozent.

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Gesangvereine. Da ich einen Abend frei habe, würde ich gern noch einen größeren freibaren Chor an- nehmen. Ernst Vahl, Gesanglehrer, Kirchhofstraße 67 I. 12966
Stellenangebote.
Rebenverbleib für jedermann, Kostlos kostenlos. D. Wolf, Juiden, Kirchstraße 80. 12424
Handreinigung zu vergeben Götlicherstraße 70 vorn II. 12920
Goldschmiedgründer, der Eisen zu machen versteht, verlangt Max Leonhard, Weigensee, Ledderstraße 89.
Verfälscher, der auch farblich macht, verlangt Alexanderstraße 93/94.
Marmorsteiner verlangt Aufamerstraße 10. 22985
Räherin gesucht, Bäckerin Weigen- see, Langhausstraße 4. 12929
Tändelschürzen - Arbeiterin im Hause verlangt Witzhuhn, Oeliden- straße 46. 12933
Belegerin für Goldschmied Jüden- dorf, Sanderstraße 28, Rigdort.
Votensfrauen, finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung. Rigdort, Berlinerstraße 41. 9113